

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Berichts-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgesetzte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M., nachträglich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8 Mark, für das übrige Ausland 8 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Landwirtschaft und Industrie in den neuen Handelsverträgen.

Das „oberste Prinzip“, von dem die Regierung sich bei den Handelsvertragsverhandlungen hat leiten lassen, ist, wie sie selbst vor zehn Tagen durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ offiziell verkündete, die „möglichste Steigerung des Schutzes der landwirtschaftlichen Produkte“ gewesen, und wie wenig sonst auch die offiziellen Verkündigungen dieses Blattes auf Überlässigkeit Anspruch machen können, in diesem Fall läßt sich die Richtigkeit seiner Behauptung nicht bestreiten. Tatsächlich zeigt fast jeder der Verträge, daß die Regierung bei ihrem Abschluß sich ausschließlich die Aufgabe gestellt haben muß, sich das Wohlwollen und die Anerkennung des ostelbischen Zunftertums zu sichern, und daß sie in Verfolgung dieses hohen Zieles alle Rücksichten auf die Industrie und vor allem auf die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft leichtlich geopfert hat. Die infamen Helfershelfer, die ein Teil der liberalen Parteien vor zwei Jahren dem Zunftertum, unter schänder Rechtsverletzung bei der Durchbringung des bekannten Nordostischen Antrages auf Erhebung der Zölle nach den Beschlüssen der XVI. Kommission leistete, rächen sich jetzt. Das „große Werk zum Segen des Vaterlandes“, als welches damals Graf Willow unter Aufsichtung seiner schönsten Strafen den neuen Zolltarif pries, hat sich als „brauchbare Grund- lage“ für die Abschließung nützlicher Tarifverträge — zum Vorteil des ländlichen Großgrundbesitzers bestens bewährt. Die superfluen liberalen Vertreter des im Handel und in der Industrie tätigen Bürgertums, die damals in staatsmännischem Dünkel über die Taktik der Sozialdemokratie zeterien, sie sind die schmachvoll Geprüfften. Ein Ergebnis, über welches man schadenstrotzen könnte, trafe nicht der mit den neuen Verträgen gefährliche Schlag die industrielle Arbeiterschaft noch härter, als jene Schächten des Bürgertums, indem er nicht nur die industrielle Entwicklung hemmt, die Arbeitslosigkeit vermindert, sondern zugleich auch der Arbeiterklasse die notwendigen Lebensmittel verteuert. Die Arbeiterfrau, die mit jedem Pfennig rechnen muß; sie wird nur zu bald den Willowschen „Segen des Vaterlandes“ in seiner preissteigenden Wirkung praktisch kennen lernen.

Die neuen Handelsverträge sind tatsächlich, wie die Regierung sie in dienstfertiger Werbung um die Gunst der junkerlichen Kanalfreunde richtig genannt hat: Verträge „zum Schutz (d. h. zur Preissteigerung) der landwirtschaftlichen Produkte“ — der landwirtschaftlichen Produkte im allgemeinen, speziell aber jener, die vorzugsweise der ostelbische Großgrundbesitz erzeugt. An der Erhöhung der Vertragszölle auf Roggen und Weizen von 3,50 M. auf 5 bzw. 5,50 M. pro Doppelzentner, sowie auf Hafer von 2,80 auf 5 M. hat vor allem der Großgrundbesitz des Ostens ein Interesse; schon deshalb, weil im Westen der mittel- und Kleinbäuerliche Besitz überwiegt, und dieser vielfach nur so viel Getreide erzeugt, als er in der eigenen Wirtschaft gebraucht. Er bringt meist nur kleine Mengen zum Verkauf, hat also von der durch die Zollerrhöhung bewirkten Preissteigerung nur geringen Vorteil; während im Osten der Großbesitz vorherrscht, der vornehmlich Getreide für den Verkauf produziert. Auch die Zollerrhöhungen auf Rindvieh und Schafe, (8 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht), die für einzelne Vieharten, z. B. Stiere, Kühe, Jungvieh, Kälber, das Drei- und selbst Vierfache des bisherigen Zollfußes ausmachen, bevorzugen den Osten vor dem Westen. Ist auch, nach der Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe berechnet, die Rindviehzucht im Westen etwas härter, als im Osten, so bleibt doch im Verhältnis zum Bodenwert des ländlichen Besitzes und zur Größe der erforderlichen Betriebsmittel, also im Verhältnis zum aufgewandten Kapital die Rindviehzucht im Westen hinter der des junkerlichen Ostens weit zurück. Außerdem aber produziert der östliche Grundbesitz die zur Aufzucht nötigen Futtermittel selbst, während in den westlichen Staaten ein großer Teil der Futtermittel hinzugekauft werden muß, also die Viehpreissteigerung teilweise durch die Mehrausgabe für Futtermittel wieder ausgeglichen wird. Ebenso ist die enorme Steigerung des Pferdepreises, die für hochwertige Arbeitspferde teilweise das Sechsfache des bisherigen Satzes beträgt, in erster Reihe ein Geschenk an den großen ostelbischen Grundbesitz.

Dafür hat man allerdings auch dem Obst- und Weinbau des Ostens einige Konzessionen gemacht. Für Äpfel, Birnen, Quitten, Pfäunen, die bisher frei in das deutsche Zollgebiet eingeführt wurden, ist ein Vertragszoll von 2 M. pro 100 Kilogramm (gewöhnliche Zwetschen sind in den ersten drei Monaten nach der Ernte, September, Oktober, November — zollfrei) vereinbart, der für feinere Äpfel und Birnen auf 5 M. steigt. Ferner ist der Vertragszoll für eingestampfte Weinbeeren von 4 auf 10 M., für roten Most und roten Verschnittwein von 10 auf 15 M. pro Doppelzentner erhöht worden. Aber im ganzen ist der Hauptvorteil auf Seiten des ostelbischen Großgrundbesitzes; während für die Bauern, denen zur Zeit der Wahl der Bund der Landwirte die lächerlichsten Versprechungen gemacht hat, der Vorteil des neuen Vertragstarifes um so zweifelhafter wird, je kleiner ihr Besitzum ist, bis schließlich für die eigentlichen Kleinbauern sich als Resultat der neuen Verträge eine direkte Schädigung ihrer Existenzbedingungen ergibt.

Zunächst die Interessen des ostelbischen Großgrundbesitzes, dann die der Großbauern, zu allererst die der Kleinbauern: das ist die Maxime, nach der klar ersichtlich bei den Handelsvertrags-Verhandlungen verfahren worden ist. Deutlich zeigt sich das im Schicksal des Hopfenzolls. Als die Regierung ihren Zolltarif-Entwurf vor drei Jahren dem Reichstage vorlegte, erhöhte sie den allgemeinen

Zollfuß für Hopfen, der bisher 20 M. pro Doppelzentner Rohgewicht (Vertragsfuß 14 M.) betragen hatte, auf 60 M. Auf die Forderung des Zentrums, besonders seines bayerischen Teiles, wurde der Satz auf 70 M. erhöht. Um den hohen Brauergersten- und Malz Zoll durchzusetzen, ist die deutsche Regierung aber im Verträge mit Oesterreich-Ungarn bereitwillig wieder auf einen Vertragsfuß von 20 M. zurückgegangen.

Erreicht ist dieser Vorteil des ostelbischen Großgrundbesitzes, wie die jetzt vollständig vorliegenden Zolltabellen der neuen Handelsverträge fast Blatt für Blatt nachweisen, auf Kosten des Exports der deutschen Industrie. Um die Zollwünsche der feudalen Blüte des neuen Deutschen Reiches preussischer Nation zu erfüllen, um die Getreide-Mindestzölle sowie die hohen Viehzölle durchzusetzen und zugleich freie Verfügung über die Grenzsperrung zu behalten, hat die deutsche Regierung den Vertragsstaaten den Schutz, den diese für ihre einheimische Industrie gegen die deutsche Konkurrenz verlangten, ohne weiteres konzediert.

Als zu Anfang der neunziger Jahre Graf Caprivi mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, Rußland usw. Tarifverträge abschloß, geschah es, um die hohen Zollschranken, welche einzelne dieser Staaten gegen die deutsche Einfuhr errichtet hatten, zu erniedrigen und der deutschen Industriewaren-Ausfuhr neue Absatzgebiete zu öffnen. Und obgleich teilweise die fremden Zollstände, besonders die Zollermäßigungen Rußlands, keineswegs als beträchtlich gelten konnten, haben sie eine bedeutende Zunahme des deutschen Industriewaren-Exports zur Folge gehabt. Die deutsche Ausfuhr von Eisenwaren nach Rußland ist seitdem um mehr als das Dreifache, die von Maschinen, Instrumenten, Apparaten und Kurzwaren beinahe um das Vierfache, die von Wolllwaren fast um das Dreifache gestiegen.

Die neuen russischen Zölle auf deutsche Ausfuhrartikel, welche die deutsche Regierung akzeptiert hat, beseitigen aber nicht nur größtenteils die Zollreduktionen wieder, die Deutschland 1894 erlangt hat, sondern übersteigen selbst vielfach die Sätze, mit denen der deutsche Industriewaren-Export nach Rußland vor jenem Verträge belastet war. Die neuen russischen Vertragszölle für Eisenerzeugnisse, für bessere Stahlwaren sind durchweg doppelt so hoch als bisher; während sie früher 2,10 Rubel (1 Rubel = 2,16 M.) pro Pud (16,4 Kilogramm) betragen, stellen sie sich jetzt auf 4,20 Rubel. Für Werkzeuge, Säbels, Haden, ist der Zoll von 1,05 Rubel pro Pud auf 1,80 bis 2,50 Rubel gestiegen, für einfachere Kupferwaren von 6,48 auf 8 bis 9 Rubel. Noch härter sind teilweise die Erzeugnisse der Maschinenindustrie mit Zollerrhöhungen bedacht. Auf Dampfmaschinen, Lokomotiven, Lokomobilen, auf Textil-, Metall- und Holzbearbeitungsmaschinen erhöht sich der russische Vertragszoll um 45 bis 100 Proz. Auch der ohnehin schon hohe Zoll auf elektrische Apparate ist um 33 1/2 Proz. erhöht. Ebenso ist der Zoll für Wolllwaren durchweg erhöht. Für Wolllgarne, deren Ausfuhr aus Deutschland nach Rußland in den letzten Jahren durchschnittlich über sieben Millionen Rubel betragen hat, stieg z. B. der Zoll um 10 bis 15 Proz. Ferner wurden die Zölle für Holzwaren um 10 bis 25 Proz., für chemische und pharmazeutische Erzeugnisse aber vielfach um 75 bis 100 Proz., in einzelnen Fällen sogar um über 300 Proz. erhöht.

Nicht minder weist der neugeschlossene Tarifvertrag mit Oesterreich-Ungarn beträchtliche Zollerrhöhungen für die deutschen, vorzugsweise in Oesterreich-Ungarn eingeführten Industriewaren auf. Für die Roh- und Halbprodukte der Eisenindustrie sind zwar die bisherigen Zölle im ganzen bestehen geblieben, dafür hat aber eine ganze Reihe von Fertigfabrikaten, namentlich Bleche, Draht, Röhren, Eisenbahnmateriale, landwirtschaftliche Geräte, Werkzeuge, Waffen, Messerhämmer usw., Zollfußsteigerungen erfahren, meist um 20 bis 40 Proz. Recht beträchtlich sind ferner die Erhöhungen der österreichischen Vertragsätze für manche Textilfabrikate, z. B. für feine sowie gekleidete und gefärbte Garne, für wollene und baumwollene Wirt- und Strumpfwaren, Spitzen- und Stickerien, Sammete, Posamentier-, sowie für verschiedene Seiden- und Halbseiden-Waren. Ferner haben viele von Deutschland bisher in Oesterreich eingeführte Artikel der Papier- und der Lederindustrie beträchtliche Zollsteigerungen erfahren, z. B. sind erhöht: Rind- und Koblleder (von 88 auf 45 und 55 Kronen pro Doppelzentner), Kalbleder (von 43 auf 50), Sattler- und Riemenwaren (von 60 auf 77, mit Beschlüssen von 120 auf 240), reine Ledergalanteriewaren unter 1 Kilogramm (von 77 auf 120 und 165), Ganttschule (von 119 auf 150), Ledertwaren mit Goldmontierung (von 714 auf 850), Treibriemen (von 43 und 52 auf 58, 68, 80 Kronen pro Doppelzentner). Mit den größten Zollerrhöhungen aber sind die Produkte der chemischen Industrie bedacht worden, z. B. sind die Zölle für Oxalsäure, Schwärzen, Stärke, Pechsteine, Ammoniak, Aethylalkohol, Salpater, Salzsäure, Schwefel, Stärke, Stärkekonzentrat (von 14 auf 24), Isocentrierte Essigsäure (von 47 1/2 auf 60), Stärkekonzentrat (von 7 auf 18), Zimpräparate (von 7 auf 12 1/2), Chlorlaures Kali (von 14,30 auf 24), Wasserstoffsuperoxyd (von 3 1/2 auf 24), Chlorzink (von 4,76 auf 24), raffiniertes Glycerin (von 1,90 auf 8), Blei- und Zinkblei (von 43 auf 60), alkoholische aromatische Essenzen und Parfümerien (von 178 1/2 auf 300 Kronen pro Doppelzentner). Rund verdoppelt sind weiter die Zölle für Pottasche, kohlenlaures Ammoniak, Sulfatlaugensalz, holzessigsaures Kali, essigsaure und holzessigsaure Tonerde, Grünspan, Rote.

Auch die Schweiz hat in den Verhandlungen beträchtliche Zollerrhöhungen auf deutsche Industrie-Artikel durchgesetzt; vornehmlich auf Baumwoll-, Flach-, Hanf- und Jutegezeuge, ferner für Erzeugnisse der Konfektionsindustrie und der Maschinenindustrie. Leibwäsche zahlt z. B. statt jetzt 65, 70, 105, 175 künftig 90, 90, 130, 250 Fr. Zoll pro Doppelzentner; Strümpfe aus Baumwolle statt jetzt 60 künftig 70 Fr.; aus Wolle statt jetzt 75 künftig 100 Fr.; Herren-

kleidungsstücke statt jetzt 65, 105, 175 künftig 75, 140 und 250 Fr.; Damengarderobe statt jetzt 65, 105, 175 künftig 90, 150 und 250 Fr.; Schirme, seidene, statt jetzt 60 künftig 130 Fr.

Das sind so beträchtliche Zollerrhöhungen, daß ein schwerer Rückschlag auf die deutsche Industrie nicht ausbleiben kann. Ihr Absatzmarkt in Rußland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz wird ihr enorm verengt und zugleich in diesen Ländern durch den gesteigerten Zollschutz künstlich eine gefährliche Konkurrenz großgezogen. Immerhin droht den deutschen Großindustriellen in ihrer Gesamtheit nicht jene Schädigung ihrer wirtschaftlichen Existenz wie der Arbeiterschaft. Wird auch der Absatz nach dem Auslande erschwert, so gestattet doch andererseits die erhöhten Industriezölle des neuen deutschen Zolltarifs den Großindustriellen, besonders soweit sie in Syndikaten und Kartellen organisiert sind, künftig die Preise für ihre Artikel auf dem Inlandsmarkt noch höher zu halten als bisher und sich also gewissermaßen an den auf dem einheimischen Markt erzielten Mehrerträgen für die Ausfälle des Exportgeschäftes zu entschädigen. Außerdem haben aber viele deutsche Industriegesellschaften im Auslande, besonders in Rußland, Filialen gegründet oder sich an solchen Gründungen beteiligt, und für diese Gesellschaften ist es oft weit vorteilhafter, als ihre russischen Unternehmungen prosperieren, daß die deutsche Ausfuhr nach Rußland steigt. Gibt es doch beispielsweise fast keine der großen und größeren deutschen Elektrizitätsgesellschaften, die nicht Filialunternehmungen in Rußland hätte. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, die Siemens u. Halske, Schüder, Lahmeyer, Pielos, die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Anlagen, Berliner Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Kölner Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen, Berlin-Hagener Akkumulatorenfabrik usw.: sie alle haben ihre Tochtergesellschaften in Rußland oder sind an russischen Gründungen hervorragend beteiligt.

Mag indes die Großindustrie in der Erhöhung der Inlandpreise ihrer Fabriks und der Rentabilitätssteigerung ihrer auswärtigen Filialen teilweise Ersatz für die Erschwerung ihres Exports finden; für den Arbeiter bedeutet dies lediglich eine weitere Verschlechterung seiner Lage. Zu der höheren Zollbelastung der Lebensmittel, zu der Steigerung der Industriewaren-Ausfuhr, d. h. Verminderung der Arbeitsgelegenheit tritt als weitere Folge der neuen Handelsverträge eine Preissteigerung der syndikatisierten Industrie-Artikel auf dem deutschen Inlandsmarkt, eine Zunahme der Verlegung deutscher industrieller Betriebe ins Ausland. Doch das Profitinteresse des Junkertums erfordert nun einmal dies keine patriotische Opfer; und überdies einen hechten Trost bietet immerhin das „große Werk zum Segen des Vaterlandes“: der Vertragszoll für Kaviar, das notwendige Lebensmittel der notleidenden Agrarier, ist nicht erhöht, und der Zollfuß für verschiedene feine Südfrüchte sogar um 50 Proz. erniedrigt.

Aufforderung zum Streikbruch.

Der geschäftsführende Ausschuss des Evangelischen Arbeitervereins in Vöckum hat das angekündigte Flugblatt erlassen, worin er „seine Mitglieder aus dem Vergarbeiterstande“ auffordert, Streikbruch zu begehen. Etwas anderes ist die Aufforderung zur Wiederaufnahme von dieser Stelle aus nicht. Der Ausschuss des Evangelischen Arbeitervereins hat mit der Streikleitung nicht das geringste zu tun und nur diese allein ist befugt, den Streikenden die Parole zu geben. Zudem sind die Gründe, auf die der evangelische Ausschuss sich für seine Aufforderung beruft, ganz himffällig. Daß die Versprechungen der Regierung kein Vertrauen verdienen, haben wir schon mehrmals ausführlich dargelegt. Auch die Verisierung auf das Versprechen Kirdorfs, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen, ist himffällig, denn das Versprechen ist ganz wertlos. Erstens ist es an eine Stelle gerichtet, die gar keinen Auftrag hatte, Versprechungen entgegenzunehmen. Niemand weiß, wie das Versprechen Kirdorfs gelautet hat, niemand kann nachprüfen, ob es überhaupt gegeben worden ist. Es steht Herrn Kirdorf völlig frei, zu gegebener Zeit zu bestreiten, daß er überhaupt etwas versprochen habe.

Aber selbst wenn Herr Kirdorf ein solches Versprechen in einer Form gegeben hätte, daß sich daran nicht deuteln ließe, so ist Herr Kirdorf doch noch nicht der bergbauliche Verein, wenn er auch dem Vorstände des Vereins angehört. Es ist also gar keine Garantie vorhanden, daß die Unternehmervereinigung ein etwaiges Versprechen Kirdorfs erfüllt.

Wie die Unternehmer wirklich über die Maßregelungsfrage denken, das enthüllt eine Meldung der „Vossischen Ztg.“ aus Essen. Ihr wird von dort berichtet:

Einflussreiche Personen von der Zechenverwaltung äußern sich über die Lage wie folgt: Wiederholt mündert man sich darüber, daß die Zechen nicht bereit sind, die Forderung zu erfüllen, die jedes Unterbleiben von Maßregelungen zuzugt. Dies Verhalten stammt aus den Beobachtungen des Ausstandes von 1889. Die damals abgegebene Erklärung in Hinsicht der Schichtdauer ist von der gegnerischen Presse zwischenzeitlich völlig entstellt worden und hat noch kürzlich im Reichstage zu dem Vorwurf geführt, die Verwaltungen wären ihren gegebenen Worten untreu geworden und hätten Wortbruch begangen. Würde aus Grund des jetzigen Ausstandes grundsätzlich Straffreiheit zugesagt, so würde auch jede Disziplinarmassregel im nächsten Jahre, die mit dem Ausstande tatsächlich nicht im Zusammenhang stünde, sondern aus zeitlich getrennten, späteren Delikten erfolgte, womöglich doch auf den Ausstand zurückgeführt und als Wortbruch ausgelegt werden. Daneben kommt in Betracht, daß die völlige Ignorierung des Ausbleibens von der Arbeit doch alle Arbeitswilligen schwer kränken muß, die ungerührt der Bedrohung und körperlichen und moralischen Mißhandlung die Aufrechterhaltung wenigstens eines eingeschränkten Betriebes ermöglicht haben.

Es ist den Unternehmern also Grundfatz, kein Versprechen auf Unterlassen von Maßregelungen zu geben. Dabei ist bemerkenswert die Wendung, daß ein solches Versprechen Zusage von Straffreiheit wäre. Die Unternehmer stehen also nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Streit ein Verbrechen ist und daß sie die Rechtsbehörden über ihre Klagen haben. Sie sehen die Zusage auf Unterlassen von Maßregelungen als einen Akt der Gnade an. Danach kann man ermessen, was die Arbeiter bei bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit erwartete.

Heber andere Vorgänge im Streikgebiet liegen heute keine wesentlichen Nachrichten vor. Donnerstag nachmittag sollen im ganzen Revier Versammlungen stattfinden, denen die Beschlüsse der Revierkonferenz, die am Vormittag tagt, unterbreitet werden sollen. Bürgerliche Blätter wollen wissen, daß diese Beschlüsse die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit nicht empfehlen werden.

Aus einer Versammlung, die am Dienstag in Essen stattfand, wird berichtet, daß sich gegen die Siebenerkommission starke Mißstimmung geltend gemacht habe wegen der Ermäßigung der Forderungen.

Alles in Ordnung.

Im „Reichs-Anzeiger“ wird das amtliche Protokoll über die Untersuchungen der staatlichen Kommission auf Zeche „Bruchstraße“ veröffentlicht. Es ist ein klassisches Dokument dafür, wie solche Untersuchungen in Polizei-Preußen geführt werden. Man hat die drei Belegschaftsvertreter und 11 Bergarbeiter als Zeugen vernommen. Es wurden die Beschwerden der Siebenerkommission namentlich hinsichtlich der Seilfahrtsverlängerung verhandelt und erwiesen, daß die Seilfahrt nicht nur schon um 4 1/2 Uhr früh beginnt, sondern daß viele Leute noch früher kommen und auch einfahren — die Zechevertreter nannten das: den Förderkorb früher zur Verfügung stellen. Es wurde festgestellt, daß die Leute deshalb früher kommen, weil sie sonst teils fortgeschickt würden, teils auf Leitern in den Schacht klettern müssen. Es wurde zugegeben, daß die Seilfahrt für einzelne Sohnen schon um 5 Uhr früh geschlossen wird.

An diesen Feststellungen kann die Kommission nicht deuteln. Aber um sie abzuschwächen, wird festgestellt, daß sich niemand beim Betriebsführer darüber beschwert habe. Warum? Weil die Leute stichteten, gemahregelt zu werden. Nunmehr aber, nachdem festgestellt, daß sich niemand beschwert hat, wird weiter festgestellt, daß niemand wegen Beschwerden gemahregelt worden sei. Also ist der Schluß, der allerdings dem Leser überlassen wird: die Furcht vor Maßregelungen ist unbegründet und die Beschwerden der Arbeiter, soweit sie überhaupt berechtigt seien, wären abgestellt worden, wenn man sich an den Betriebsführer gewandt hätte, denn der ist ja an allem ganz unschuldig.

Dabei haben gerade die Leute auf „Bruchstraße“ kurz vor Beginn des Streiks durch Kommissionen mehrfach Verhandlungen verfaßt zur Vorbringung ihrer Beschwerden.

Ein anderes Mittel, um die Beschwerden der Arbeiter als unbedeutend erscheinen zu lassen, wurde bei der Frage des Wagenmüllens angewandt. Da macht man die Feststellung:

„Im übrigen aber könnte gegen die Zeche nicht der Vorwurf erhoben werden, daß vorchriftsmäßig beladene Wagen gemüllt worden wären.“

Ebenso an anderer Stelle:

„Daß die Zeche unbedeutend die Wagen gemüllt hätte, könnte er nicht behaupten.“

Das sind Antworten auf suggerierende Fragen. Nachdem dann von sämtlichen der vernommenen Bergleute Beschwerden der genannten Art sowie über die Löhne, die schlechte Behandlung und anderes vorgebracht worden waren, so daß das Protokoll über die Verhandlung ziele zwei Seiten des „Reichs-Anzeigers“ füllt, resümiert sich die Untersuchungskommission:

„Jedenfalls Zustände, die als allgemeine Mißstände für die Arbeiterschaft der Zeche „Bruchstraße“ bezeichnet werden könnten, sind nicht erwiesen. Eine Anzahl von Einzelbeschwerden, so insbesondere diejenige über den Zustand der alten Waghause sowie die über die Unregelmäßigkeiten bei der Seilfahrt, resultieren zur Hauptsache aus den derzeitigen Betriebsverhältnissen, welche seit etwa Jahresfrist in Umgestaltung begriffen sind. Weitere Beschwerden, so z. B. die über nicht rechtzeitige Entlohnung und mangelhafte Reinigung einzelner Aborte, die über Zurückweisung von Leuten von der Seilfahrt, die über zu spätes Beginn der Ausfahrt der Mittagschicht erhoben sind dem Betriebsführer nicht gemeldet worden. Die Zecheverwaltung hat sich verbindlich gemacht, für Abstellung solcher Unregelmäßigkeiten nach Möglichkeit Sorge zu tragen. Das Wagenmüllen sieht die Kommission nach Art der Handhabung durch die Zecheverwaltung nicht als Härte für die Belegschaft an.“

Ebenso wenig erscheint als Härte die durch Anschlag festgelegte Dauer der Seilfahrts- und Schichtzeit.

Auch die Lohnverhältnisse können nicht als ungünstig angesehen werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß es wünschenswert erscheint, daß die Zecheverwaltung auf mögliche Ausgleiche der Gehaltsverhältnisse der Kameradschaften hinwirkt.

Die wenigen einzelnen Beschwerdepunkte, die auch nur zum Teil als erwiesen angesehen werden können, stehen in keinem Verhältnis zur Zahl und zur Art der Belegschaft, die, wie bekannt, insbesondere seit Jahresfrist als zusammengewürfelt bezeichnet werden muß, sowie zu dem Zeitraum von vier Jahren, aus welchem Beschwerden erhoben werden konnten.

Bergrat Kempf bemerkt im besonderen, daß ihm aus seiner amtlichen Tätigkeit irgend welche bedeutende Mißstände auf der Zeche „Bruchstraße“ nicht bekannt geworden seien, und daß auf die in der Verhandlung hervorgetretenen Beschwerdepunkte künftig besonders geachtet werden solle.

Also: Alles in Ordnung. Das Wagenmüllen ist keine Härte, denn es wird ja ganz vorchriftsmäßig gehandhabt. Die Seilfahrtsverlängerung ist keine Härte, denn — ja warum nicht? Vermutlich, weil die Herren von der Kommission nicht davon betroffen werden und weil sie niemals Bergarbeit am eigenen Leibe gespürt haben.

Der gelungenste Witz ist die Behauptung, daß die Zahl der Beschwerden in keinem Verhältnis zur Zahl der Belegschaft steht. Haben doch nur 12 oder 13 Mann Beschwerden vorgebracht und hundertmal so viel Leute arbeiten auf der Zeche. Der Schluß ist so zwingend wie nur irgend ein Beweis preussischer Agrarier von der Rot der Großgrundbesitzer. Nach diesem Schema muß man eben jeden Mann der Belegschaft vernehmen, um eine genügende Menge Beschwerden zu haben. Dann würden sie vielleicht auch einen allgemeinen Charakter annehmen.

Zum Dank für diese wunderbare Untersuchungsmethode der Beschwerde-Beilegungskommissionen haben die Unternehmer auch noch der „Reichs-Anzeiger“ die Parole gegeben, die Regierung zu zitiern. Das Blatt schreibt nämlich, daß die Regierung eine Untersuchung über die Unternehmer verhängt habe. Dabei ist doch diese ganze Untersuchungs- und Kommissions-Verfahren der Unternehmer, von diesen gefordert zu dem Zwecke, die gesetzliche Aktion für die Bergarbeiter zu verschleiern. Wir gönnen das dieser Regierung, sie hat nichts Besseres verdient. Leider müssen die Bergarbeiter dabei die Kosten tragen.

Oberlesien.

Im Bergrevier Matibor dehnte sich am 8. d. M. der Ausbruch auf die Steinlohlenbergwerke „Johann Jakob-Grube“ bei Niedobitzsch und „Medengrube“ bei Wirtulau aus. Von den 330 bzw. 232 Mann starken Tageschichten dieser Gruben fehlten 150 bzw. 192 Mann. Forderungen wurden bisher nicht gestellt.

Auf dem im Bergrevier West-Waldenburg gelegenen Steinlohlenbergwerken „Karl Georg-Eilitor“ und „Kombi-Gustavgrube“ der Schlesiens Kohlen- und Holzwerke zu Gottesberg waren in der Nachschicht zum 7. d. M. sowie in der darauffolgenden Früh- und Mittagschicht von der 3824 Mann starken Belegschaft insgesamt 2458 Mann ausständig. Neu in den Ausbruch trat am 7. d. M. die Belegschaft der „Abendrotgrube“, und zwar fehlten in der Früh- und Mittagschicht von 864 Mann 108.

Vom belgischen Streik wird gemeldet, daß die Zahl der Streikenden schon nahe an 60 000 betrage.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar.

Religiöse Duldung auf Gegenseitigkeit mit beschränkter Haftung.

Niemand will sich heute mehr zur Intoleranz bekennen. Herr Bachem und Herr Gröber, Herr Sattler und Herr Müller (Meinungen) streiten in edlem Wettstreit darum, wer von ihnen der toleranter sei. Dabei spricht aus jedem Worte, das heute im Reichstage von liberaler Seite zu dem Toleranzantrage des Zentrums gesprochen wurde, grenzenlose Furcht vor Rom und seinen Jesuiten, denen man im Profektenmachen nicht gewachsen ist. Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung sagte ganz offen heraus, daß eigentlich jede Konfession so unzulässig sei, wie ihre Macht es erlaubt, und Herr Müller-Meinungen von der Volkspartei lieferte sofort den Beweis für die Intoleranz auf protestantischer Seite.

Andererseits denkt das Zentrum, für das heute Herr Gröber sprach, nicht daran, auch den „Heiden“, den „Antichristen“ dieselben Freiheiten zu gewähren, die es für die katholische Kirche und andere anerkannte Religionsgemeinschaften in Anspruch nimmt. Herr Gröber empfahl den freien Religionsgemeinschaften, sich die Korporationsrechte — auch nach Annahme des Toleranzantrages! — dadurch zu verschaffen, daß sie sich in Aktiengesellschaften zur Ausbringung von Geldmitteln oder in Genossenschaften mit mehr oder minder beschränkter Haftung zusammenschließen. Liberale und Merkale könnten zusammen eine Genossenschaft der bürgerlichen Parteien zur Ausbringung der Toleranz nur dann bilden, wenn sie die Haftung auf Erfüllung ihrer Versprechungen aufs äußerste beschränken. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die allen, Gläubigen wie Ungläubigen, das Recht ihrer religiösen Ueberzeugung und das Recht, sie zu betätigen, unumschränkt gewährleisten will. Es stört sie in dieser Haltung auch gegenüber den Merkalen nicht, daß das Zentrum nur da tolerant ist, wo es in der Minderheit ist; es beherrscht uns keine törichte Furcht vor Rom, kein Wunsch, dem Katholizismus durch irgend welche Machtmittel des Staates Abbruch zu tun. Die Sozialdemokratie kämpft gegen die Kirche nur — so fügte heute Genosse Adolph Hoffmann der Festlegung unserer prinzipiellen Stellung hinzu, wie sie schon in der Sommerabend-Debatte über den Toleranzantrag durch den Genossen David erfolgt war —, wenn die Religion gemißbraucht wird zur Verhöhnung so einseitiger Grundsätze wie der vom 22. Januar, als die Ängeln des Jaren um das Symbol des Christentums pflanzten; oder wenn sie gemißbraucht wird zur Verdrängung des Volkes, zur Ueberfütterung der Kinder in der Schule mit religiösem Memorierstoff und zur Fernhaltung jedes wirklichen Wissens gerade von den Jünglingen der Volksschule. Auf diese Hauptpunkte der Anklage, die wir gegen die herrschenden Religionen erheben, ging bezugsnehmendweise keiner der Redner, weder ein Vertreter der gescheiterten noch einer der geschorenen Pfaffen, ein. Ebenso wenig forderte einer dieser Geldkämpfer für religiöse Duldsamkeit eine Erleichterung des „Leidensweges der Dissidenten“, den Genosse Hoffmann heute in einer an witzigen Einfällen reichen Rede nach eigenen Erfahrungen und fremden Schmerzen beschrieb. Der selbst für christliche Geisteskräfte unerträgliche Zwang für die Dissidentenkinder zur Teilnahme am christlich-konfessionellen Religionsunterricht, die gerade für wirkliche Gläubige des Evangeliums unerträgliche Notwendigkeit der Eidesleistung und die stete Drohung, die in der Gestalt des § 166 des Bürgerlichen Gesetzbuches über allen Dissidenteneltern schwebt, die Drohung, ihre elterlichen Rechte zu verlieren, wenn sie ihre Kinder nicht religiös erziehen und damit nach einer verwerflichen Gesetzesauslegung sie vernachlässigen und sittlich gefährden, all das fand in Genossen Hoffmann einen beredten Darsteller.

Gleichwohl weckte seine Rede bei den anderen Parteien keinen Widerhall; sie alle möchten, wie zur Zeit des Kulturkampfes, die Arbeiter durch religiöse Streitereien zersplittern und von der Wahrnehmung ihrer wirklichen Interessen abbringen. Daß ihnen das nicht gelingen würde, stellte ihnen Genosse Hoffmann noch einmal in scharfer Aussicht. Die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie und ihre wahre Duldsamkeit für jede Weltanschauung wird ihnen die konfessionelle Verhegung immer schwerer und bald ganz unmöglich machen.

Morgen beginnt der Reichstag die Beratung der Handelsverträge.

Die Kanalfieger!

Der deutsche Liberalismus hat wieder einmal eine Probe von seiner glänzenden Befähigung, Politik zu treiben, erbracht. Er hat mit Hilfe des höchsten Wunsches im entscheidenden Augenblick immer noch dienstbaren Zentrums den „denaturierten Kanal“ den Junkern abgerungen. Ein wunderbarer Korrenstreich des Liberalismus, dieser „Sieg“ über die Kanalrebellien. Mit Ausnahme eines Teiles der freisinnigen Volkspartei hat die gesamte Linke des preussischen Abgeordnetenhauses für den Kanal gestimmt und so das Junkertum aus der Verlegenheit befreit, daß seine fortgesetzte Opposition praktische Folgen habe. Das Junkertum hat aus dem industriellen Kanal mit zäher Energie einen agrarischen Kanal gemodelt, der sicher keinerlei Nachteile mehr für die Ostelbier bietet, und es ist lediglich übermüht, aber zugleich auch überlegene Taktik, wenn sie trotzdem ihm nicht zustimmen.

Vielleicht liegt sogar in dieser Komödie der Opposition ein kleiner Liebesdienst der Regierung gegenüber, der man den Schein zu wahren sucht, daß sie nicht vollständig in den Händen der Agrarier sei — eine bescheidene Anerkennung für die Handelsverträge, deren ausschweifend agrarischen Charakter man auf diese Weise zu verschleiern sucht.

Das Junkertum hat durch die Abkühlung eines dem industriellen Verkehrsbedürfnis angemessenen Kanals die hoch-

agrarischen Handelsverträge gewonnen. Der glorreiche Liberalismus hat durch die Annahme des Kanals erreicht, daß aus der geplanten Verkehrsvereinfachung ein neues Machtmittel des preussischen Junkertums geschaffen ist. Indem die Liberalen trotz der in den Entwurf hineingebrachten Abgaben auf natürliche Wasserläufe den Kanal, der kein Mittellandkanal mehr ist, schluden, haben sie der preussischen Reaktion den Anfang einer Herrschaft über die westlichen Flüsse ermöglicht, wie es schon heute das deutsche Eisenbahnwesen für Preußen ist, d. h. für das in Preußen herrschende ostelbische Großgrundbesitzertum.

Wäre es den Konservativen noch sachlich ernst mit ihrer Opposition gegen den Kanal, so würden ihre Stammesgenossen im Herrenhause ja ohne jede Mühe das Werk wieder scheitern lassen können. Man wird sehen, ob die „Herren“ das tun werden. Auf jeden Fall wäre es die Aufgabe gerade der Liberalen gewesen, die vollständige Kapitulation der Regierung vor dem preussischen Junkertum dadurch abzuschwächen, daß sie mit ihrerseits den Kanal verweigern. Das Junkertum erreicht alles durch Opposition, die Liberalen verlieren alles durch Konzeption. Der deutsche Liberalismus hat niemals die Kunst der Politik verstanden, in der die preussischen Junker auf dem Gebiet ihrer bornierten Interessen Virtuosen sind. Der Liberalismus hat somit das Spiel des Junkertums getrieben, und er bildet sich obendrein ein, einen Sieg errungen zu haben.

In das Programm der politischen Komödie gehört auch die jetzige Opposition gegen den Bund der Landwirte, die von gewissen Freikonservativen und auch vom Regierungstische aus geleitet wird. Eigentlich hat der Bund der Landwirte nach der Erreichung der Handelsverträge seine Aufgabe erschöpft und er könnte zur Ruhe gehen. Um das zu verhindern, haben die Bündler offenbar sich „Gegner“ bestellt, die man der Masse der kleinen Bündler klar machen, eine wie gewaltige oppositionelle Macht und absolute Notwendigkeit der Bund der Landwirte noch immer sei. Die landwirtschaftliche Woche, die ihre Krönung demnächst in der Jahresvorstellung im Zirkus Busch finden wird, wird weislich von dieser plöthlich erwachten Leidenschaft gegen den Bund der Landwirte zehren. Etwas Erwünschteres konnte dem Bund gar nicht begegnen.

Der Bund der Landwirte wird also auch in Zukunft als die demagogische Schutztruppe des Junkertums fungieren, die von den vornehmeren Elementen nur um so gesüßlicher abgeleugnet wird, je mehr sie politisch von ihnen benutzt wird. Wenn die Agrarier siegen, so erklären sie allemal, sie hätten bei weitem noch nicht erreicht, was sie wollten. Wenn die Liberalen eine schmachvolle Niederlage erleiden, so behaupten sie, triumphiert zu haben! Es ist wahrlich keine Aussicht, daß sich in Deutschland jemals ein selbstbewusstes liberales Bürgertum entwickeln könnte.

Ueber die Annahme der Kanalvorlage wird uns noch aus dem Abgeordnetenhaus geschrieben:

Das Spiel ist aus. Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch mit 244 gegen 146 Stimmen die Kanalvorlage nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Verfassungsgemäß geht der Entwurf nun an das Herrenhaus, das ihm voraussichtlich auch zustimmen wird. Die Junker haben bis zuletzt in ihrer Opposition beharrt, der größte Teil der Konservativen und etwa die Hälfte der Freikonservativen stimmten mit den Reben, einigen Zentrumsleuten, einigen Nationalliberalen und einem Teil der Freisinnigen gegen die Vorlage, die letzteren, weil sie der Ansicht sind, daß infolge der Aufnahme des Schlepplimonopols und der Einführung von Schiffsabgaben die Nachteile des Gesetzes größer sind als die Vorteile. Unerkennbar ist es, wie diejenigen Freisinnigen und Nationalliberalen, die die Schiffsabgaben für verfassungswidrig halten, trotzdem der Vorlage ihre Zustimmung geben konnten.

Die Generaldebatte gab zu „stürmischen“ Auseinandersetzungen zwischen dem Direktor des Bundes der Landwirte, Diederich Hahn auf der einen, v. Nordhoff und den Nationalliberalen auf der anderen Seite Anlaß. Herr Hahn führte schon vor einigen Tagen das Bedürfnis, für die bevorstehende Vorstellung der Agrarier im Zirkus Busch Klame zu machen. Nachdem er neulich von dem Minister v. Rheinbaben wie ein Schuldbube heruntergeholt war, las ihm nunmehr Herr v. Nordhoff die Leuten. Nordhoff ist trotz seiner Geldelaten während des Zollkampfes im Jahre 1902 bei den Bündlern in Ungnade gefallen, sie tun so, als ob sie ohne sein Eintreten für den Zolltarif das Volk noch mehr hätten ausplündern können. In dem Redewort zwischen den ganzen und den dreiviertel Bündlern, das sich an die Nordhoff'sche Rede knüpfte, entfuhr den Helden, wie das in der Hitze des Gefechts so zu gehen pflegt, man's unbedacht's Wort. Sie enthalten den schmachlichen Schacher, der sich im Jahre 1902 hinter den Kulissen des Reichstags abgespielt hatte und beschäftigten die jammervolle Haltung dieser Gesellschaft, die sich in die Deute der Bucherzelle geteilt hat. Das Ganze endete damit, daß die Parole „Schutz der nationalen Arbeit“, jene Parole, die bekanntlich auf die Unterdrückung und Ausplünderung der nationalen Arbeiterschaft hinausläuft, von neuem ausgegeben wurde.

Donnerstag: Zweite Lesung des Entwurfs des Handels- und Seewerkeverwaltungs.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, der gestern, nachdem das Preussische Landes-Oekonomie-Kollegium seine Sitzungen geschlossen hat, mit seinen Beratungen begonnen, spinn den selben agrarischen Faden, den sein Vorgänger angefangen hat, immer weiter; nur die Etikette für das abgehaspelte Garn ist etwas verändert: beim Landes-Oekonomie-Kollegium hieß sie „Notlage der Landwirtschaft und Freizügigkeit“, jetzt lautet sie „Notlage der Landwirtschaft und neue Handelsverträge“. Als Referenten über die neuen Tarifverträge fungierten heute Domänenrat Reittich, Postsekretär und Freiherr von Soden-Fraunhofen. Beide saunden natürlich, daß nun die neuen Handelsverträge auch entschieden die Interessen der Landwirtschaft besser berücksichtigen, als die alten, doch noch recht viel zu wünschen übrig bleibe. Um sich das Tadeln zu erleichtern, hatten sich beide Referenten die Arbeit geteilt. Herr Reittich fand die neuen Vertragszölle auf Getreide, Raps, Futter, Eier, Wein, Hopfen, Obi zu niedrig, Herr von Soden dagegen jene auf Vieh und Holz. Schließlich wurde aber doch folgende Erklärung einstimmig angenommen:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt in den neuen Handelsverträgen eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustande. Er erkennt dankbar an, daß denselben die unvermeidbare Absicht zugrunde liegt, allmählich die Parität zwischen Landwirtschaft und Industrie wieder herzustellen, obwohl zahlreiche und berechtigende Wünsche der deutschen Landwirtschaft keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Wirksamkeit der getroffenen Bestimmungen wird wesentlich von ihrer Handhabung abhängen.“

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält das baldige Inkrafttreten des neuen Zolltarifgesetzes und die Kündigung der bestehenden Meißelbegünstigungs-Verträge sowie des mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika bestehenden Vertrages für unbedingt erforderlich.

Sehr interessant war die Verteidigungsrede des Regierungsvortragenden, des Unterstaatssekretärs Dr. Wermuth. Er klopfte geradezu über den Wohlwollen für die Landwirtschaft und erklärte zum Beispiel:

Ich danke für die sachliche und ruhige Beurteilung, die Sie unserem Werke haben angedeihen lassen, dann aber auch für die persönliche Anerkennung, die Sie den Mitarbeitern am Werke gezollt haben. Ich will nicht eingehen auf die Entstehungsgeschichte des Hollaris, da müßte ich in einigen Punkten von Herrn Nettich abweichen. Sie, m. H., haben neben der freundlichen Beurteilung natürlich an dem Vertrag wiederholt auch scharfe Kritik geübt. Das begreifen wir vollständig. Wir erkennen an, daß nicht nur seitens der Industrie, sondern auch seitens der Landwirtschaft erhebliche Opfer gebracht werden mußten, um den Vertragsabschluss zu ermöglichen. Wir wären die letzten, das zu bestreiten, zumal wir selbst in diese Opfer haben willigen müssen.

Die Rede des Herrn Unterstaatssekretärs ist als ein Vorspiel der morgen beginnenden Reichstagsverhandlungen anzusehen. Allem Anschein nach gedient die Regierung in diesem Honigseim-Ton die Debatte zu führen. Das kann niedlich werden.

Automobilisierte Verfassung.

Das heutige Automobil soll, wie es tatsächlich scheint, mit der Aufgabe betraut werden, grundlegende Bestimmungen der Reichsverfassung aufzuladen und zu erfüllen. Es werden jetzt nähere Mitteilungen über das „Automobilkorps“ bekannt, welche die Angelegenheit, der wir bereits wiederholt unsere Aufmerksamkeit schenken, in noch selbständigerem Lichte erscheinen lassen.

Das „Deutsche freiwillige Automobilkorps“ ist auf der folgenden Grundlage aufgebaut:

§ 1 lautet: „Das Deutsche Freiwilligenkorps ist die unter dem Deutschen Automobilklub stehende Vereinigung von Mitgliedern des Deutschen Automobilklubs, die geeignet sind und sich verpflichten, mit ihren Automobilen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bei der Armee im Krieg und Frieden Dienst zu tun.“

Der § 2 beschränkt dann den Wirkungsbereich des Korps auf Preußen und auf diejenigen deutschen Bundesstaaten, deren Militärkontingente sich in preussischer Verwaltung befinden. Der Wunsch und die Absicht geht aber, weil der Deutsche Automobilklub in ganz Deutschland seine Mitglieder hat, dahin, allmählich den Wirkungsbereich des Korps auch auf die übrigen Bundesstaaten auszuweiten. In den Satzungen wird ferner bestimmt, daß das Präsidium des Deutschen Automobilklubs über die Aufnahme von Mitgliedern in das Automobilkorps entscheidet. In die Aufzunehmenden werden folgende allgemeine Anforderungen gestellt: Sie müssen deutsche Staatsangehörige, Besitzer eines Automobils bedingter Konstruktion mit Explosionsmotoren von mindestens 16 HP, eines behördlichen Fahrzeichens und müssen diensttauglich sein. Bei ihrer Aufnahme in das Korps müssen sie sich in förmlicher Weise verpflichten, in Kriegszeiten unbedingt und in Friedenszeiten innerhalb vier aufeinanderfolgender Jahre bis zu drei Dienstleistungen von höchstens zehn Tagen zu machen und den Befehlen der Kommandostellen, denen sie unterstellt sind, unbedingt Folge zu leisten. Eine Verletzung der Gehorsamspflicht berechtigt die Militärbehörde zur sofortigen Aufhebung der Uebung und hat die Ausschließung aus dem Freiwilligenkorps zur Folge. Im Kriegsfall treten für die Korpsangehörigen die Bestimmungen des Kriegsdienstgesetzes in Kraft, und findet der § 155 des Militär-Strafgesetzbuches Anwendung. Am 1. November jedes Jahres übernimmt der Deutsche Automobilklub dem preussischen Kriegsministerium die Namensliste der im kommenden Jahre zur Verfügung stehenden Freiwilligen unter Anfügung genauerer Mitteilungen über die Person jedes einzelnen Freiwilligen und die Art des ihm zur Verfügung stehenden Automobils. Die Einberufung der Freiwilligen erfolgt nach Verständigung mit dem Kriegsministerium durch das Präsidium des Deutschen Automobilklubs. Während der Einziehungszeit haben die Freiwilligen die für das Deutsche freiwillige Automobilkorps bestimmte staubgraue Uniform zu tragen. Die Verleihung einer besonderen Uniform hat militärisch ihren Vorgang in der Uniformverleihung an die freiwilligen Sanitätsmannschaften vom Roten Kreuz. Bei den Automobilisten war sie schon deshalb erforderlich, weil diese, falls sie ihre eigentliche militärische Uniform tragen würden, in kurzer Zeit durch Staub unkenntlich gemacht werden würden. Eine Uniformierung an sich aber war geboten, um den militärischen Charakter der Fahrzeuge und ihrer Leiter anderen Truppenteilen kenntlich zu machen. Den Freiwilligen ist auch gestattet, diese Uniform zu geeigneten anderen Zeiten anzulegen. Jeder einberufene Freiwillige hat einen Mechaniker (Chauffeur), der deutscher Reichsangehöriger und im Besitz eines behördlichen Fahrzeichens sein muß, mitzubringen. In ähnlicher Weise wie bei militärischen Behörden fungiert als Chef des Automobilkorps Prinz Heinrich von Preußen und als sein ausführendes Organ zur Erledigung sämtlicher laufender Dienstgeschäfte der im Dienst des Automobilklubs bereits bewährte Herr v. Brandenstein als Chef des Stabes.“

Noch immer ist keinerlei Aufklärung gegeben worden über die Meldung, der Kaiser habe bestimmt, daß Reserve-Offiziere ihre Dienstleistungen im Automobilkorps erledigen dürfen. Wir haben diese Nachricht zunächst für völlig unglaubwürdig gehalten. Das hartnäckige Schweigen der Offiziere jedoch sowie die obigen Mitteilungen über die Organisation des Automobilkorps und seine Beziehungen zu der Militärbehörde lassen vermuten, daß das preussische Kriegsministerium tatsächlich in schwersten Juxtinken über das verfassungsmäßig Zulässige verstrickt ist.

Ein Automobilkorps, wie es auf Grund seiner Statuten geschildert wird, ist in keiner Weise zu vergleichen mit Personen, welche in Kriegszeiten in ein Dienst- oder Vertragsverhältnis zum Heere treten und nach § 155 des Militär-Strafgesetzbuches den Kriegsgesetzen unterworfen sind. Als solche Personen sind Marketeure, Führer, freiwillige Kranenpfleger, Zeitungs-Korrespondenten, Handelsleute zc. anzusehen. Das Automobilkorps stellt jedoch einen förmlichen militärischen Truppenteil vor, der nicht nur im Krieg, sondern auch in Friedenszeiten funktionieren soll.

Wenn die Militärbehörde berechtigt wäre, ohne Zustimmung des Parlaments einen solchen Truppenteil zu bilden, so würde ihre Machtvollkommenheit grenzenlos jedes beliebige „freiwillige Korps“ aufstellen dürfen. Würde der Reichstag einige Kavallerieregimenter der neuen Heeresvorlage verweigern, so erhebt die Militärbehörde einige Reiterverbände zur „freiwilligen Kavallerie“, die in Friedenszeiten Uebungen und im Kriegsfall Kriegsdienst gleich regelrechten Regimentern zu leisten hat. Würde der Reichstag einen Panzerkreuzer verweigern, so läßt sich der Marinechef von Flotteninteressen einen „freiwilligen Kreuzer“ widmen. Es ist klar, daß alle solche Versuche die Verfassung verletzen. Es kann im Deutschen Reiche kein Truppenteil irgend welcher Art existieren, dessen Aufstellung nicht durch den Reichstag bewilligt wäre. Sollen dies undenkbar ist es, daß Offiziere der Reserve und Landwehr in einem solchen Truppenteil ihre militärische Uebungspflicht erfüllen können.

Die seltsame Angelegenheit bedarf dringend der Aufklärung.

Schiedsgericht für Zollstreitigkeiten. Eine Abordnung der parlamentarischen internationalen Schiedsgerichtskommission überreichte heute dem Minister Delcassé in Paris eine Note, in welcher es heißt, daß der Abschluß neuer Handelsverträge durch Deutschland höchst wahrscheinlich die Folge haben werde, Frankreich in eine Reihe internationaler Verhandlungen zu verwickeln. Die Schiedsgerichtskommission hält es daher für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die neue in den meisten neuen deutschen Handelsverträgen enthaltene Klausel zu lenken, wonach alle sich aus der Anwendung der Verträge ergebenden Streitigkeiten dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden sollen, falls eine freundschaftliche Regelung nicht zu erreichen sei. Die Gruppe erinnert daran, daß sie im Jahre 1902 einen Wunsch zugunsten der Verallgemeinerung dieser Klausel geäußert

habe, und bittet, gegebenenfalls diesen Wunsch zu berücksichtigen. Die Note lenkt ferner die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Ausnahmeregelungen, welche unter dem Vorwande sanitärer, hygienischer und anderer Maßnahmen, die Handelsverträge für bestimmte Artikel illusorisch machen und zu zahlreichen Streitigkeiten führen. Es wäre für den Handel der ganzen Welt von Interesse, diese Streitigkeiten zu regeln und sie zu verhindern. Man könnte zu diesem Zwecke eine internationale Untersuchungs-Kommission beim Haager Schiedsgerichtshof einsetzen. Die Regierungen müßten sich daher ins Einvernehmen setzen, damit jede einzelne von ihnen ständige Mitglieder für diese Kommission ernenne, so daß die letztere nur zusammenzutreten brauche, wenn sich eine Veranlassung dazu biete. Die Abordnung bestand darauf, daß es notwendig sei, ein allgemeines Mittel zu finden, um die loyale Ausführung der Handelsverträge sicher zu stellen.

Allerhand „Subventionen“.

In der Budgetkommission des Reichstages wurden am Mittwoch wieder die Verhandlungen um 12 Uhr abgebrochen, damit im Landtage die denaturierte Kanalvorlage endlich unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Die Beratung des Kolonialetat wurde fortgesetzt. Zur Einführung von Zuchthäusern nach Südwestafrika werden 60 000 M. gefordert; die Abg. Dr. Müller-Sagan und Dr. Sadelum verlangten Auskunft über die Art der Verwendung und darüber, ob diese Gelder etwa auch zur „Entschädigung“ von Gesellschaften dienen sollten. Die Auskunft war zwar ganz ungenügend, aber die Mehrheit bewilligte die Forderung.

Im Titel 5 werden 60 000 M. „zu Prämien an Farmer für Einzäunungen auf ihren Farmen“ (im Interesse der Bekämpfung von Krankheiten) eingesetzt; gegen diese bedingten Subventionen der Farmer sprach sich Abg. Dr. Sadelum mit der größten Entschiedenheit aus und beantragte Streichung, indem er das System der kolonialen Aufzucht tabelte und auf die Gefahren hinwies, daß die Regierung nach eigenem Ermessen über eine ganze Anzahl von unbestimmten Fonds verfügen könne. Abg. Erzberger trat diesen Ausführungen bei. Der Kolonialdirektor meinte, die Einzäunungen würden Millionen kosten; um der Kolonie wieder aufzuhelfen, müßte das Reich Mittel aufbringen! Abg. Sadelum sprach nochmals dagegen, daß man der Regierung Mittel zur Etablierung einer Pashawirtschaft in die Hand drücken wolle. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freiwillichen und des Abg. Erzberger wurden die 60 000 M. dennoch bewilligt.

Zur Beihilfe an Ansiedler für die infolge von Kinderpest-Zwischenfällen erlittenen Viehverluste werden weiter 40 000 M. gefordert, die Abg. Sadelum zu streichen beantragte. Geh. Rat Seitz suchte die Forderung zu rechtfertigen, da die Beträge bisher immer aufgebraucht wurden. Abg. Dr. Sadelum fand es verwerflich, daß nun auf einmal soviel Vieh in der Kolonie vorhanden sein solle, während man vorher immer behauptet hatte, der Aufstand habe alles verwickelt. Es gehe nicht an, in der bisherigen Weise diese „Aufzuchtspolitik“ weiterzubetreiben; es gäbe schon gar nichts mehr, wofür die Farmer nicht Beihilfen, Entschädigungen oder Prämien erhielten.

Die Position wurde gegen die Stimmen der Linken bewilligt. In einer Denkschrift verlangt die Regierung allerhand Verbesserungen der Lage kolonialer Beamten, sowohl der etatsmäßigen, wie der außeretatmäßigen. Der Referent empfahl der Kommission, den Vorschlägen zuzustimmen. Abg. Erzberger verlangte, daß auch den Postbeamten in den Kolonien die erbetenen Vorteile zubilligt werden sollten. Die Mehrheit der Kommission stimmte den Grundgedanken der Denkschrift im Prinzip zu.

Bei den Forderungen für die Zivilverwaltung in Ostafrika (2 1/2 Millionen Mark) regte der Referent an, daß man grundsätzlich die Schutztruppen den Gouverneuren unterstellen, während man die Bezirksoffiziere für die Zivilverwaltung stellen solle. Die Schutztruppe müsse mehr und mehr den Charakter einer Polizeitruppe erhalten. Der Kolonialdirektor Dr. Stöbel legte dar, daß schon heute der Zivilgouverneur den Oberbefehl über die Schutztruppe habe. Mit dem gemischten System sei allerdings der Nachteil verbunden, daß die beschäftigten Offiziere kaum die Hälfte der Aufgaben bewältigen könnten; Kritiken kämen auch ziemlich häufig vor; vor allem leide aber die Schlagfertigkeit der Truppe. Ostafrika sei jetzt soweit entwickelt, daß die Zivil- und Militärverwaltung vollkommen getrennt werden könne. Dadurch würden wohl mehr Kosten entstehen, aber die wirtschaftliche Entwicklung werde dafür Ersatz bringen.

Abg. Dr. Spahn tabelte die Verleihung von „Orden mit Schwertern“ an Offiziere in Schutzgebieten. Die Offiziere würden dadurch veranlaßt, mit den Schwarzen Kriege anzuzetteln. Auch Abg. v. Böhlendorff konnte solche Befürchtungen nicht unterdrücken, namentlich er es ganz natürlich fand, daß sich die Offiziere „anzuzeichnen“ suchten.

Bei den Einnahmen des Schutzgebietes von Ostafrika wird der Reichszulch mit 1 1/2 Millionen niedriger eingesetzt, als bisher. Bei den Steuern regte Abg. Erzberger eine progressive Gestaltung der Gewerbesteuer an, um die großen Gesellschaften besser zu treffen. Das Treiben der Händler lasse viel zu wünschen übrig; sie brutalisierten vielfach die Eingeborenen in unerhörter Weise und wucherten sie aus. Es seien meist frühere schwarze Schutztruppler. Der Kolonialdirektor versprach eine Reform der Gewerbesteuer. Ueber die Untaten der Händler wisse die Verwaltung noch nichts Genaues. Abg. Dr. Sadelum warnte auf Grund brieflicher Mitteilungen aus dem Schutzgebiete die Regierung vor einer gleichgültigen Behandlung der Händlerfrage; die Gefahr einer Empörung der Eingeborenen werde von genauen Kennern des Landes für nicht gering erachtet.

Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Währung (Aupienwährung) in Ostafrika und die Gründung einer Deutsch-ostafrikanischen Bank. Die beabsichtigte Bankgründung in Ostafrika gibt, wie Abg. Erzberger ausführte, wieder einmal Anlaß zu einer Schröpfung des Reiches durch eine Kapitalistengruppe unter Führung des bekannten Kommerzienrats Lucas, die sich das Bank- und Notenmonopol geben lassen wolle; da sei es besser, von Reichswegen eine Kolonialbank zu gründen. Geh. Rat Helfferich stellte die Rechtslage im Ranganwelen der Schutzgebiete dar; der Reichslanzler konnte es am Grund kaiserlicher Verordnung regeln. Die Einführung der Reichswährung hätte das Bedenken gegen sich gehabt, daß man gegen die Aupienwährung nicht aufkommen wäre. Man habe aber eine feste Relation 20 Mark = 15 Aupien geschaffen. Diese Relation werde jetzt auch dem Postanweisungs-Verkehr zu Grunde gelegt. Die Ostafrikanische Gesellschaft habe früher schon das Recht auf Errichtung einer Bank gehabt, aber nicht ausgeübt; der Handelsvertrag sei dazu noch zu klein. Es bestehe aber Aussicht auf eine Bank im Schutzgebiete, nämlich durch das Syndikat für die Progorobahn. Eine Staatsbank sei nicht zu empfehlen.

Die Bankfrage sei schon soweit gediehen, daß ein Beschluß des Reichstages daran gar nichts ändern könne; schon am Donnerstag werde der Bundesrat über die Frage definitiv entscheiden.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Freiendrecht.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, zum Etat des Reichslanzlers folgende Resolution einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichslanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Aufenthaltsverhältnisse der Ausländer im Deutschen Reiche vorzulegen.

Dem neuen Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn droht bekanntlich die Gefahr, vom ungarischen Parlament verworfen zu werden, da die vor kurzem vollzogenen Wahlen gegen die Regierung ausgefallen sind. Diese Möglichkeit ist, wie der „Frankfurter

Zeitung“ aus Wien telegraphiert wird, bereits von Deutschland bei den Vertragsverhandlungen in Erwägung gezogen. Der Handelsvertrag mit Deutschland habe eine geheime Klausel, die seine Gültigkeit auch für den Fall sichere, daß Oesterreich-Ungarn sich in zwei getrennte Zollgebiete auflöst, eine Bestimmung, die unter den jetzigen Umständen Bedeutung erlangen könnte. Eine solche Klausel könnte wohl nur für die österreichische Reichshälfte in Betracht kommen.

Aus dem Wahlkreis Hof

schreibt man uns: Am Dienstag wird die Erziehung stattfinden. Die Wogen des Wahlkampfes schlagen hoch. Die drei in Frage kommenden Parteien halten jeden Tag Versammlungen ab. Der Bund der Landwirte entfaltet eine riesige Kraftanstrengung, um das Mandat zu erobern. Einen ganzen Stab von Rednern hat der Bund in den Kreis entsendet, die den Kandidaten Reher-Wunsiedel zu begleiten haben, um das zu sagen, was dieser brave Agrarier nicht zu sagen versteht. In der Stadt Hof erlitt der Bund am Montag allerdings einen furchtbaren Reinsfall. Er hatte nach dem Colosseum, dem größten Saal der Stadt, eine öffentliche Versammlung mit Diskussion einberufen und als Redner den Reichstags-Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg angelündigt. Dies veranlaßte unsere Genossen, sofort Zettel folgenden Inhalts zu verbreiten:

„Ihr Otierngezüg!“ nannte der antisemitische Reichstags-Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg, der heute abend in Pfaffs Colosseum spricht, die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage. Arbeiter Hof! Zeigt dem Manne, daß es auch in Hof Otierngezüg gibt!“

Kast 2000 Menschen saßen sich am Abend vor dem verfallenen Lokal, und als endlich geöffnet wurde, war Saal und Galerie im Moment befüllt, so daß Hunderte, die später kamen, wieder umkehren mußten. Plötzlich wurden am Geländer der Galerie große Zettel angeheftet, die gekreuzt eine Mißgabel und einen Dreiflügel zeigten und in fetten Lettern die Aufschrift trugen: Die geistigen Waffen der Antisemiten. Nun kam aber eine Ueberraschung — Liebermann v. Sonnenberg war nicht erschienen, dafür hatten sich vier Redner des Bundes eingefunden. Großmütig wollte man die Zusicherung der Redefreiheit dahin auslegen, daß einem Redner unsererseits 10 Minuten gewährt werden sollten, wozu es aber vermutlich nicht gekommen wäre, denn die vier Bundesredner hätten den Abend ausgefüllt. Reichstags-Abgeordneter Stüden machte den Herren klar, daß eine Versammlung, die zu neun Zehnteln aus Sozialdemokraten bestehe, sich diese Verhinderung der versprochenen Redefreiheit unmöglich gefallen lassen könne, und ersuchte nachdrücklich um eine Abänderung des gefassten Beschlusses. Darauf ließ sich der Vorsitzende nicht ein, die Versammlung erhob stürmisch Protest, worauf der Vorsitzende die Versammlung für geschlossen erklärte. Der Versuch unsererseits, sofort eine sozialdemokratische Wählerversammlung zu eröffnen, scheiterte daran, daß der Agrarier betonte, er habe das Hausrecht und werde Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstatten. Als er auch noch damit drohte, in dem überfüllten Saale das Gas abbrechen zu lassen, machte ihn Genosse Stüden darauf aufmerksam, daß er jede Verantwortung für die Folgen einer solchen Provokation ablehnen müsse. Es unterblieb dann auch der geplante Streich. Mit einem jubelnd ausgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand der politische Teil des Abends seinen Abschluß; die Agrarier hatten das Lokal durch eine Hintertür verlassen. Dann erschienen die — Hofweiner Sänger im Saale, und lustig und fröhlich blieb das „Otierngezüg“ noch bis Mitternacht beisammen. So endete die erste agrarische Aktion großen Stils. — Sonnabend, Sonntag und Montag finden 40 von unserer Seite einberufene Versammlungen statt, in denen ein großer Teil der Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sprechen wird. Wir dürfen hoffen, daß uns der 14. Februar den Sieg bringen wird.

Im Kampfe gegen die polnische Sprache holen sich die Behörden immer wieder Niederlagen vor dem Ober-Verwaltungsgericht. Sie lernen oder wollen immer noch nicht kennen die Praxis des Ober-Verwaltungsgerichts, wonach der Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen in Preußen nicht untersagt werden kann. Eine von dem bekannten Redakteur Brejski nach einem Orte des Kreises Bitterfeld einberufene Versammlung wollte der überwachende Gendarm nur tagen lassen, wenn nicht polnisch gesprochen werde. Als man doch polnisch sprach, löste er die Versammlung auf. B. beschwerte sich vergeblich bei Landrat und Regierungspräsident. Der Regierungspräsident meinte, die Auflösung würde sich schon wegen der Beschaffenheit des Lokals rechtfertigen. Davon war aber bei der Auflösung nicht mit einem Worte gesprochen worden. Brejski klagte und betonte, daß die Auflösung nach den Worten des Gendarmen lediglich wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache erfolgte. Das Ober-Verwaltungsgericht war auch dieser Meinung und erklärte in Uebereinstimmung mit seiner langjährigen Praxis die Auflösung für unberechtigt, weil es in Preußen kein gesetzliches Mittel gebe, den Gebrauch fremder Sprachen in Versammlungen zu verhindern.

Husland.

Frankreich.

Der Nationalanschuß der sozialistischen Partei hat auf Laurès Antrag beschlossen, daß die sozialistische Gruppe der Kammer nicht mehr an den Delegationen der Gruppen der Linken teilnehmen soll.

Italien.

Neuer Generalstreik der Eisenbahner?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die kaum gedämpfte Erregung unter den italienischen Eisenbahnern in den nächsten Tagen wieder hell auflodert. In Mailand fand am vergangenen Sonntag eine Versammlung statt, an der 1300 Eisenbahn-Angestellte teilnahmen, die sich bereit erklärten, von neuem in den Ausstand zu treten, wenn die Majorität ihn erklären sollte. Der Vorsitzende der Versammlung teilte mit, daß 85 Proz. des Maschinen-Personals sich durch Unterschrift solidarisch erklärt hätten.

Die neuen Differenzen entpringen dem Umstande, daß die Regierung es noch nicht für nötig erachtet hat, die Denkschrift zu beantworten, die Herrn Giolitti vor längerer Zeit von den Eisenbahnern überreicht worden ist.

Es verlautet, die Regierung sei geneigt, 10 Millionen Lire zur Erhöhung der Gehälter und Löhne der Eisenbahner in den Etat einzustellen. Demgegenüber weichen die Eisenbahner darauf hin, daß mindestens 45 Millionen erforderlich wären, wenn die Regierung die Absicht hätte, die Versprechungen einzulösen, die ihnen im Anschluß an den letzten großen Streik gemacht worden sind.

Die Parlaments-Fraktion der italienischen Sozialdemokratie hat eine Deputation von drei Mann (Chiefa, Morgari, Cabini) beauftragt, sich nach Mailand zu begeben, um dort in Gemeinschaft mit dem Zentral-Agitations-Komitee der Eisenbahner über die erforderliche Taktik zu beraten. Von dem Berichte, den die drei Deputierten dem Exekutiv-Komitee der sozialistischen Partei zu erstatten haben werden, wird dann wohl der weitere Verlauf der Dinge abhängen.

Die russische Papierflut.

Je einflussiger die russische Zensur hinsichtlich der tatsächlichen Vorgänge ist, um so reichlicher quillt der Papierstrom der in Aussicht gestellten „Reformen“. Das Papier soll das Blut verdecken. Aus den verschönderten Stilleisungen der „reformierenden“ Bureaucratie geht aber immer wieder nur das eine klar hervor, daß Rußland in der Tat ein anarchisches Land ist, in dem es keine Gesetze gibt. Auch die in Aussicht gestellten Reformen schaffen keinen gesäglichen Zustand, sondern nur einige Verordnungen mehr, die jederzeit übertritten werden können. Die heute vorliegende

Papierfendung enthält Änderungen der Prezensur und sozialpolitische Verheißungen.

Wichtiger als die neuen Verhandlungen in der Reform-Ausstattungsfrage ist die revolutionäre Bewegung in Rußisch-Polen. Hier scheinen die Arbeiter tatsächliche Erfolge errungen zu haben. Von den blühenden Zusammenstößen geben die einlaufenden Telegramme kein klares Bild.

Regelung des Presswesens.

Der Zar hat den Geheimrat **Robekow** zum Vorsitzenden einer Spezialkonferenz für die Umarbeitung der Zensur- und Pressgesetze berufen. In dieser Konferenz nehmen außer einigen Senatoren, Geheimräten, Professoren auch Redakteure reaktionärer Blätter teil, wie Fürst **Metzscherski** („Grafshaus“) und **Suworin** von der „*Nowoje Wremja*“. **Robekows** Programm soll sein: Abschaffung der Präventivzensur und Vereinigung der verschiedenen Zensurbehörden in einer Institution; so soll die besondere geistliche Zensur ersetzt werden durch Entsendung geistlicher Vertreter in die Oberprüfungsverwaltung. Mit anderen Worten: Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit soll zentralisiert werden! Auch eine Reform.

„Regelung der Arbeiterfrage“.

Auch die soziale Frage wird väterchen allerhöchst selbst durch geschriebenes und bedrucktes Papier lösen, auch wenn's den ganzen Tag dauern sollte. Die Arbeiterverhältnisse will Herr Witte „gesetzlich“ regeln.

Witte hält es für nötig, den Arbeitern auf legislativem Wege das Recht zu geben, an den Maßnahmen zur Verbesserung ihres Loses mitzuarbeiten, und er hält es ferner für nötig, gewisse Organisationen zu genehmigen.

Geplant sind zwei Typen von Organisationen: die eine betrifft Hospitalkrankenkassen mit Beiträgen der Fabrikanten sowie der Arbeiter unter gemeinsamer Leitung durch Vertreter der Fabrikanten und gewählter Vertreter der Arbeiter. Der andere Organisationstyp betrifft Bureaus, bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter, für die Beratung und Lösung von Lohnfragen und anderen Fragen in betreff der Verbesserung der Lage der Arbeiter.

Der Finanzminister hält es für möglich, die Arbeitszeit auf zehn Stunden bei Tage und neun Stunden bei Nacht herabzumindern; ferner hält er es für möglich, einen Zeitpunkt festzusetzen für die Einführung der Achtstundentage. Den Fabrikanten könnte erlaubt werden, an Festtagen Arbeiten ausführen zu lassen, sie müßten aber gehalten sein, den Arbeitern in jedem Monat vier Tage frei zu geben. Zur Begrenzung der Ueberstundenarbeit müßten, um Mißbräuche zu verhindern, besondere Maßnahmen ausgearbeitet werden. Wichtig sei ferner die Revision der Gesetzesparagrafen über **Ausstände** und **Kontraktbruch**. Gegenwärtig werde jeder Ausstand wegen der bestehenden Gesetze nicht vom ökonomischen Standpunkt betrachtet, sondern notwendigweise von dem Standpunkt, daß es sich um Verstöße gegen die soziale Ordnung und Ruhe handele. Bei der Revision der gegenwärtigen Gesetze, so meint der Minister, müsse man den westeuropäischen Standpunkt sich zu eigen machen, daß jeder Streik, wenn er nicht von Ueberletzungen begleitet ist, lediglich ökonomischen Charakters ist und unter gewissen Bedingungen die soziale Ordnung nicht bedroht. Schließlich betont der Minister die Notwendigkeit der Verbesserung ärztlicher Hilfe für die Arbeiter.

Was will man mehr! Im deutschen Reichstag hat man fordern den Achtstundentag für unmöglich erklärt, in Rußland spielt die Regierung bereits mit dem Gedanken eines Achtstundentages! Außerdem will man, während Streiks bisher verbrecherische Unternehmungen waren, „gewisse“ polizeilich konfessionierte Streiks dulden, gewissermaßen Streiks und Polizeigenossenschaft. Außerdem spielen in dem Reformplan all die sozialreformatorischen Rezepte, mit denen man auch in Westeuropa das Proletariat zu beschwichtigen sucht.

Das russische Proletariat wird aber schwerlich das vergossene Blut durch ein paar lächerliche Aktienstücke für gestillt erachten!

Das Wort „Verfassung“ wird in all diesen Schwindelpapieren mit keiner Silbe angebeutet. Alles bleibt väterchen Gnade vorbehalten!

Die Revolution in Rußisch-Polen.

Aus **Warschau** meldet ein offizielles Telegramm: In kleinen Bezirken wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Stimmung der Arbeiter ist im allgemeinen ruhig.

Nach gestern aus verschiedenen Städten des Weichselgebietes eingegangenen Meldungen ist die Sachlage folgende: In **Radowitz** ist die Mehrzahl der Arbeiter zur Arbeit erschienen; in **Lublin** herrscht völlige Ruhe, der Ausstand ist beendet; in **Warschau** herrscht Ruhe; im Umkreis von **Sosnowice** dauert der Ausstand an, Zusammenstöße finden aber nicht statt.

Auf der Station **Starobisko**, Gouvernement **Radom**, fand am 4. d. M. eine Demonstration statt, wobei es zu einem Zusammenstoß von 15 000 Arbeitern mit Militär kam und letzteres von den Waffen Gebrauch machte, so daß 24 Arbeiter getötet und 40 verwundet wurden. In **Siedlice** ist die Ruhe wieder hergestellt, die Fabriken sind wieder in Betrieb. In **Poloz** haben die Arbeiter in einigen Fabriken gestreikt, die Ruhe ist aber nicht gestört. In **Kalisch** arbeiten die Fabriken. Im Gouvernement **Warschau** nehmen die Arbeiter allmählich die Arbeit wieder auf.

Mit diesem Beruhigungstelegramm stimmen allerdings die privaten Nachrichten keineswegs überein, die von wachsender Erregung und Ausbreitung des Streiks melden.

In **Warschau** macht sich — nach einem offiziellen Telegramm — infolge des Ausstandes der Grubenarbeiter ein großer Kohlenmangel fühlbar. Die Zufuhr hat aufgehört. In den Kohlenlagern sind die Vorräte um 60 bis 70 Prozent erhöht worden.

Nach amtlichen Angaben übersteigt die Zahl der in **Warschau**, **Petrofowo** und **Radom** bei den Aufhebungen Getöteten nicht 100; daraus geht hervor, daß die Tatsachen in der auswärtigen Presse übertrieben sind. 100 Menschenleben, wenn sie nicht Jaren, Großfürsten, Minister gehören, emphyndet der Absolutismus als Bagatel!

In einer gemeinsamen Besprechung der Fabrikanten in **Lodz** wurde beschlossen, den Arbeitern den zehnstündigen Arbeitstag zu bewilligen, falls die Ausständigen die Arbeit sofort wieder aufnehmen, und denjenigen Arbeitern, welche weniger als drei Rubel die Woche verdienen, ihren Lohn um 15 Prozent, denjenigen, die weniger als vier Rubel verdienen, den Lohn um 12 Prozent und denjenigen, die weniger als fünf Rubel verdienen, den Lohn um 10 Prozent zu erhöhen. In den Baumwollfabriken ist der Lohn um 15 Prozent erhöht worden.

Warschau, 8. Februar. Nach offiziellen Berichten sind während der Unruhen neun Polizeibeamte mehr oder weniger schwer verletzt worden. Die Hospitäler sind mit Kranken angefüllt, die Aufnahme neuer Kranken ist eingestellt, der Ausstand in den Feuerwerken ist beendet, da die Fabrikanten und die Arbeiter zu einer Verständigung gekommen sind. Man erwartet einen Ausstand in den Schlächtereien.

Die Arbeiter haben also offenbar wirtschaftlich nicht unbedeutende Erfolge erzielt!

Empörendes Verbrechen.

Petersburg, 8. Februar. Auf dem Berichte des Staatssekretärs von Finnland über die Tötung des finnländischen Senatsprokurators

Johnson machte der Kaiser die Randbemerkung: **Empörendes Verbrechen!**

Der Zar hat sich offenbar verschrieben. Er meinte: **Ein Verbrechen der Empörung!**

Stockholms Tidning meldet aus **Helsingfors**: **Hohenthal**, welcher das Atentat auf den Senatsprokurator **Johnson** verübte, ist ein Sohn des Propstes **Hohenthal** in **Akrata** in **Lesterbotten**. Es heißt, man habe bei **Hohenthal** Gift gefunden, welches er jedoch nicht nehmen konnte, weil er verwundet wurde. Der Schuß, welcher **Hohenthal** verwundete, soll von einem Geheimpolizisten abgefeuert sein, welcher in der Wohnung stationiert war und über die Sicherheit des Senatsprokurators zu wachen hatte. Es war nämlich schon früher ein Anschlag auf **Johnson** verübt worden.

Die Auslandsbewegung.

Windau. Der Ausstand der an den Getreide-Elevatoren beschäftigten Arbeiter hatte am Montag wieder begonnen, da die von **Petersburg** eingetroffenen höheren Beamten der Bahn die Zahlung eines Lohnes von 1 1/2 Rubel pro Tag verweigert hatten. Heute ist die Arbeit für den Lohn von 1 Rubel pro Tag wieder aufgenommen worden, nachdem der Ausstand zwei Tage ohne Zwischenfall gedauert hat.

Verfassungen.

Charlottenburg. Eine Versammlung, wie diejenige, in der **Genosse v. Vollmar** am Dienstag über die Resolution in **Rußland** sprach, hat das **Charlottenburger Volkshaus** noch nicht gesehen. Schon um 8 Uhr begann der Saal sich zu füllen; um 7 Uhr war er bereits voll, obwohl die Tische reiflos aus ihm entfernt waren. Man begann daher, auch sämtliche Stühle hinauszuschaffen, um für die immer gewaltiger nachströmenden Massen noch ein wenig Platz zu besorgen. Als bald nach 8 Uhr **Genosse v. Vollmar** erschien, begrüßt von jubelnden Zurufen, standen die Menschen nicht nur im Saale und auf der Tribüne Kopf an Kopf gedrängt, sondern auch der Vorraum, dessen Verbindungstür zum Saale geöffnet war, bot denselben Anblick. Dicht gedrängt harrten Hunderte sogar auf der Treppe aus, andere Hunderte waren umgekehrt, die Unmöglichkeit erkennend, in den weit überfüllten Saal zu gelangen. Trotzdem kam nicht die geringste Unordnung vor. Die Polizei war so klug gewesen, die Aufrechterhaltung der Ordnung vollständig unseren Genossen zu überlassen; kein Schußmann ließ sich auf dem von Menschen wimmelnenden Hofe und Vorraume bilden. Die Folge war denn auch trotz der großen Enttäuschung vieler Hunderte, die an der Versammlung nicht teilnehmen konnten, die Bewahrung vollständiger Ruhe und Ordnung.

Mehr als 2000 Menschen lauteten lautlos, als um 1/2 Uhr die Versammlung eröffnet wurde und **v. Vollmar** zu sprechen begann. Mehrmals von spontanen Ausbrüchen des Beifalls und der Empörung unterbrochen, schilderte der Redner die Entwicklung der Verhältnisse in **Rußland**, die schließlich maulhart am zum Ausbruch geführt haben, den die Schergen des Jaren in Strömen Blutes zu erhitzen hoffen. Der freudlos vom Jarentum herausgeschworene Völkerring wird hoffentlich die Barbarei des Despotismus beseitigen und der Demokratie den Sieg bringen, im Interesse nicht nur der Freiheit **Rußlands**, sondern der Freiheit aller europäischen Völker.

Nachdem der minutenlange Beifall, der den Worten des Redners folgte, sich etwas gelegt hatte, brachte der Vorsitzende **Genosse Dr. Borchardt** folgende Resolution zur Verlesung, die einstimmig angenommen wurde:

„Die heute im **Charlottenburger Volkshaus** tagende, von mehr als 2000 Personen besuchte Volksversammlung brandmarkt die von der Soldateska des Jarentums gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder verübten Gräueltaten als ein in der Weltgeschichte beispielloses, die Menschheit schändendes Majestätsverbrechen. Sie begrüßt aus tiefstem Herzen die Kämpfer und Märtyrer der russischen Revolution aller Stände — vor allem unsere Brüder und Genossenschaftsgenossen, die russischen Sozialdemokraten, die an der Spitze des Proletariats mit beispielloser Selbstaufopferung für die Freiheit des Volkes bluteten. Wir fordern unsere Vertreter im Reichstage auf, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die Schergen des Jaren die russischen Regierungen gegenüber der russischen Regierung — ein Schandfleck auf der Ehre unseres Volkes — ein für allemal aufhören. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das Fortbestehen des preussisch-russischen Auslieferungsvertrages als einen eines zivilisierten Landes unwürdigen Polizeieinrichtung.“

Mit kurzen Worten wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß dem kommenden Protest, der aus der augenblicklichen Empörung und Erregung geboren ist, die dauernde Unterstützung aller Kämpfer für Freiheit und Recht folgen müsse, die Mitarbeit in den Kampforganisationen der sozialdemokratischen Partei.

Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die internationale, alle Völker befreiende Sozialdemokratie wurde die imposante Kundgebung beendet.

Regel. Am 30. Januar tagte bei „**Trapp**“ eine öffentliche sehr starkbesuchte Volksversammlung, zu welcher die Gemeindevertretung besonders eingeladen war. Reichstags-Abgeordneter **Dr. David** sprach über: „Welche Aufgaben hat die Gemeinde der Einwohnerschaft gegenüber?“ In großen Rügen und unter reichem Beifall der Versammlungsteilnehmer ging der Referent auf die einzelnen von der Sozialdemokratie zum Wohle der Volksmassen allgemein geforderten Einrichtungen ein und erstreckte seine Kritik auch auf in der Gemeinde **Regel** bestehende Uebelstände. Als dann einige Diskussionsredner die Liste der Beschwerden noch vervollständigt hatten, ergriff der Herr **Reichstags-Abgeordneter** **Wegert**, welcher gleich einer Anzahl Gemeindevertreter anwesend war, das Wort und verteidigte in fast stündiger Rede Punkt für Punkt die erwähnten Beschwerden. Gleichzeitig stellte Herr **Wegert** in Aussicht, daß sämtliche im Bereiche des Möglichen liegenden dem Gemeinwohl dienenden Arbeiten seitens der Gemeindeverwaltung auf dem denkbar schnellsten Wege erledigt würden und Verschleppungen derselben keineswegs hätten. Auch erklärte sich Herr **Wegert** bereit, Wünsche, welche nicht wert wären, erst öffentliche Versammlungen damit zu beschäftigen, jederzeit persönlich entgegenzunehmen und den in den Wünschen ausgedrückten Mängeln abzuhelfen, auch dann, wenn solche von dem sozialdemokratischen Wahlverein geäußert würden. Herr **Wegert** schloß seine Ausführungen, indem er der Versammlung seinen Dank für die Ruhe und Aufmerksamkeit während seiner Rede ausdrückte, mit dem Wunsch, daß diese Versammlung dazu beitragen möge, das Einvernehmen zwischen Einwohnerschaft und Verwaltung zu einem für beide Teile befriedigenden zu gestalten. — Dem Referenten war es der vorgeordneten Zeit halber leider nicht möglich, in seinen Schlussworten die Tendenz der Rede des Herrn **Wegert** gebührend zu würdigen. Er mußte sich mit dem Hinweis begnügen, daß die Sozialdemokratie nicht ruhen und rasten wird, bis sie die sich gesteckten Ziele auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik erreicht haben wird. — Ein Antrag, den Uebersehung von der Teilerfassung den streitenden Bergarbeitern zu übermitteln, wurde angenommen. — Eine kurze Schilderung der russischen Gräueltaten seitens des Vorsitzenden hatte den Erfolg, daß folgende eingeleitete Resolution ohne Widerspruch angenommen wurde: „Die heute, am 30. Januar 1905, bei „**Trapp**“ tagende öffentliche Volksversammlung drückt mit dem besonderen Ausdruck tiefster Trauer für die gefallenen Opfer den in **Rußland** um ihre Freiheit kämpfenden Arbeitbrüder ihre vollste Sympathie aus mit dem Wunsch, daß die staucheladene, absolutistische Regierung bald ihr Ende finden möge.“ — Zum Schluß stimmten die Teilnehmer der imposanten Versammlung begeistert in ein dreifaches Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ein.

Oranienburg. Eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung tagte am Sonntag im **Waldhaus Sandhausen**. Ehe dieselbe in die Tages-

ordnung eintrat, drückte die Versammlung durch einstimmiges Erheben von den Plätzen den gefallenen russischen Freiheitskämpfern ihre Sympathie aus. Als Referent erschien für den verhandelten **Genossen Silber** **Schmidt** **Genosse Künzler**, **Berlin**. Redner entlegte sich seiner Aufgabe in musterwürdiger Weise. Im Vordergrund seiner Ausführungen stand der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Redner forderte die Anwesenden auf, die Bergarbeiter moralisch und materiell zu unterstützen. Im zweiten Teil seiner Ausführungen sprach Referent über den Nutzen der Arbeiterorganisationen. Auch hier stand ihm ein reiches Material zur Verfügung und schloß er seine Ausführungen unter stürmischem Beifall: Gemein in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. In der Diskussion sprachen **Schwittau**, **Schumann** und andere im Sinne des Referenten. Unter anderem wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der **Rußland**, **Heizer** und gewerblichen Hilfsarbeiter einer herben Kritik unterzogen und diese aufgefordert, den schmachvollen Zuständen dadurch ein Ende zu bereiten, indem sie sich Mann für Mann der Organisation anschließen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Zollkaiser.

Berlin, 8. Februar. (B. T. V.) Auf dem Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsverbandes hielt der Reichskanzler **Graf Bülow** eine Rede, in der er ausführte:

Als ich vor zwei Jahren um diese Zeit in Ihrer Mitte weilte, lagen die schweren Kämpfe um das Juliabkommen des neuen Zolltarifs eben hinter uns. Damals war die Saat gelegt worden. Damals versprach ich Ihnen, daß die Interessen der deutschen Landwirtschaft bei den Handelsvertrags-Verhandlungen mit Nachdruck wahrgenommen werden würden. Jetzt ist die Zeit der Ernte gekommen. Nun weiß ich ja wohl, meine Herren, daß man von meinen Freunden auf dem Lande selten oder nie ein Wort voller Befriedigung über ihre Ernte zu hören bekommt. (Geheiterkeit.) ... So habe ich auch nie angenommen, daß die Ernte aus den Handelsverträgen die Landwirte ganz befriedigen würde. ... Ich will Ihnen sofort sagen, daß ich selbst manches noch viel besser, manchen Ertrag nach Quantität und Qualität reicher gewünscht hätte. (Beifall.) Aber das glaube ich doch mit gutem Gewissen sagen zu können: Wenn wir nicht alles erreicht haben, die Hauptsache haben wir erreicht. Aus dem Größten haben wir die deutsche Landwirtschaft wieder herausgeholt. (Sehr richtig!) Und wenn behauptet wird, das sei unter unzureichenden Opfern für die Industrie geschehen, so befreite ich das auf das allerentschiedenste. (Sehr richtig!) ... Auf der jetzt geschaffenen Grundlage wollen wir weiter bauen. Sie, meine Herren von der praktischen Landwirtschaft, indem Sie die der Landwirtschaft durch die neuen Verträge gebotenen Vorteile durch intensiven Betrieb, durch genossenschaftlichen Zusammenhalt, durch zweckdienliche Meliorationen voll ausnützen. ... Wir von der Regierung, indem wir das mit den 7 neuen Handelsverträgen begonnene Werk fortsetzen. (Beifall.) Durch diese 7 Verträge ist etwa ein Drittel unseres Handels verhältnismäßig geregelt worden. Wir werden trachten, nimmere auch mit anderen wichtigen und uns befreundeten Staaten zu einem richtigen Ausgleich der gegenseitigen Interessen zu gelangen. ... (Lebhafte Beifall.)

Aber auch damit befreite ich unsere Pflicht nicht als erfüllt. Auf vielen anderen Gebieten wartet unserer noch reichliche Arbeit für die Landwirtschaft. Ich erinnere nur an die brennende Frage der Entschuldung des Grundbesitzes, deren Lösung wir begonnen haben und hoffentlich zu einem glücklichen Ende bringen werden. Ich will erinnern an die überaus wichtige innere Kolonisation, für die ich mich besonders interessiere, die ich planmäßig in Angriff genommen und durchgeführt zu sehen wünsche. (Beifall.) Ich erinnere an die Landarbeiterfrage, die wir nach meiner Ansicht nicht im Wege der Gesetzgebung, sondern nur durch großzügige Unternehmungen zur Schaffung von Landarbeitern werden leisten können. (Lebhafte Beifall.)

Von einem deutschen Dichter, der vor kurzem seinen 80. Geburtstag gefeiert hat, von **Hermann Lingg**, las ich die Verse:

Regen, Sturm und Hagelstauer,
Schickt der Himmel mir herab,
Doch ich bin ein alter Bauer,
Der sich niemals noch ergab,
Und ich trotz ihm bis zum Grab.

(Lebhafte Beifall.)

Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier.

Essen, 8. Februar. (B. T. V.) Angesichts der Mitteilung der „**Reinisch-Westfälischen Zeitung**“ vom 6. Februar, wonach **Geheimrat Kirckor** gegenüber dem Verbandsagenten **Fischer** erklärt habe, daß keinerlei Maßregelungen eintreten würden, ermächtigt **Geheimrat Kirckor** den Bergbauverein, folgendes zu erklären: Ich stelle fest, daß Herr **Fischer** am 5. Februar auf dem Hauptbureau der **Gesellschaft der Bergwerks-Aktiengesellschaft** erschien, um mich zu sprechen, er aber, da ich anderen Besuch hatte, nicht sofort empfangen werden konnte. Er hat die vor ihm gewöhnliche Rücksprache daher mit dem Herrn stellvertretenden Generaldirektor **Wingel** geführt. Herr **Wingel**, der meine Ansichten genau kennt und in vollkommener Uebereinstimmung über die schwebenden Fragen sich mit mir befindet, hat Herrn **Fischer** versichert, daß meine Äußerungen ebenso lauten würden, und erklärt, daß bei der Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Maßregelungen vorgenommen werden würden, die **Gesellschaft der Bergwerks-Aktiengesellschaft** wahrscheinlich alle Arbeiter wieder annehmen werde, da der **Direktion** bisher keine Fehler darunter bekannt geworden seien. Selbstverständlich müsse vorbehalten bleiben, eventuell solche Elemente aus der **Gesellschaft** zu entfernen, was Herr **Fischer** als durchaus berechtigt anerkannte. Eine verbindliche Erklärung für andere Verwaltungen konnte Herr **Wingel** nicht abgeben und hat das weder in seinem noch in meinem Namen getan.

Darmstadt, 8. Februar. (B. T. V.) Zweite Kammer. Bei der heute fortgesetzten Beratung des Haupt-Voranschlags erklärte der Finanzminister auf eine Anfrage betreffend die Verhandlungen mit **Preußen** über die **Lotterie-Gemeinschaft**, daß die Verhandlungen noch schweben und das Ergebnis noch keineswegs abzusehen sei. Er wäre aber nur für eine Veränderung zu haben, wenn diese dem Anteil Rechnung tragen würde, den die Kollektoren der **heißschüttingischen Staatslotterie** sich bei dem Abrechnen genommen hätten. Ferner teilte der Finanzminister mit, daß noch diesem Landtage eine **Eisenbahn-Vorlage** zugehen würde, welche die Erbauung der **Linien Höchst-Walldorf-Bindenfels** und eventuell noch weiterer in Aussicht nimmt. Die Erbauung der ersten Linie hänge allerdings von den Entschlüssen der **bayerischen Regierung** ab.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 8. Februar. (Meldung der **Petersburger Telegraphen-Agentur**.) Die Meldungen, daß sich der Ausstand hier wieder weiter ausgedehnt habe, sind unrichtig. Gegenwärtig sind nur zwei Fabriken vom Ausstand betroffen, deren Arbeiter auch schon früher die Arbeit niedergelegt hatten. Den Anlaß zu den gegenwärtigen Meldungen haben die fortgesetzten Versuche in einzelnen Werkstätten der **Wulowischen Werke** gegeben, eigenmächtig durch früheres Beenden der Arbeit den achtstündigen Arbeitstag einzuführen.

Warschau, 8. Februar. (B. T. V.) Amtlichen Besanntmachungen zufolge wird in Anbetracht der allmählichen Wiederherstellung der Ordnung gestattet, die Hausstätten erst zu schließen, wenn abends die Straßenlaternen angezündet werden. Infolge des Ausstandes der Grubenarbeiter macht sich hier großer Mangel an Kohlen fühlbar. Die Zufuhr von Kohlen hat aufgehört; auf der Kohlenbörsen werden keine Geschäfte abgeschlossen; die Preise sind um 60 bis 70 Prozent erhöht.

Arbeiter! Gedenkt der Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter!

Arbeiter! Demonstriert heute abend machtvoll gegen die Frevel des russischen Absolutismus!

Reichstag.

190. Sitzung vom Mittwoch, den 8. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs v. Hompeich (3.) betreffend die Freiheit der Religionsübung.

Hg. Schrader (fr. Vg.): Die Ansichten stehen diesmal für das Zentrum nicht so günstig wie bei dem früheren Einbringen. Das ist die Schuld des Zentrums selbst. Früher war bereits in der Kommission der erste Teil vom zweiten getrennt. Der erste Teil muß ja jedermann sympathisch sein. Durch Verbindung mit dem zweiten erhält aber jetzt auch der erste Teil den Anstrich, als ob es sich lediglich um die Interessen der katholischen Kirche handelte. Wie das wirkt, können Sie aus der Rede des Hg. Sattler erkennen. Aber auch die Sozialdemokraten haben erklärt, daß ihnen der zweite Teil des Entwurfs unympathisch ist. Sie (zum Zentrum) wünschen die Kirche nicht im Staate, sondern neben oder über dem Staate gestellt zu wissen. Seit einigen Jahren geht Ihr Bestreben dahin, die Katholiken möglichst loszureißen von der übrigen Bevölkerung (Sachen beim Zentrum). Sie mögen lachen, aber Sie wissen, daß es so ist. — Der zweite Teil Ihres Entwurfs begehrt zu sehr die anerkannten Religionsgemeinschaften. Dadurch muß sich jede Religionsgemeinschaft verletzt fühlen, die aus irgend einem Grunde nicht anerkannt ist. Diesen zweiten Teil, d. h. § 9 bis 14, können wir also nicht annehmen. Aber im ganzen sind meine Freunde für Annahme des ersten Teils Ihres Entwurfs, namentlich deshalb, weil es unerträglich ist, daß, wenn z. B. ein Ehepaar aus einem Bundesstaat in den andern zieht, es unter jetzigen Umständen ganz anderen Gesetzen unterliegt. Abmachungen z. B., die in dem einen Staate galten, gelten nun im zweiten nicht mehr. Zum Besten der Bevölkerung hoffe ich also, daß dieser erste Teil des Entwurfs zu einem brauchbaren Gesetz werde. Es liegt in erster Linie bei Ihnen (zum Zentrum), dies zu bewirken. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Hg. Hoffmann-Berlin (soz.): Unsere Stellungnahme zum Toleranzantrage hat bereits mein Bestimmungsgenosse David klargelegt; sie ergibt sich aus Punkt 6 und 7 unseres Parteiprogrammes. Wir sind selbstverständlich für freie Religionsübung. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß vom Zentrum keine Toleranz kommen kann, denn es handelt sich bei ihm nicht um Meinungsverschiedenheiten, sondern um Privatinteressen, Klassen- und Sonderinteressen. So lange diese nicht von der Kirche getrennt sind, kann es keine Toleranz geben. Dem zweiten Teile des Entwurfs können wir schon deshalb nicht beistimmen, weil er nur für staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften gelten soll. Aber auch einzelne Paragraphen des ersten Teiles bieten keine Garantie für wirklich freie Religionsübung. Der Austritt aus der Kirche, der unentgeltlich sein soll, kostet heute in Preußen bis 3,50 Mark. Das kann doch nur den Grund haben, vor allem der arbeitenden Bevölkerung den Austritt aus der Kirche so gut wie unmöglich zu machen. Außerdem wird für jedes Familienmitglied der Betrag gesondert berechnet. Im übrigen Deutschland kostet der Austritt sogar 10 bis 100 Mark, und besonders in Schwarzburg-Sondershausen ist es ein löstliches Vergnügen. Auch sollten die ausgetretenen Leute nicht noch ein oder zwei Jahre zu den Kirchenlasten herangezogen werden! Es sollte selbstverständlich sein, daß die Kirche nichts von solchen „Eständen“ und „Regern“ annimmt; das Zentrum wird doch nicht die Kirchens-Moral bei sich einführen wollen. Welcher jemand seinen Austritt aus der Kirche beim Amtsgericht an, so bekommt er darüber eine Bescheinigung, in der es heißt: er werde auf die Bestimmungen der Paragraphen so und so aufmerksam gemacht. Nach diesen Paragraphen ist die Wahrung einer sechsmonatlichen Frist vorgeschrieben, bei deren Verfließen zwar auch eine beträchtliche Kostenrechnung entsteht, der Austritt aus der Kirche aber nicht mehr möglich ist. Eine einfache schriftliche Erklärung, höchstens mit beurlaubiger Unterschrift sollte für den Austritt aus der Kirche genügen. Wird wie jetzt noch ein persönlich wahrzunehmender Termin vorgeschrieben, so bedeutet das für die Arbeiter einen schmerzlichen Lohnausfall. Einige Richter, z. B. in Halle a. S., verlangten sogar, daß die erste Anmeldung mündlich erfolgen solle. Das haben wir ihnen freilich abgewöhnt. Wir sind gleich so zahlreich zu ihnen gegangen, daß sie sofort gesagt haben: Sie können das in Zukunft auch schriftlich abmachen. (Weiterkeit.) Auch denen, die keine Kirchensteuer zu zahlen haben, werden Schwierigkeiten gemacht. Man verlangt selbst von denen, die nie einer Kirche angehört haben, wie getauft, vielleicht schon dissidentische Eltern haben, daß sie ihren Austritt aus der Kirche nachweisen, wenn sie von der Kirchensteuerleistung befreit sein wollen. Wer wahrhaft tolerant wäre, müßte auch die Gesellschaften fördern, die sich auf ihre Weise religiöse Erbauung verschaffen wollen, die solche Erbauung in Wissenschaft und Kunst erblinden und keinen positiven Glauben — im Sinne des Provinzial-Schulkollegiums (Weiterkeit) — haben. Schon Goethe hat gesagt: Wer Wissenschaft und Kunst liebt, hat auch Religion — wer Wissenschaft und Kunst nicht hat, der habe Religion.

Wir haben nichts gegen eine Kirche, die frei ist von jedem staatlichen Zwang, die ihre Ausgaben selbst bezahlt und nicht aus dem Säckel des Staates, in den Christ, Jude und Heide hineinfleuert. Wir wenden uns gegen die Kirche nur, wenn sie zur Ausnutzung der Volksmassen mißbraucht wird. Schon Genosse David wies auf die Mainzer Broschüre hin, die sich gegen Fortschritt und Aufklärung wendet. Sie (zum Zentrum) wollen das nicht gegen sich gelten lassen, aber Reichenperger sagte einst im Abgeordnetenhaus: Für die allgemeine Volksschule können als obligatorische Unterrichtsgegenstände nur in Betracht kommen Religion, Lesen und Rechnen. (Sehr gut! im Zentrum.) Geschichte, Geographie, Naturkunde. Zeichen sind überflüssiger Luxus und tragen die allerschlimmsten Gefahren für die Gesamtheit in ihrem Schoß. — Warum rufen Sie jetzt nicht sehr richtig? (Große Weiterkeit.) — Als Stallknecht, Hirtenjunge oder Fabrikarbeiter würden sich diese Leute viel zu gebildet, zu gut vorkommen. So vertritt das Zentrum den Püttlamerischen Standpunkt, daß die Kinder zum Kartoffelbuddeln noch viel zu viel lernen.

Nicht nur die Leiter der römisch-katholischen Kirche verfahren so, sondern auch die staatlichen Leiter der evangelischen: Bonifazius der königlichen Regierung und der Provinzial-Schulkollegien

verschiedener Provinzen wurde ein Erlaß gegeben, in dem es hieß, jedes Volksschulkind müsse 26 Psalmen, 20—40 Sprüche aus dem Alten, 100—110 aus dem Neuen Testament und 20 Kirchenlieder auswendig können. Im Staate Württemberg, nämlich in Stuttgart, mußte sich der Gemeinderat jüngst mit einer Volksschule beschäftigen, die unter einem geistlichen Schulpfleger stand. Es wurde festgestellt, daß die Kenntnisse der Kinder in der deutschen Sprache und im Rechnen unzulänglich waren: Eine leichte Prozentrechnung konnte nur von drei Schülern gelöst werden. (Weiterkeit links.) Ganz unglaubliche Resultate ergaben die Fragen nach der allgemeinen Bildung: drei Kinder wußten nicht, wie ihr König heißt, nur elf wußten den Ernteertrag, in dem sie wohnen (Hört! hört! links), sieben wußten nicht, wer Bismarck war. Mit dem Religionsunterricht war diese Schule freilich reichlicher besetzt. Neben 1 1/2 Stunden Geschichte standen 12 Stunden Religionsunterricht! Es wäre wirklich notwendig, in der Schule für die anderen Unterrichtsfächer etwas mehr Toleranz zu schaffen. (Weiterkeit links.) Und nicht nur die Religionsstunden selbst sind zu zahlreich, sondern auch alle anderen Fächer werden reichlich mit Religion ausgestattet; ob Lesen, Schreiben, Geschichte, überall wird Religion recht reichlich untergebracht. Nur in der Rechenstunde geht es nicht, weil man nicht gut in ein und derselben Stunde den Kindern lehren kann: 3 x 1 ist 3 und 3 x 1 ist 1. (Dho! beim Zentrum, Weiterkeit links.) Darunter müssen die Kulturaufgaben leiden.

Für den ersten Teil des Zentrumsantrages werden wir, wie gesagt, stimmen. Es stört uns gar nicht, daß wir fest überzeugt sind, daß das Zentrum, wenn es die Mehrheit hätte, dann die Glaubensfreiheit nur für sich in Anspruch nehmen würde. Aber heute sind die Trauben sauer und weilt sie zu hoch hängen, muß man sich auf der anderen Seite eine Leiter bauen, damit man herankommen kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte nur nicht zu viel Aufhebens machen, daß man mit einem solchen Antrage gekommen ist. Eigentlich ist es für die deutschen Zustände beschämend, daß noch darüber diskutiert werden muß, ob bei uns Religions- und Glaubensfreiheit herrschen soll! Vor zweihundert Jahren sagte ein Hohenzoller auf dem Thron: „Meine Untertanen sollten leben dürfen und nicht denken, Atem holen und ihre Gedanken nicht mitteilen! Ich wünsche mir nichts mehr als ein edles, stilles, freudvolles Volk!“ Denken Sie, ein Hohenzoller auf dem Thron verlangt ein „freudvolles“ Volk! (Weiterkeit.) Wer heute so sprechen würde wie Friedrich II., würde mindestens als Heizer und Aufwiegler angesehen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Wind, der heute weht, dreht Minister manchmal im Kreise. Es war neulich ein erhebendes Bild, als der Herr Reichskanzler bei Begründung der Handelsverträge sich bereit erklärte, am Altarleiter zur Reichstagskammer hinaufzuklettern; er wäre vielleicht gar nicht so uneben als Wetterfahne. (Stürmische Weiterkeit.) Glaubens- und Gewissensfreiheit gibt es heute den Dissidenten gegenüber nicht.

Im Jahre 1859 erklärte der preussische Kultusminister v. Bethmann-Hollweg, der Religionsunterricht der Jugend in Dissidentengemeinden bilde ein wesentliches Stück der freien Religionsübung. Die Verfolgung der Dissidenten entspreche weder der Würde des Staates noch sei sie verfassungsgemäß. Es wäre ein Armutsergebnis, das die großen Kirchengemeinschaften sich selbst ausstellen, wenn sie sich nur durch solche Mittel halten zu können glaubten. Damals war eben Wilhelm I. zur Regierung gelangt, ein Systemwechsel trat ein. Schon am 8. November 1858 hatte Wilhelm I. als Prinzregent, als Thronfolger sich geäußert: In Preußen besteht bekanntlich die traditionelle Einrichtung, daß Thronfolger immer liberal sein müssen, auch wenn sie kurz vorher ihren Liberalismus durch konservativen gläubigen Laiben. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In einer Rede an das versammelte Staatsministerium sagte er: Es sei nicht zu leugnen, daß in der evangelischen Kirche eine Orthodoxie eingedrungen sei, die mit ihren Grundanschauungen nicht verträglich sei und die Heuchelei in ihrem Gefolge habe. — Am 13. März 1865 aber sprach er schon anders. Da war Minister Müllers an Stelle Bethmann-Hollwegs getreten und dieser meinte, die Staatsregierung könne es nicht als ihren Beruf ansehen, ein von der Grundlage der göttlichen Offenbarung losgelöstes Dissidententum zu pflegen. Kinder von Dissidenten dürften in keinem Falle von dem Religionsunterricht befreit sein. Damals handelte es sich um christliche Dissidenten, um fromme Gemeinden, die unter der Intoleranz zu leiden hatten. Das geschieht auch heute noch, auch bei der Eidesablegung. In der Verpflichtung auf eine fromme Eidesformel liegt eine Bedrückung, ein Gewissens- und Glaubenszwang. (Wohlbefundene Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Richter zwingt den Ungläubigen gewissenhaft, einen Meineid zu leisten. Wahr doch auch der Nichtgläubige bei Gott dem Allmächtigen schwören. Ich machte als Zeuge einmal einen Richter darauf aufmerksam. Da erwiderte er mir, das ist ganz gleich, was Sie glauben, wenn Sie falsch schwören, kommen Sie doch ins Zuchthaus. (Sehr richtig! rechts.) Ja, es ist ja einmal vorgeschlagen worden, meineidige Sozialdemokraten gleich auf zehn Jahre ins Zuchthaus zu setzen. Sie scheinen also den frommen Eid nicht so hoch einzuschätzen, wie den eines Sozialdemokraten. (Weiterkeit.) Es wäre vielleicht auch die Eidesfrage in den Toleranzantrag hineinzusetzen. Das allgemeine Landrecht sagt ausdrücklich, daß die Begriffe von Gott und göttlichen Dingen kein Gegenstand von Zwangsgesetzen sein sollen. Es spricht von einem Erlaß der Eidesleistung, von dem Erlaß des Eides durch gewissenhafte Versicherung auf Ehre. Das ist nun nicht mehr zulässig. Nur das Oberhaupt des Staates kann den Eid erlassen. Kürzlich beriefen sich vor einer Berliner Strafkammer Mitglieder der dissidentischen Christengemeinde auf die Verse Matthäus 5 33 ff. Sie wurden aber trotzdem wegen Eidesverweigerung ins Gefängnis gesteckt. Wegen des Eideszwangs durch den Eid bietet der Toleranzantrag keine Garantie, auch nicht dagegen, daß die Kinder von Dissidenten gezwungen werden, am andersgläubigen Religionsunterricht in der Schule teilzunehmen. Was in § 4 des Toleranzantrages bestimmt wird, steht schon im Allgemeinen Landrecht, wo es in § 78 heißt: So lange die Eltern über den ihren Kindern zu erteilenden Religionsunterricht einig sind, hat kein Dritter das Recht, ihnen darin zu widersprechen. Und in den Ausführungs-Verordnungen des Ministers Fall vom 29. Februar 1872 und 26. Januar 1875 heißt es klipp und klar, daß Schüler, welche in einer Religion oder Konfession erzogen werden, für welche im allgemeinen Lehrplan der betreffenden Lehranstalt Unterricht nicht angeordnet ist, ohne weiteres vom Religionsunterricht zu dispensieren sind. Diese Ausführungsbestimmung des Ministers Fall hat ja eine ganze Zeitlang zu Recht bestanden. Ich war von der Strafkammer Halle einige zwanzigmal wegen Ver-

haltung meiner Kinder vom Religionsunterricht verurteilt worden. Ich appellierte an das Landgericht und dieses entschied am 3. August 1880, daß der Erlaß des Ministers Fall sich nur auf die höheren Lehranstalten, aber nicht auf die Dissidentenkinder in den Volksschulen beziehe. Damit war festgestellt, daß, wenn ich die Mittel hätte, meine Kinder in bessere Schulen zu schicken, sie keine Religion brauchen, daß die Kinder nur Religion brauchen, wenn sie kein Geld hätten. (Weiterkeit.) Aber das Kammergericht sprach mich am 6. Februar 1890 frei. Nach dieser Kammergerichts-Entscheidung handelte ich bis zum Jahre 1900. Inzwischen war ich nach Berlin verzogen und erhielt einige zwanzig neue Strafbefehle. Ich legte mein Kammergerichts-Urteil vor. Da beantragte vor dem Schöffengericht der Anwalt selbst meine Freisprechung. Aber hinterher legte er selbst Verurteilung ein gegen die von ihm beantragte Freisprechung. (Große Weiterkeit.) Das Landgericht in Berlin verurteilte mich: „Auch die vom höchsten Gericht gegebene Auslegung kann den Angeklagten nicht entlasten“. Nun entkam ich mich aus meiner Volksschulezeit des Müllers von Sandouci: Es gibt noch ein Kammergericht in Berlin. Mein Anwalt riet mir freilich von vornherein, mich auch nicht auf das Kammergericht zu verlassen, Doffe sei an die Reihe gekommen. In seiner Anklage vor dem Kammergericht erklärte der Staatsanwaltschaft, es sei Pflicht der Angeklagten, sich darum zu kümmern, ob das Kammergericht sich in seinem Freispruch vom 6. Februar 1890 nicht geirrt habe. (Stürmische Weiterkeit.) Was würden die Richter wohl gesagt haben, wenn ich sie bei der Milderung aus dem Beratungszimmer gefragt hätte: Verzeihung, haben Sie sich vielleicht geirrt? (Stürmische Weiterkeit.) Nun wurde das Urteil des Kammergerichts gefällt: Das Kammergericht habe seinen Standpunkt von 1890 längst verlassen. (Hört! hört! und Weiterkeit.) In der Tat, ich erfuhr jetzt, im Jahre 1900, daß das Kammergericht schon 1893 seinen Standpunkt verlassen hatte. 1891 war nämlich Herr v. Redlich Minister geworden. (Weiterkeit.) Daß der Angeklagte durch die Kammergerichtliche Entscheidung in einen Rechtsirrtum verlegt worden sei, könne ihn nicht schaden. Er hätte wissen müssen, daß er ohne Dispens seine Kinder vom Religionsunterricht nicht fern halten dürfte. Was also ein Justizrat, ein Senatspräsident, zwei Kammergerichtsräte und der Minister nicht gewußt hatten, das mußte ich wissen. (Stürmische Weiterkeit.) Das Charakteristische aber ist, daß dieses neue Urteil gefällt wurde, ohne daß inzwischen das Gesetz irgendwie geändert worden wäre; nur ein neuer Wind piff von oben und der Minister hatte gewechselt. Ich sagte auch den Richtern, sie hätten mich zu der strafbaren Handlung verurteilt und gehörten von Rechts wegen neben mich auf die Anklagebank. Aber sie zogen ins Beratungszimmer und verurteilten mich. (Weiterkeit.) Ich will jetzt noch einen Ministerwechsel abwarten und dann beim Kammergericht wieder anfragen, ob es sich vielleicht bei seiner letzten Entscheidung geirrt hat. (Stürmische Weiterkeit.) Aber, wenn ein Ministerwechsel genügt, um das Gesetz so unzu-legen, auszulügen kann man nicht mehr sagen, so ist es doch zwecklos, überhaupt Gesetze zu machen; wir können das Urteil direkt nach den Einschlüssen von oben fällen lassen. Wie soll bei einer derartigen Rechtsprechung der Glaube an die Unabhängigkeit und Parteilosigkeit des Richterstandes erhalten bleiben? Ueber den zwangswise Unterricht der Dissidentenkinder in evangelischer oder katholischer Religion hat schon 1892 im Reichstage Hg. Träger gesagt, daß die Eltern ihre Kinder veranlassen würden, die bittere Medizin wieder auszuspuhen, die man ihnen in der Schule in den Mund getan hätte. (Hört! hört! links.) Auch der Hofprediger — damals noch ohne a. D. — Stöder erklärte es für unmöglich, Weisheiten zur Ablegung eines so durchaus persönlichen Glaubensbekenntnisses zu zwingen, wie es der lutherische Katechismus vorschreibt. Nicht nur die „Gottesleugner“, die „Heiden“, „Antichristen“ oder wie Sie uns sonst nennen mögen, fühlen sich durch diesen Gewissenszwang bedrückt, sondern auch christliche Pastoren. So schrieb der Herausgeber der „Christlichen Welt“, Pfarrer Nabe: Der gewalttätige Religionsunterricht der Dissidentenkinder sei die schmachvollste Konsequenz des Schulzwanges. Der Pfarrer Erich Förster sagte, man müsse sich schämen, wenn ein Dissident nach der Stellung der Kirche zum Religionsunterricht frage.

In der „freien“ Republik Hamburg sind jetzt Freidenker-Sammlungen unmöglich, die Jugendweibe, die die Freidenker an Stelle der Konfirmation treten lassen, wird durch die Polizei auseinandergetrieben.

Auch mit dem § 1066 des V. G. B. wird schmähliger Mißbrauch getrieben. Der Paragraph bestimmt, daß, wenn die Eltern das geistige oder leibliche Wohl des Kindes gefährden oder sich eines ehrlösen Verhaltens schuldig machen, das Vormundschaftsgericht die nötigen Erziehungsmaßnahmen treffen kann. Schon bei der Schaffung dieses Paragraphen hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß die religiöse oder politische Erziehung des Vaters nicht als Vernachlässigung oder ehrlöses, unstillches Verhalten ausgelegt werden dürfe. Der Antrag wurde abgelehnt, weil man einen solchen Mißbrauch für ganz unmöglich hielt. Trotzdem wurde in Sommerfeld in der Niederlausitz einer älteren Frau das Erziehungsrecht abgeprochen, weil — sie einem Textilarbeiter-Verbande angehörte. (Hört! hört! links.) Leider war die Frau daraufhin schwach genug, aus diesem Verbanne anzutreten, und man ließ ihr nun das Erziehungsrecht. Es wäre zu fragen, ob in einem solchen Falle der Richter nicht wegen Erpressung, wegen Rötigung belangt werden könnte. Wenn das nun schon wegen der Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation geschieht, so können Sie sich vorstellen, wie man mit Leuten umgeht, die einem politischen oder freidenkerischen Verein angehören.

Ein Vater, dessen Kinder auf der Realschule in Magdeburg vom Religionsunterricht befreit waren, zog nach Auktin und sollte hier gezwungen werden, die Kinder in den evangelischen Unterricht zu schicken. Da sagte er: ja, wenn ich gezwungen werde, dann schicke ich sie lieber in den jüdischen Unterricht. (Hört! hört! rechts.) Ja, der Mann hat ganz recht; die Lehren des jüdischen Unterrichts konnte er leichter aus seinen Kindern herausbringen. Auch rechnete er vielleicht auf den Beistand der Antisemiten. (Weiterkeit im Zentrum.) Wenn alle Freidenker es so machen wollten, dann bin ich gar nicht im Zweifel, dann würden die Antisemiten schon dafür sorgen, daß dem jüdischen Unterricht nicht zu viel Kinder zugeführt würden. Der Magistrat von Auktin erklärte aber, wenn er die Kinder nicht in den evangelischen Unterricht schicke, würden sie aus dem Verband der Schule ausgewiesen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Präsektor Altmann, welche die Unterrichtsbehörde befahl,

und Herr Dr. Wille, welcher sie sogar doppelt besah, gaben Religionsunterricht in freien Gemeinden. Er wurde ihnen verboten, und als sie es doch taten, wurden sie ins Gefängnis gesteckt. Meine Herren! ins Gefängnis gesteckt auf administrativem Wege wie in Preußen! (Hört! hört! links.) Früher Altmann wurde durch die Unterrichtsbehörde ganz allgemein entzogen und zwar wegen der vorliegenden Bedenken. Diese wurden damit begründet, daß sie im Gefängnis gewesen wäre, und sie war im Gefängnis nur deshalb, weil sie Religionsunterricht erteilt hatte! (Hört! hört! links.)

Wenn solche Dinge vorkommen, muß man sehr vorsichtig in der Abfassung der Paragraphen des Toleranzgesetzes sein. (Weiß! links.) Man peitscht durch solches Vorgehen die Eltern in den Konflikt mit den Lehrern hinein, während Lehrer und Eltern gemeinsam die schwere Aufgabe der Erziehung leisten sollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Stöcker's ganze Rede war das Eingeständnis der Konkurrenzunfähigkeit des Staatspflanzens gegen die freie Kirche. Er meinte, ohne Religionsunterricht würden die Diszidentenlinder des wichtigsten Kulturlements verlustig gehen. Nun, das ist Ansichtssache. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß es ganz gut wäre, wenn die Diszidentenlinder etwas von den biblischen Geschichten erführen, aber das können sie doch in einem kulturgeschichtlichen Unterricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der fehlt namentlich in der Volksschule. Geschichtsunterricht, gewiß, den haben die Volksschulkinder, aber er ist auch danach. Genealogie der Herrschenden sollte er heißen; wann die Fürsten geboren und wann sie gestorben sind und wie viel Schlachten sie gewonnen haben; von den verlorenen Schweigt man. (Große Heiterkeit.) Von Goethe und Schiller erfahren die Kinder natürlich nichts in einer Zeit, wo man, wie in Wiesbaden, ein Schillerdenkmal entfernte, um einem Kaiserdenkmal Platz zu machen. Nächstens bekommt noch der, welcher einen neuen Platz für ein Denkmal findet, einen Preis. (Große Heiterkeit.) Früher sprach Herr Stöcker anders, im Anfang der achtziger Jahre, da trat er auf als ein zweiter Luther, das „evangelische Bewußtsein“ sollte die Welt erobern. Aber bis jetzt hat er leider nur einen Abgeordneten hier erobert. (Große Heiterkeit.)

„In den Ozean schiffte mit tausend Mosen der Jüngling, Still auf gerettetem Boot treibt Freund Stöcker als Greis.“ Der erste Teil des Antrags werden wir bereit sein, in genügend ungedrehter Fassung anzunehmen, dem zweiten können wir wegen des Passus „anerkannte Religionsgemeinschaft“ nicht zustimmen. Den hundertsten Geburtstag Schillers können Sie am besten dadurch feiern, daß Sie Glaubens- und Gewissensfreiheit geben. Will die Regierung das nicht, dann mag sie tun was ihr gut dünkt. Wir aber werden weiter gehen in dem stillen Bewußtsein, nicht die Toleranz zu fördern für einzelne Religionsgemeinschaften sondern für das gesamte Volk! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Weinungen (fr. Sp.): Es erscheint mir eine Forderung der Toleranz, für den ersten Teil des Antrages einzutreten. Herr Wagner hat offen erklärt: wir sind religiös-dogmatisch-intolerant. In der Tat aber bleibt er bei dieser Intoleranz nicht stehen. Die Religion wird verquirit mit der Moral, mit der Politik. Die Intoleranz dehnt sich aus auf den Schulunterricht und das erzwungene Vernehmlichung. Politik und Religion werden besonders in Süddeutschland verquirit; ein Beispiel ist das Gebetsbüchlein von Joseph Anton Heller. Ein Kapitel dieses Gebetsbüchleins lautet: Der Liberalismus ist der Feind der Kirche, wie wählst Du? (Hört! hört! links.) In dem Absatz: Bist Du entschieden katholisch? heißt es: „Sehr gefährlich ist der gewohnheitsmäßige Umgang mit Andersgläubigen.“ Unter „Liberalismus“ versteht das Büchlein auch die Herren der äußersten Linken, die jetzt in einem liebevollen Techtel-Wechtel mit dem Zentrum in Bayern sich befinden (Heiterkeit), überhaupt alle Gegner der kirchlichen Weltanschauung, also auch die Konservativen. Dann heißt es: „Selbstverständlich gehört der katholische Mann der Zentrumspartei an“ (Hört! hört! links), also ein rein politisches Flugblatt! „Der seinen Gott nicht fürchtet und liberale Zeitungen liest, der wird ein Verräter sein!“ (Sehr richtig! im Zentrum, große Heiterkeit.) Früher hieß es: „Verräter und ein Wadelfmann!“ Das ist nachher gestrichen, jedenfalls hat der Herausgeber gefühlt, daß doch auch die Herren vom Zentrum das Wadelf sehr gut verstehen. (Heiterkeit links.) Ich verstehe nicht, wie man glauben kann, daß ein solches Hineintragen des politischen Kampfes bis unmittelbar in die Kirche den religiösen Frieden fördern kann. Ebenso wird vom Merkantilismus bis tief hinein in jeden Schulgegenstand der religiöse Gegenstand hineingetragen. In der schon vom Abg. David stierren Mainzer Schrift über den Zerstückelungsgeist der staatlichen Volksschule heißt es von den früheren Kultusministern: Besser einen Mühlstein um den Hals gelegt und ins Meer geworfen (Stille Heiterkeit), als den Frommen Aergernis erregt. Der Jesuit Hammerstein, der Berater des Bischofs von Köln, schlägt für jede staatliche Volksschule die Jesuiten vor: Der Haß gegen Gott war dein Daseinsgrund. (Hört! hört! links.)

Nun der Antrag selbst. So leicht hat sich noch nie eine Partei eine so wichtige Materie gemacht. Die Herren können es sich ja leisten, sie sind sicher, daß ihr Antrag einer Kommission überwiesen wird. Ueber den zweiten Teil hat Herr Wagner nicht ein Wort gesagt und dieser Teil ist doch die Hauptsache. Ueber die Unterscheidung zwischen anerkannter und nicht anerkannter Religionsgemeinschaft wollte Herr Wagner in der Kommission reden. Das Volk verlangt aber, daß dieser hochwichtige Teil nicht von vornherein in der Kommission begraben wird. Wir wünschen Ihre Motive für den zweiten Teil kennen zu lernen, für diese Bestimmungen, deren eminent kulturpolitische Bedeutung vielleicht manche der Herren selbst nicht ahnen. (Lachen im Zentrum.) Was verstehen Sie denn überhaupt unter „anerkannter“ Religionsgemeinschaft? Wollen Sie etwa eine Reichskirchenhoheit und wie soll es mit den Landeskirchenhoheiten werden? § 14 soll die freie Tätigkeit der Kongregationen aussprechen. Soll sich das auch auf die pädagogische Tätigkeit dieser Kongregationen beziehen? Sie haben mir neulich ein kulturkämpferisches Vorgehen und Auftreten vorgeworfen. Das ist ja jeder gewohnt, der gegen das Zentrum auftritt. Aber Sie müssen sich doch klar sein, daß Sie mit diesem Antrag einen sehr gefährlichen Weg beschritten haben, der in der Zukunft zu einem großen Kulturkampf führen muß. (Lachen im Zentrum.) Wollen Sie wirklich konfessionellen Frieden in diesen Disjunktionen, so erfüllen Sie drei Bedingungen: Geben Sie die Schule von der Kirche frei. (Lachen im Zentrum.) Und schließlich verzichten Sie auf den Geldbeutel des Staates, machen Sie die Kirche frei vom Budget des Staates. Dann werden wir mit gleichen Waffen kämpfen, und unseren Kampf viel edler führen, viel leichter beendigen können. Von der unüberwunden, wahrhaft christlichen Duldung, deren Geist in diesem großen Worte Schillers wirkt, ist im zweiten Teile dieses Toleranzantrages nichts zu spüren; im Gegenteil, er fördert den Geist intoleranter, konfessioneller Verhetzung. Mögen Sie deshalb den ersten Teil des Toleranzantrages annehmen oder ablehnen, je nach Ihrem Standpunkte; ich richte die dringende Bitte an Sie, den zweiten Teil hunderttausend ohne Kommissionsberatung abzulehnen. (Lebhafte Beifall links.)

Der Redner verläßt die Tribüne; in diesem Augenblicke ruft das ganze Zentrum: Das Gebetsbüchlein! Der Redner holt es unter fürmlicher Heiterkeit von der Tribüne, wo er es hat liegen lassen, und überbringt es dem Abg. Gröber. (Erneute schallende Heiterkeit.) Dieser weiß es aber zurück.

Abg. Gröber (Z.): Der Herr Vorredner hat den Antrag im Grund und Boden verworfen um am Schluß zu empfehlen, den ersten Teil anzunehmen. So ganz schlecht kann doch also der Antrag nicht sein. Und wird vorgeworfen, daß unser Antrag sich gegen den Protektionsismus richte. Davon ist keine Rede, eine solche Verdächtigung wird durch den Inhalt des Antrags in keiner Weise gerechtfertigt; wir müssen uns gegen eine solche Behauptung entschieden verwahren. (Dravo! im Zentrum.) Auch die Presse anderer Parteien hat seinerzeit der ersten Hälfte unseres Antrages vielfach zugestimmt. Selbst hervorragende national-liberale Organe, wie die „Kölnische Zeitung“, die „National-Zeitung“,

die „Straßburger Post“ und die „Hagburger Abendzeitung“, haben 1900 bis 1902 das getan. Jetzt dagegen bekämpfen die Herren Nationalliberalen diesen Fortschritt. Die Regierung aber kommt mit Kompetenzbedenken, obgleich der Herr Staatssekretär vor einigen Tagen bei anderer Gelegenheit anerkannt hat, daß der Artikel 91 der Reichsverfassung hier anwendbar ist. Der Vorwurf des Abg. Sattler, unser Antrag richte sich gegen das Staatschristentum, ist unwichtig. Der Antrag überläßt vielmehr jedem Bundesstaate innerhalb der reichsgesetzlichen Grenzen, die Kirchenhoheit auszuüben. Die Lehren der Religionsgemeinschaften dürfen nicht mit Staatsgesetzen in Widerspruch stehen. Unser Kampf richtet sich nur gegen den Bureaucratismus in der Ausübung der Staatshoheit über die Religionsgemeinschaften. — Der weitere Vorwurf, wir wollten Ausnahmerecht für die anerkannten Religionsgemeinschaften, ist deshalb nicht richtig, weil wir ja keiner Religionsgemeinschaft verwehren wollen, Korporationsrechte zu erwerben. (Jurus bei den Sozialdemokraten: Wie soll sie das denn machen!) Es gibt dazu heute schon einen Weg, der in der Reichsverfassung durchaus angedeutet ist. Dieser Weg ist Gründung einer Aktiengesellschaft. (Große Heiterkeit.) Ja, im Ernst, eine Aktiengesellschaft zur Aufbringung von Mitteln für die Religionsausübung. Dazu würde gar keine Genehmigung irgend einer Behörde notwendig sein. Die Fachliteratur hat diese Frage schon behandelt. Auch die Kompetenzfrage ist wieder erörtert worden. Das ist ja klar im deutschen Reichstage, wenn die Sache einem unangenehm ist. (Jurus links.) Das geschieht auf allen Seiten des Hauses. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls kann die Bedürfnisfrage für unseren Antrag nicht gelöst werden. Redner führt verschiedene Fälle von Beschränkung der Religionsausübung gegenüber Katholiken in Braunschweig, Mecklenburg und Sachsen an. Besonders Sachsen ist einer der reaktionärsten Bundesstaaten, was religiöse Toleranz betrifft. Ein Geistlicher, der ungebührlich einem Sterbenden die Sakramente absteckte, wurde mit 30 Mark Geldstrafe belegt. (Lebhafte Heiterkeit im Zentrum.)

Wir wenden uns dagegen, daß die Gesetzgebung zugunsten irgend einer religiösen Richtung einseitig Partei nimmt. Man hat jetzt die Weltpolitik inauguriert und hat ausdrücklich dabei die Freiheit der Religionsausübung verklärt. Am Congo soll Religionsfreiheit sein, aber in Deutschland nicht, das verstehen wir nicht. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir wünschen, daß die Ungleichheit der Vergangenheit beseitigt werde, und daß auf dem Boden des gemeinen Rechtes jedem Deutschen die freie Religionsausübung gewährt wird. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Ein Vertagungsantrag Sattler (natl.) wird hierauf gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Erste Lesung der Handelsverträge).

Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

135. Sitzung vom Mittwoch, den 8. Februar, mittags 2 Uhr.

Am Ministertische: v. Duda, Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Herstellung und den Ausbau von Wasserkräften.

In der allgemeinen Debatte bedauert zunächst

Abg. Gamp (fr.), nicht für die Vorlage stimmen zu können, da die Frage des Schlepplimonopols und der Schiffsabgaben nicht in einwandfreier Weise geregelt worden seien. Die Linie im Reichstage habe die Verfassungswidrigkeit der Schiffsabgaben betont, die Ausführungen des Grafen Podolski dazu hätten aber nur die Nichtigkeit des Satzes gezeigt, daß die Worte dazu da seien, um die Gedanken zu verbergen. Herr v. Duda habe sich selber als einen praktischen Mann bezeichnet; das sei er in der Tat, denn es sei ihm ja gelungen, trotz der früheren Widersprüche gegen die Vorlage eine große Majorität für sie zu gewinnen. (Heiterkeit.) Für die Herstellung von Wasserkräften sei die Erhebung von Schiffsabgaben sei doch aber auch noch ein Justizminister vorhanden. Die Staatsregierung hätte jedenfalls bestimmte Erklärungen dahin abgeben müssen, daß die Berechtigung und die Notwendigkeit zur Erhebung von Schiffsabgaben auf den kanalisiertem Flüssen, auch auf dem Rhein, vorliege.

Abg. v. Arnim (L.) hält die an der Vorlage vorgenommenen Verbesserungen für so erheblich, daß er für sie stimmen wird. Redner hofft, daß der Kanal über Hannover hinaus in absehbarer Zeit nicht gebaut wird.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Mein politischer Freunde haben geschlossen für § 1 und die aus diesem sich ergebenden Verpflichtungen gestimmt. Wir stimmen darin überein, daß der Gesetzentwurf in der in zweiter Lesung beschlossenen Fassung erhebliche Verschlechterungen enthält. Wir haben einmütig das Schlepplimonopol und die Einführung von Schiffsabgaben bekämpft. Eine Meinungsverschiedenheit besteht bei uns nur in der Beurteilung der Frage, ob der Gesetzentwurf in der von der Mehrheit beschlossenen Fassung überwiegend Vorteile oder Nachteile im Gefolge hat. Ein Teil meiner politischen Freunde erachtet auch jetzt die aus dem Bau der neuen Wasserstraßen sich ergebenden Vorteile für größer als die Nachteile. Der andere Teil meiner Freunde, zu dem auch ich gehöre, ist zu diesem Ergebnis nicht gekommen. Er hält sich für verpflichtet, in der Gesamtabstimmung mit nein zu stimmen, weil die Vorlage unseren Forderungen und Anschauungen nicht entspricht. Zugleich bedeutet unser Nein die entschiedene Ablehnung des Besuchs, Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen einzuführen. Wir können dazu um so weniger unsere Zustimmung geben, als Schiffsabgaben sowohl wie das Schlepplimonopol nach dem ausgesprochenen Willen der Mehrheit dieses Hauses zur Unterhaltung und Verschärfung der herrschenden (schutzkammerischen) agrarischen Wirtschaftspolitik dienen sollen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Zu meiner Freude kann ich konstatieren, daß die Vorlage bei der zweiten Beratung nicht verschlechtert worden ist, und ich kann daher mitteilen, daß, wenn nicht noch Verschlechterungen an der Vorlage vorgenommen werden, meine Freunde mit zurückwendenden Ausnahmen für die Kanalvorlage stimmen werden. (Beifall.)

Abg. Frisen (Ztr.) erklärt sich gegen die Vorlage.

Abg. Brömel (fr. Sp.): Die Vorlage würde auch ohne unsere Stimme angenommen werden. Wenn wir der Vorlage zustimmen, so sind damit unsere Bedenken gegen das Schlepplimonopol und die Schiffsabgaben nicht beseitigt. Freilich ist die Vorlage jetzt recht mangelhaft, wir vertrauen aber darauf, daß gute Pflege auch dieses „Bab“ zu einem kräftigen Manne machen wird. Die gute Pflege erwarten wir von der deutschen Arbeit, die wiederholt manches, was Geseppelung und Regierung schlecht gemacht hatten, wieder gut gemacht hat. Im Vertrauen auf die deutsche Arbeit stimmen wir für die Vorlage. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (fr.): Zur Zeit des Fürsten Bismarck hatte die Landwirtschaft gelernt, vertrauensvoll auf die Regierung zu blicken. Da trat sie wie ein Keulenschlag die Caprivische Handelsvertragspolitik, und da ist es ein großes Verdienst des Bundes der Landwirte gewesen, daß er durch seine lebendige Agitation die Landwirte aus ihrer lethargie auferweckte und sie gesammelt hat. (Sehr richtig! rechts.) Es ist sein großes Verdienst, daß er eine Organisation geschaffen hat, die sich ganz vorzüglich bewährt hat. Aber, meine Herren, nun kommt das Aber. (Heiterkeit.) Ich muß sagen, daß der Vorstand des Bundes der Landwirte an Selbstüberschätzung leidet. (Große Heiterkeit.)

Präsident v. Kröber: Ich möchte Sie bitten, doch auf das Thema der Verhandlungen einzugehen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (fr., fortsetzend): Wenn die Herren vom Bund der Landwirte es für angebracht erachtet haben, eine so scharfe Opposition gegen die Kanalvorlage in ihrer Presse zu machen, wie sie sie gemacht haben, so halte ich das nicht für ein glückliches Vorgehen. Man kann ein ausgezeichneter Agitator sein, ohne daß man den Befähigungsnachweis als Politiker erbracht hat. (Große Heiterkeit.) Wenn wir nach den Vorschriften des Bundes der Landwirte

verfahren wären, so hätten wir keine neuen Handelsverträge. (Sehr richtig!), dann wäre der Zolltarif abgelehnt worden. (Sehr richtig!) Ich bedauere, daß in den Handelsverträgen unsere Wünsche nicht erfüllt sind, aber sie enthalten eine so große Verbesserung für die Landwirtschaft gegenüber den bisherigen Verträgen, daß es mir ermöglicht ist, für den Kanal zu stimmen. Herr Dr. Gahr hat gemeint, die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen den Rhein-Hannoverskanal, er hat wohl da an die Mehrheit im Zirkus Busch gedacht. (Große Heiterkeit.) Nur durch das Entgegenkommen zwischen Landwirtschaft und Industrie kann der erforderliche Schutz der nationalen Arbeit erreicht werden. (Sehr richtig!) Die Herren vom Bund der Landwirte würden der deutschen Landwirtschaft und der ganzen Kulturwelt unseres Vaterlandes den größten Dienst erweisen, wenn sie sich Ruhe geben, den Frieden herzustellen zwischen Industrie und Landwirtschaft. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlusantrag wird abgelehnt.

Abg. Kravinkel (natl.) spricht sich gegen die Vorlage aus, da sich Kanäle im allgemeinen nicht rentieren.

Abg. Dr. Hahn (W. d. L.): Fürst Bismarck hat die Notwendigkeit einer Vereinigung der deutschen Landwirte betont, um sich in den wirtschaftlichen Kämpfen geltend zu machen. Hält Herr v. Kardorff diese Mission des Bundes schon für erfüllt? Wir haben nie die Absicht gehabt, eine neue politische Partei zu bilden. (Lachen links.) Wir sind bei den Wahlen für Nationalliberalen und auch für das Zentrum eingetreten. (Widerpruch bei den Nationalliberalen und im Zentrum.) Im Reichstags-Wahlkreis Hildesheim ist ein Zentrumsmann mit unserer Hilfe gewählt worden. Die national-liberale Partei als solche bekämpfen wir gar nicht, wenn mich auch Herr Abg. Ballbrecht für einen Sozialdemokraten hält. (Jurus: Das ist nicht richtig!) Ob das richtig ist oder nicht, ist unerleut. (Große Heiterkeit.) Wenn die Nationalliberalen bereit sind, mit uns mitzuarbeiten, so treten wir für sie ein. (Jurus: Kanalvorlage!)

Präsident v. Kröber: Ich kann unmöglich den Herrn Abgeordneten verhindern, auf die Ausführungen des Herrn v. Kardorff zu antworten, aber ich muß sagen, daß er ein bißchen weit vom Thema abgegangen ist.

Abg. Dr. Hahn (fortsetzend): Wenn 1902 beim Zolltarif die Landwirtschaft nur auf Herrn v. Kardorff angewiesen gewesen wäre, so wäre es schlecht um sie bestellt gewesen. Unter unseren Forderungen: sämtliche bäuerliche Bauernvereine, auch die katholischen. Herr v. Kardorff meint, die Führer des Bundes der Landwirte hätten nicht den Befähigungsnachweis als Politiker erbracht. Nun, wir haben eine enorme Tätigkeit auf uns genommen, denn der Bund zählt 350 000 Mitglieder.

Präsident v. Kröber: Ich bitte, nicht zu weit darauf einzugehen, denn nachher wird Herr v. Kardorff wieder antworten.

Abg. Dr. Hahn (fortsetzend): 1902 haben sämtliche Befürworter des Zolltarifs sich unseres wissenschaftlichen Rüstzeuges bedient, wir haben ein sehr großes wissenschaftliches Material zusammengestellt. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Wir sind mit dem größten Maß von Objektivität vorgegangen. (Lachen links), und wir werden bei den Wahlen stets auf die großen Gefahren, die sich daraus für Industrie und Landwirtschaft und für die Gesamtheit der Steuerzahler ergeben. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. v. Kardorff (fr.): Die Parteien werden vom Bund der Landwirte verächtigt. (Sehr richtig! links.) Herr Hahn tut so, als habe er als Bundesdirektor die Vertretung von landwirtschaftlichen Interessen erst erfunden. (Sehr gut.) Ich sehe auf längere Jahre zurück als er und habe immer für die Interessen der Landwirtschaft gekämpft und werde das weiter tun, hier oder im Reichstage. Eine friedliche Tätigkeit des Bundes der Landwirte werde ich unterstützen, gegen die jetzt beliebte agitatorisch-demagogische Tätigkeit werde ich mit aller Kraft angehen. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Schmieding (natl.): Mit dem Kollegen v. Kardorff halten auch wir die Gründung des Bundes der Landwirte für eine große Tat und halten ihn unterstütz, so lange er in Bismarckschen Bahnen wandelt. Wir bedauern jetzt, daß die Leitung des Bundes in verkehrte Hände geraten ist. (Sehr richtig! links.) Ohne Mitwirkung meiner politischen Freunde wäre der für die Landwirtschaft so günstige Zolltarif nicht zustande gekommen. Wenn der Kampf so erschwert worden ist, so waren die beiden großen Agitationszentren, die Sozialdemokratie und der Bund der Landwirte, daran schuld. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hahn (W. d. L.): Die Mitwirkung der Nationalliberalen am Zustandekommen des Zolltarifs war nach Gerüchten, die mir zu Ohren gekommen sind, doch eine sehr willkürliche. Die Niederrichtung der Sozialdemokratie ist den Nationalliberalen sehr schwer angefallen. (Lachen links: Schluß, Schluß!)

Präsident v. Kröber bittet den Redner, von der Niederrichtung der Sozialdemokratie zur Sache zu kommen. (Heiterkeit.)

Es folgt die Einzelbesprechung. Die zu den einzelnen Paragraphen vorliegenden Wortmeldungen werden zurückgezogen. Die einzelnen Bestimmungen der Vorlage werden debattelos angenommen.

Es folgt die Gesamtabstimmung. Sie ist auf Antrag des Abg. Grafen Limburg-Stirum (L.) eine namentliche. Die Vorlage wird mit 244 gegen 146 Stimmen endgültig angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Handels- und Gewerbeetat. Schluß 3½ Uhr.)

Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am Mittwoch über eine Petition des Vereins Berliner Dienstverpflichteter und Dienstangehöriger, betreffend Ausdehnung der Krankenversicherung auf die häuslichen Diensthöten. Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichszentraler als Material zu überweisen. Weiter petitioniert der genannte Verein um Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen für Diensthöten und Ausdehnung der Unfallversicherung auf dieselben. Ueber diese Forderungen beschloß die Kommission: Uebergang zur Tagesordnung.

Eine Anzahl von Petitionen fordert: Einführung der Konfessionspflicht für den Flaschenbierhandel und Neuregelung des Schankkonzessionswesens. Der Regierungskommissar erklärte, daß durch einen preussischen Ministerialerlass die Regierungspräsidenten beauftragt worden seien, Erhebungen darüber zu veranlassen, ob im Flaschenbierhandel Mißstände bestehen, und wie dieselben eventuell zu beseitigen seien, ferner darüber, ob die Konfessionspflicht für den Flaschenbierhandel zu empfehlen sei. Ueber die Ergebnisse dieser Erhebungen in Preußen hätten die Reichsbehörden Nachricht bisher nicht erhalten. Die preussische Regierung habe indes die Einführung der Konfessionspflicht beim Bundesrat beantragt. Die Antworten der Einzelregierungen zu diesem Vorschlag seien indes noch nicht eingegangen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, über diese Forderung, den Flaschenbierhandel betreffend, zur Tagesordnung überzugehen. Besser wäre es, wenn die ganze Konfessionspflicht auch im Schankgewerbe beseitigt würde. Durch die Ausdehnung derselben auf den Handel mit Flaschenbier würde man das Publikum, welches jetzt Flaschenbier konsumiert, das nicht in Schankwirtschaften gekauft würde, in die Schankwirtschaften treiben, also das Gegenteil von dem erreichen, was man erreichen will. Die Forderung auf Einführung der Konfessionspflicht für den Flaschenbierhandel sei größtenteils dem Konkurrenzneid der Schankwirte entgegen. — Die Mehrheit der Kommission beschloß, diese Petition dem Reichszentraler als Material zu überweisen.

Eine Petition des deutschen Landwirtschaftsvereins in Berlin, betreffend Bearbeitung des statistischen Materials über das Geseppelungs-geschäft, soll dem Reichszentraler als Material überweisen werden.

Die Revolution in Rußland.

I.

Die Entwicklung der revolutionären Ereignisse im Zarenreich hat schon mit der Verschiebung des proletarischen Aufstandes von Petersburg nach der russischen Provinz und nach den kaukasischen und polnischen Gebieten jeden Zweifel darüber beseitigt, daß es sich gegenwärtig im Reiche der Ruße nicht um eine spontane, blinde Revolte unterdrückter Massen, sondern um eine wirkliche politische Bewegung des klassenbewußten städtischen Proletariats handelt, die ganz einheitlich und im engsten politischen Zusammenhang nach dem plötzlichen Signal aus Petersburg eingeleitet wurde. Hier stand schon die Sozialdemokratie überall an der Spitze der Erhebung.

Und dies entspricht auch der natürlichen Rolle einer revolutionären Partei beim Ausbruch eines offenen politischen Massenkampfes.

Sich im Laufe der Revolution die führende Stellung erobern, die ersten Siege und Niederlagen der elementaren Erhebungen geschickt auszunutzen, um sich des Stromes im Strome selbst zu bemächtigen, dies ist die Aufgabe der Sozialdemokratie in revolutionären Epochen. Nicht den Anfang, sondern den Schluss, das Ergebnis des revolutionären Ausbruches bemessen und dirigieren, dies ist das einzige Ziel, das sich eine politische Partei veranlässigt stellen kann, will sie sich nicht phantastischen Illusionen der Selbstüberschätzung oder einem indolenten Pessimismus hingeben.

Inwiefern aber diese Aufgabe der Partei gelingt, inwiefern sie der Situation gewachsen ist, das hängt zum größten Teil von der Frage ab, wie weit sich die Sozialdemokratie in vorrevolutionären Zeiten einfließen auf die Massen zu verschaffen gewußt hat, wie weit es ihr schon vorher gelungen war, eine feste Kerntruppe zielbarer, politisch geschulter Arbeiter heranzubilden, um trotz der Summe Aufschwüngen und Organisationsarbeit, die sie geleistet hat. Die jetzigen Ereignisse im russischen Reich lassen sich nur im Lichte der vorherigen Schicksale der Arbeiterbewegung, nur aus der Perspektive der ganzen 15- bis 20-jährigen Geschichte der Sozialdemokratie beurteilen und verstehen.

Wenn die Frage gestellt wird, welchen Anteil die Sozialdemokratie an der jetzigen revolutionären Erhebung hat, so muß vor allem festgestellt werden, daß seit jeher und bis in die jüngsten Tage sich im eigentlichen Rußland um die Arbeiterklasse, um ihre kulturelle und materielle Hebung, um ihre politische Aufklärung überhaupt niemand kümmerte, als die Sozialdemokratie. Die eigentliche industrielle und kommerzielle Bourgeoisie hat sich selbst als Klasse nicht einmal zu einem schwächlichen Liberalismus aufrufen können und die liberalen adeligen Agrarier schaukelten in ihren Wäulern, wobei sie sich politisch wenigstens nur auf dem schmalen Landweg, zwischen Furcht und Hoffnung, stets bewegten. Als politische Erzieher des industriellen Proletariats kommen sie gar nicht in Betracht. Insofern aber die radikale und demokratische Intelligenz sich um das russische Volk kümmerte und das tat, sie besonders in den 70er und 80er Jahren mit Eifer, richteten sich ihre Tätigkeit wie ihre Sympathien ausschließlich auf das Landvolk, auf die Bauernschaft. Als Verleger in den Dörfern, als Statistiker in den Landeshauptorten (Semstwo), als Volksschullehrer, als Gutsherren suchten die russischen Liberalen und Demokraten kulturell zu wirken. Der Bauer, die Mutter Erde — das waren bis in die 90er Jahre hinein für die Intelligenz die Angelpunkte der Hebung Rußlands und seiner politischen Zukunft. Der städtische Industrieproletarier galt hingegen mit dem modernen Kapitalismus als etwas dem russischen Volke Befremdendes, als das Perlebensmittel, als eine unheilvolle Stelle des Volksdaseins. Noch in der ersten Hälfte der 90er Jahre führte das geistige Haupt des oppositionellen Rußland, der verdorbene, einst glänzende Schriftsteller Michailowitsch, ganze literarische Heftzüge gegen die marxistische Lehre von der sozialen Bedeutung des Industrieproletariats, indem er z. B. an der Hand der städtischen Gassenbauer und dergleichen nachwies, daß das Fabrikproletariat direkt zur moralischen und intellektuellen Degradation des russischen Volkes führe.

Und in denselben Bahnen bewegten sich auch bis zu den 90er Jahren die sozialistischen Gedankengänge in Rußland. Die terroristische Bewegung der alten „Narodnaja Wola“, die sich in ihrer Theorie vorzugsweise auf die Aktion der bäuerlichen kommunikativen Landgemeinden und ihrer sozialistischen Mission stützte, wirkte noch bis Ende der 90er Jahre in den revolutionären Kreisen nach und hielt die Geister in dem Gesichtskreis der alten, dem städtischen Proletariat abholden Volkstümlichkeit gebauet, obwohl der politische Höhepunkt der terroristischen Politik bereits im Jahre 1881, mit der Beseitigung Alexanders II., überschritten war.

Es galt unter solchen Umständen, dem städtischen, modernen Proletariat in Rußland erst überhaupt das gesellschaftliche und historische Bürgerrecht zu erkämpfen, seine soziale und ökonomische Bedeutung, die in ihm schlummernden Keime einer künftigen revolutionären Kraft nachzuweisen, ebenso wie den, befremdeten Zusammenhang der Idee des Arbeiterstandes mit der politischen Befreiung Rußlands vom Zarenismus. Diese Aufgabe allein, der heilige theoretische, literarische Kampf mit den volkstümlichen, anti-kapitalistischen Theorien um das Daseinsrecht des Kapitalismus und die Rolle des modernen Proletariats in der russischen Gesellschaft hat fast ein Jahrzehnt in Anspruch genommen.

Erst gegen Anfang der 90er Jahre waren die terroristischen Traditionen und die volkstümlichen Vorurteile der russischen Intelligenz soweit überwunden und die marxische Lehre soweit in die Geister verpflanzt, daß eine sozialdemokratische Praxis beginnen konnte.

Damit begannen aber erst die Schwierigkeiten und die qualvollen Irrwege der Praxis. Zunächst nahm diese naturgemäß die Form einer geheimen Propaganda in geschlossenen kleinen Arbeiterzirkeln an. Der noch ganz rohe russische Proletarier mußte meistens erst im allgemeinen Sinne aufgeklärt, es mußten ihm erst die elementarsten Bildungselemente beigebracht werden, bevor er für die sozialdemokratische Lehre aufnahmefähig wurde. Die Propaganda wurde so notwendigerweise mit allgemeiner Aufklärungsarbeit verbunden und in ein äußerst schwieriges, langsam vorwärtsschreitendes Werk verwandelt. Zirkel von 5, 10, 20 Arbeitern nahmen jahrelang die besten, ja sämtliche Kräfte der sozialdemokratischen Intelligenz in Anspruch. Dank der Gewissenhaftigkeit und dem Eifer, mit denen in Rußland die jeweilig herrschende Agitationsform stets bis zur äußersten Konsequenz, bis zur Abjuridation verfolgt wird, mißte sich bald in die Zirkelagitation das unvermeidliche Element der Reduktion, und die Sozialdemokratie bemerkte allmählich, daß mittlerweile der Sozialismus in den Zirkeln beinahe zu einer Karikatur auf die marxische Lehre vom Klassenkampf geworden war. Die Arbeiter wurden in den Zirkeln nicht zu kämpfenden klassenbewußten Proletariern, sondern sozusagen zu gelehrten Rabbinern des Sozialismus, zu abgerichteten Musterexemplaren aufgeklärter Arbeiter gemacht, die nicht in die große Masse die Bewegung hineintrugen, sondern umgekehrt aus ihrem Mutterboden entzweielt, der Masse entfremdet wurden.

„Grausam gründlich“ wurde die erste Phase der sozialdemokratischen Arbeit einer Selbstkritik unterzogen, verhöhnt und weggeworfen. An Stelle der isolierten „Selbstarbeit“ in den Zirkeln für Sozialismus und „gelehrte Sachen“ wurde gegen die Hälfte der 90er Jahre die Lösung: Massenagitation, unmittelbarer Kampf angestellt. Eine Massenagitation und ein Massenkampf aber unter dem Absolutismus, ohne alle politischen Formen und Rechte, ohne alle Möglichkeit sich der Masse zu nähern, ohne Vereins- und Versammlungsfreiheit, ohne Koalitionsrecht, schien eine Karikatur des Zirkels, eine unwahnsinnige Idee zu sein. Allmählich sollte sich jedoch gerade an dem Beispiel Rußlands zeigen, wieviel mächtiger und wichtiger die materielle gesellschaftliche Entwicklung ist, als die allerlei „Befähigkeiten“, die manchem westeuropäischen Sozialdemokraten mit ihrem starren gelben Pergamentanflug so viel heilige Ecken und Ecken einflößen. Ein Massenkampf, eine Massenagitation unter dem Absolutismus erwiesen sich als möglich, die Quadratur des Zirkels wurde am frühesten in Polen gelöst, wo bereits im Jahr 1890 die erste sozialdemokratische Organisation entstand, die sich freilich mehr empirisch und tollend dem ökonomischen Kampfe widmete und eine muntere Massenbewegung ins Leben zu rufen wußte. Dem Beispiel Polens

folgte Rußland und bald hing den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Himmel voller Geigen. Durch eine frisch-fröhliche Agitation auf dem Boden der unmittelbaren materiellen Bedürfnisse wurde die Masse wirklich in Bewegung gebracht und nach einer langen Reihe kleinerer und größerer Streiks gipfelte die Agitation in dem enormen Streik des Jahres 1906 in Petersburg. Ausschließlich von Sozialdemokraten geleitet, schien dieser Massenausbruch das Best zu werden und der neuen, zweiten Phase der Agitation ein glänzendes Zeugnis zu geben.

Nur daß die Sache wieder einen Haken hatte. Der rasch dahinschwebende Karren der russischen Sozialdemokratie stieß nämlich diesmal an einer anderen Straßenecke gefährlich an: Während in Polen die erste „ökonomische“ Phase der Massenagitation bereits 1903 überwunden wurde und in eine ausgesprochen politisch sozialdemokratische Bewegung mündete, waren in Rußland bei dem Eifer der Massenagitation aus ihr unterdessen sowohl die Politik wie der Sozialismus beinahe verschwunden und was geblieben war, war vielfach nur platte Gewerkschafterei mit einer winzigen Lohnerhöhung als Ideal und den Unterhaltungen mit dem Fabrikinspektor an Stelle des Kampfes mit der Bourgeoisie. Und wie früher der einzelne Arbeiter im Zirkel gleichsam durch einen akademischen Aufzug, nicht selten durch den kleinen Umweg über Darwin und die Bogtschen Rundwälder und Plattwälder, zu Marx geführt wurde, so sollte jetzt die gesamte Arbeiterklasse zum Klassenkampf wie eine große Schulklassen durch Anwesenheitsunterricht erzogen und durch Gendarmen und Polizeibrigade bei dem Streik von selbst auf den richtigen Einfall von der Notwendigkeit der Abschaffung des Absolutismus gestochen werden. Auf diese Weise wurde gewissermaßen den Substantiven Experimenten der Regierung vorgearbeitet, deren Kreaturen nachher in den behördlich erlaubten Arbeitervereinen dieselben Ratsschläge ableiteten, die der Reichsminister Graf Witlow neulich im Reichstage den streikenden Bergarbeitern im Ruhrgebiet gab.

Zum drittenmal wurde die Agitationsweise einer unbarmherzigen Kritik unterzogen, und eine scharfe Umkehr zur alten politischen Massenagitation bezeichnet das Ende der 90er Jahre. Und der Boden erwies sich so dankbar, so gut vorbereitet, daß die Idee des politischen Kampfes wie ein Blitz einschlug. Mit Beginn des Jahres 1901 wurde eine neue Phase — die politische, Massenemonstrationen im Aufschuß an akademischen Unruhen — eröffnet. Wie ein Gewitter zog befreiend, luftreinigend die Straßendemonstration von Stadt zu Stadt, von Petersburg, vom Norden zum Süden, vom Westen, von Warschau, bis zum äußersten Osten im fernen Sibirien, in Tomsk und Tobolsk. Und wieder entluden sich die neugeweckten revolutionären Kräfte in einem Massenstreik — diesmal im politischen Massenstreik im Süden, in Krasnodar am Don, im Jahre 1903, wo Tag für Tag Volleremonstrationen von zehn- und zwanzigtausend Arbeitern unter offenem Himmel, umringt von Soldaten, Staatsräubern und 100 frischgebackene sozialdemokratische Volkssprecher zündende Reden improvisierten, wo Zehntausende auf die Sozialdemokratie Hochrufe ausbrachten und den Sturz des Absolutismus ankündigten.

Schon drohte die Bewegung zum viertenmal sich in eine Sackgasse zu verrennen. Eine gesunde Massenbewegung hat das nämlich an sich, daß sie, wenn sie nicht zurückgehen soll, unbedingt vorwärts schreiten, sich entwickeln, sich steigern muß. Und jetzt lebte die russische Arbeiterbewegung rauh und intensiv. Nach dem ersten Anflug der politischen Straßendemonstrationen stand vor der russischen Sozialdemokratie alsbald die schreckende Frage: Was weiter? Unausweichlich kann man nicht bloß „demonstrieren“. Demonstration, das ist bloß ein Moment, eine Overtüre, ein Fragezeichen. Die Antwort zögerte der Sozialdemokratie auf den Lippen — sie war nicht leicht.

Da kam der Krieg. Und mit ihm ergab sich die Lösung von selbst. Dasjenige Wort, welches in nächster, ruhiger Atmosphäre des grauen Alltags eine Abgeschmacktheit, eine Nennmissete, eine hohle Phrase ist — die Revolution wurde in Rußland von Anbeginn des Krieges zur Karole, die alle lebendigen Geister, alle Lebenskräfte, das heilige Echo in der Arbeiterklasse weckte. Die Sozialdemokratie des ganzen Reiches agitierte, in harmonischem Unisono mit den Ereignissen des Krieges und mandchurischen Kanonendonner zur Begleitung nehmend, für die Idee der Revolution, des offenen Straßenkampfes, der Erhebung des Proletariats gegen den Zarenismus. Alle Artikel der sozialdemokratischen Blätter, alle Hunderttausende von Flugblättern der Sozialdemokratie — der russischen, der polnischen, der jüdischen, der lettischen — alle Verammlungen liefen in die Lösung aus: Proletarische Erhebung gegen den Zarenismus. Man agitierte mit etwas verhaltenem Atem und einiger Vellekennung in der Brust. Denn es gibt nichts Einfacheres als eine Revolution, die bereits stattgefunden, und nichts verteuft Schwierigeres, als eine, die erst „gemacht“ werden soll. Man rief die Revolution mit tausend Stimmen, — und sie kam.

Wie sie immer kommt: unerwartet, obwohl seit bald zwei Jahrzehnten vorbereitet, unüberhörbar, aber Nacht, wie eine steigende Wasserflut — allerlei Gerümpel und Balken, die sie unterwegs aufhing, hoch auf dem geschwellten ärgertlich-trübten Wasser tragend. Wer glaubt, daß treibende Balken die Wasserflut regieren, mag glauben, daß Vater Gapon der Urheber und Leiter der proletarischen Revolution in Rußland ist. R. Luxemburg.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung eines entlassenen Polizeibeamten ist vom Landgericht Frankfurt a. M. der verantwortliche Redakteur der „Vollstimm“, Genosse Jander, zu einer Geldstrafe von 200 M. und einer Buße von 600 M. verurteilt worden. Jemandem waren drei Polizeibeamte entlassen worden, darunter der Nebenflügel H. In der „Vollstimm“ war dies mitgeteilt worden, wobei erwähnt wurde, die betreffenden Beamten hätten sich grobe Vergehen im Dienste zu schulden kommen lassen. H. habe sich des Diebstahls und der Urkundenfälschung schuldig gemacht und sogar noch schwerere Vergehen begangen. Festgestellt ist aber, daß H. „nur“ wegen zweier Diebstähle verurteilt, im übrigen aber freigesprochen worden ist. Eine Buße hat H. deshalb beantragt, weil er infolge der Veröffentlichung der „Vollstimm“ eine gute Stellung bei einem Fahrradwerke verloren hat. Er ist jetzt Sanktionswirt. — Die Revision des Angeklagten, welcher behauptete, es sei nicht festzustellen, worin die Schädigung des H. liege, wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Ein Jahr Krieg in Ostasien.

Am 8. Februar des vorigen Jahres begann der gewaltige Krieg in Ostasien, dessen Ende gegenwärtig noch nicht abzusehen ist. In der Nacht vom 8. auf den 9. Februar unternahm die Torpedoflotte des Admirals Togo den bekannten erfolgreichen Angriff auf die vor der Bucht von Port Arthur liegenden russischen Kriegsschiffe. In rascher Folge schlossen sich an die Vernichtung der beiden russischen Kriegsschiffe, die vor Tschemulpo lagen, die Beschichtung von Port Arthur, die Sperrdenkmalen gegen den Hafen Port Arthur, die Ausschiffung von Belagerungstruppen gegen Port Arthur, die Ueberstreichung des Jalu, kurz alle jene energischen japanischen Kriegsoperationen, denen bis heute die russische Armee noch keinen Einhalt zu tun vermocht hat.

Die Ereignisse des russisch-japanischen Krieges im verfloffenen Jahre sind zu bekannt, als daß es notwendig wäre, sie noch einmal flüchtig passieren zu lassen. Jedermann weiß, daß die Japaner langsam aber mit unbegrenzter Entschlossenheit jeden neuen Erfolg ausnützten und die russische Armee immer weiter zurückdrängten. Nach der siegreichen Schlacht bei Liaojang unternahm es dann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres noch einmal die Russen, durch eine Offensive die Entsetzung von Port Arthur zu versuchen. Aber auch dieser Versuch scheiterte an der Kriegsbereitschaft und unübertrefflichen Tapferkeit der japanischen Truppen. Auch die russische Offensive, die im Januar dieses Jahres einsetzte, endete wiederum mit der Zurückdrängung der russischen Truppen.

Als vor einem Jahre der Krieg begann und die Japaner im rascher Folge eine Reihe von Siegen errangen, glaubte man trotz alledem in vielen Kreisen nicht an einen dauernden Erfolg der japanischen Waffen. Selbst als die Japaner den Jalu überschritten, selbst nachdem sie bei Waffang den General Stadelberg aufs Haupt geschlagen hatten, glaubte man doch, daß durch die bei Liaojang bevorstehende Entscheidungsschlacht die Situation zugunsten der Russen eine Veränderung erleiden würde. Heute urteilt man ganz anders. Die russische Hauptarmee ist wiederholt geschlagen und immer weiter zurückgedrängt worden. Die für unheimlich geltende Festung Port Arthur befindet sich in den Händen der Japaner. Die ganze Flottenflotte der Russen ist vernichtet. Wenn auch die russische Regierung nach wie vor erklärt, daß sie den Krieg bis zum schließlichen Siege weiter führen würde, so glaubt man doch nicht, daß die Fortdauer des Krieges an der Entscheidung des Feldzuges zugunsten der Japaner irgend etwas ändern könnte. Hatte sich doch inzwischen herausgestellt, daß die russische Heeresleitung absolut unfähig ist, daß die russischen Soldaten trotz ihrer todesmütigen Tapferkeit von immer größerer Abneigung gegen den Krieg erfüllt sind. Daß die Flotte des Admirals Kojabjewschny noch im Stande sein könnte, die japanische Flotte zu schlagen und den Japanern auf dem Festlande die Zufuhr abzuschneiden, glaubt ebenfalls kein Mensch mehr.

Zu alledem ist noch die Revolution in Rußland selbst hinzuzutreten. So dürfte das Schicksal des ostasiatischen Krieges bereits endgültig entschieden sein, wenn sich vielleicht der Krieg auch noch ein Jahr lang hinschieben könnte. Man hat allmählich begriffen, daß das ganze russische System vollständig korumpert ist. Man spricht es jetzt offen aus, daß die russisch offiziellen Angaben über die Zahl der Truppen in Ostasien, über die Leistungsfähigkeit der mandchurischen Armee usw. als völlig unzuverlässig gelten müssen. Selbst die „Kreuzzeitung“ erklärt, daß Japan infolge aller dieser Umstände mit besseren Aussichten den Krieg fortsetzen könne, als es ihn im vorigen Jahre begonnen habe.

Es ist eine weltgeschichtliche Tragödie von unermeßlicher Bedeutung, die sich im verfloffenen Jahre in Ostasien abgespielt hat. Der freche der europäischen Mächte hat in einem Vertreter der bisher verachteten gelben Rasse einen überlegenen Gegner gefunden. Die Zeit ist zu Ende, wo die Asiaten als inferiore Rasse galten, wo man ihren Landes anmelieren, Völker unterjochen konnte, ganz nach dem Belieben weltpolitischer Abenteuerlust. Die gelbe Rasse hat durch die Kanonenschläge der Japaner verstanden, daß sie den eisernen Willen und die Kraft hat, ihre politischen Geschicke selbst nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten!

Und die Donner der japanischen Geschütze hallen in Rußland nach. Das russische Volk selbst hat sich erhoben, um mit dem schwachen und schmachbeladenen Zarenismus abzurechnen, der Hunderttausende von Landeskindern eines wahrhaftigen weltpolitischen Phantoms willen in Ostasien zur Salobadant geschickt hat.

Ein anderes aber noch hat der ostasiatische Krieg bewiesen: die haltlose Fäulnisfähigkeit des sogenannten „Völkerrechts“. Kein Mensch, kein Staat hat sich in diesem Kriege um das Völkerrecht gekümmert. Weber Deutschland, das die Reste der geschlagenen russischen Flotte hilflos in seinen Hafen aufnahm, noch Dänemark, das durch seine staatlichen Waffenfabriken Kriegsmaterial an Rußland liefern ließ, noch Frankreich, das jetzt seit Monaten der russischen Ostflotte gestattet, die Häfen von Madagaskar ganz als die ihrigen zu betrachten. Das „Völkerrecht“ hat sich als ein feines Papier erwiesen, dem jede Macht ohne die geringsten Strafen zertritt, sobald es ihr gut dünkt!

So beweist denn die gewaltige Kriegstragödie in Ostasien, daß es so lange keinen Frieden und kein Kulturrecht geben wird, so lange die bürgerlichen Mächte, die gerade jetzt wieder als Weltpolitik Weltbrände ohne Ende anzufachen drohen, nicht von der sozialen Demokratie abgelöst sein werden!

Landarbeitervend.

Genosse Albert Schmidt, der durch seine aus eigenen Erfahrungen geschöpften Schilderungen des Elends der Landarbeiter, die er auf dem preussischen Parteitag vortrug, weiteren Kreisen bekannt geworden ist, sprach am Dienstag in einer Vollerhebung, die im „Eisler“ tagte, über die Landarbeitervend. Wie auf dem Parteitag, so trug der Redner auch hier in schlichter, natürlicher Darstellung eine Reihe von Einzelfällen aus der Fülle seiner Ergebnisse vor, und alle diese naturgetreuen Schilderungen aus dem Leben des Landarbeiters vereinten sich zu einem Gesamtbilde, welches das tiefe Elend, unter dem die Landarbeiter dahingleben, mit greifbarer Deutlichkeit den Zuhörern vor Augen führte.

Die Ausführungen des Genossen Schmidt bezogen sich nur auf eine Kategorie der ländlichen Arbeiter, nämlich auf

die Schnitter,

jene Saisonarbeiter, die im Frühjahr mit Weib und Kind, mit Saal und Pack ihre Arbeitsstelle bei irgend einem Gutbesitzer antreten, um im Herbst wieder in die Heimat zu ziehen. Genosse Schmidt gehört selber dieser Arbeitergruppe an, und alles, was er vortrug, ist selbst erlebt.

Es bedarf keines Kontraktbuches, überhaupt keiner neuen Gesetze gegen die Landarbeiter — sagte der Redner —, denn sie sind schon unter den jetzt geltenden Gesetzen so rechtlos, daß sie der Willkür des Gutsherrn vollständig ausgeliefert sind. In den Verträgen, die der Gutbesitzer mit den Schnittern abschließt, wird festgesetzt, daß die Arbeiter eine Kaution zu stellen haben, die dem Gutbesitzer zufällt, wenn die Schnitter vor Ablauf des Vertrages die Arbeit verläßt. Auf einem Gute, wo polnische Schnitter beschäftigt waren, war die volle Höhe der ausbelebungen Kaution durch regelmäßige Abzüge vom Lohn bereits erreicht, aber trotzdem wurden die Abzüge auch noch bei den folgenden Lohnzahlungen gemacht. Durch den Vorknitter liegen die Arbeiter dem Gutsherrn sagen, sie wünschten nunmehr die volle Auszahlung des Lohnes, worauf sie nach dem Vertrage Anspruch hatten. Die Vorstellung blieb ohne Erfolg. Dann kündigte der Vorknitter im Auftrage der Arbeiter dem Gutbesitzer an, daß sie nicht weiter arbeiten würden, wenn ihnen nicht der vertragmäßige Lohn gezahlt werde; auch solle die Lohnzahlung nicht am Sonntag, sondern am Sonnabend erfolgen, damit die Arbeiter am Sonntag, ehe die Geschäfte geschlossen werden, in der Stadt ihre Einkäufe machen können. Das Verlangen der Arbeiter wurde nicht erfüllt; sie legten die Arbeit nieder. Die Folge davon war, daß der Vorarbeiter auf Grund des Gesetzes, welches die Ueberredung von Landarbeitern zur gemeinsamen Arbeitsniederlegung unter Strafe stellt, mit vier Monaten Gefängnis bestraft wurde.

Nach den Verträgen erhalten die Schnitter auch eine Wohnung durch den Gutbesitzer. Aber wie sind diese

Wohnungen in den Schnitterhäusern

beschaffen! Ein Raum, der einem Stalle ähnlicher sieht wie einer Wohnung. Türen und Fenster bieten keinen Schutz gegen Wind und Wetter. Auf dem Fußboden, der aus Lehm oder Steinen besteht, wird Stroh als Lagerstätte gebreitet. Bettstellen gibt es nicht. Wo Holz zu haben ist, da hängen sich die Arbeiter selber eine Lagerstätte zurecht, die ein wenig über dem Fußboden steht. Weisens werden so viele Personen in einen Raum gepfercht, daß derselbe auch nicht entfernt den Ansprüchen genügt, die man an Schlafräume für Menschen stellen muß. Unter diesen Umständen herrscht in den Schlafkammern eine furchterliche Luft. In den weissen Wänden müssen Männer, Frauen, junge Mädchen und Jungen sowie Kinder alle in ein und demselben Raum schlafen. Eine Trennung der Schlafräume für Geschlechter ist zwar polizeilich vorgeschrieben, aber durchgeführt wird sie fast nie. Der Gendarm kommt auch, um die Schnitterwohnungen zu kontrollieren, natürlich zu einer Zeit, wo die Arbeiter auf dem Felde sind. Aber solche Kontrollen haben keine Veränderung der unwürdigen Zustände zur Folge. Der kontrollierende Beamte muß also wohl alles in Ordnung befunden haben. Wie das möglich ist, das versteht man allerdings nicht. — Der Redner erzählte, daß eines seiner Kinder unter dem Einfluß der elenden Verhältnisse und der schlechten Luft

In der Schnittwohnung lungenkrank geworden ist. Unter solchen Umständen gab es keine Möglichkeit, dem armen Kinde zu helfen. Die Heranziehung eines Arztes aus der Stadt kostet für jeden Besuch 15 M., und was nützt der Rat des Arztes, wenn keine Möglichkeit vorhanden ist, das kranke Kind aus der Pestluft des Schnitthauses zu entfernen.

Weiter schilderte der Redner, wie die Schnitter oft um einen Teil ihres Lohnes betrogen werden.

Beim Mähen gehört den Schnittern die 16., 17. oder 18. Mandel des Getreides als Lohn. Das schlechteste Getreide des ganzen Schlags wird in der Regel als Anteil der Schnitter ausgeführt. Wenn aber die Arbeit nach dem Morgen berechnet wird, dann beträgt man sie um das Maß. In diesem Betrage ist meist der Vorknitter beteiligt. Er gibt den Arbeitern ein geringeres Maß an, als das Feld wirklich enthält, und steckt den Ueberschuß in die eigene Tasche. Wer von den Arbeitern das Feld nachmessen wollte, der würde sofort davongejagt werden.

Gegen den Kontraktbruch der Arbeiter will man sich sichern.

Wenn die Arbeitgeber den Kontrakt brechen

wollen, um einen Arbeiter, der nicht gefügig genug ist, los zu werden, dann werden oft die erbärmlichsten Mittel angewandt. So wollte einmal ein Gutsbesitzer einen Arbeiter fortzuschicken, und als der Mann im Einverständnis mit dem Vorknitter nicht ging, sondern weiterarbeitete, überließ ihn der Inspektor in der Scheune, und der Meier des Gutes leistete dem Inspektor Hilfe, indem er dem Arbeiter von hinten einen Strich um den Hals warf und ihn würgte. Nachdem der Arbeiter sich aus den Händen seiner Angreifer befreit hatte, schlug er den Meier mit einem Forstkeil an den Kopf. Deshalb sollte der Arbeiter verhaftet werden. Er war aber zufällig nicht auf dem Gute, als der Gendarm kam, und so entging er der Verhaftung. Der Inspektor und der Meier dagegen wurden wegen ihres Ueberfalles nicht zur Rechenschaft gezogen.

Wenn die Landarbeiter nur einigermaßen anständig behandelt und nicht zu schlecht bezahlt würden, dann wären sie schon zufrieden. Sie würden nicht daran denken, die Arbeit zu verlassen. Ein Gesetz gegen den Kontraktbruch der Arbeiter ist also nicht nötig. — Die Arbeiter, die in der Provinz Brandenburg heimisch sind, lassen sich ja nicht mehr alles gefallen, was ihnen die Gutsbesitzer bieten. Deshalb nimmt man lieber

russische und polnische Arbeiter, denn diese

traktiert man mit Prügelein,

und sie nehmen solche Behandlung hin, bis sie eines Tages davon gehen, was ihnen um so leichter ist, da sie keine Habsgelüste mit sich führen, während der deutsche Arbeiter seine Familie und seinen, wenn auch dürftigen, Hausrat bei sich hat und nicht ohne weiteres die Arbeit verlassen kann.

Weiter schilderte der Redner, wie er

wegen Eintretens für die Interessen der Landarbeiter drangsalariert wird. Ein Gutsbesitzer, mit dem er einen Vertrag als Vorknitter für die kommende Saison abgeschlossen hat, schrieb ihm: „Ich habe gehört, daß Sie Sozialdemokrat sind und einen Schnitterverein gegründet haben. Da ich ein königstreuer Mann bin, kann ich mit Ihnen nicht zusammenarbeiten, wenn Sie sich nicht ändern.“ Genosse Schmidt antwortete darauf, er sei und bleibe Sozialdemokrat, und wenn der Gutsbesitzer daran Anstoß nehme, werde er ihm den Kontrakt zurückschicken. Darauf hat der Gutsbesitzer geschrieben, Schmidt solle nur die Arbeit antreten. Schmidt glaubt aber, es werde wohl das letzte Mal sein, daß er auf jenem Gute Arbeit erhalte. Auch in seiner Heimatstadt läßt man es nicht an Verfolgungen fehlen. Weil er das Heinecke Gedicht „Die Weber“ vorgetragen hat, ist er wegen Majestätsbeleidigung denunziert worden. Die Polizei nahm in Schmidts Wohnung eine Hausdurchsuchung vor. Dabei wurde nicht nur jedes bedruckte Stück Papier mitgenommen, sondern auch alle Photographien von Angehörigen, ja sogar Senfpapier und englisches Festpapier, letzteres wahrscheinlich wegen der rötlichen Farbe. Der Redner meint, dieses Vorgehen gegen ihn habe jedenfalls den Zweck, ihm irgend einen Makel anzuhängen und seine Wirksamkeit unter den Schnittern lahmzulegen, denn wenn man sagen kann, der Schmidt hat eine Majestätsbeleidigung begangen, er hat im Gefängnis gesessen, so würde das Vertrauen, welches er in den Kreisen seiner Arbeitsgenossen genießt, erschüttert und die Erfolge, welche seine Agitation gehabt hat, in Frage gestellt werden.

Man könne nun sagen — sagte Genosse Schmidt —, warum er vor Berliner Arbeitern die Verhältnisse der Landarbeiter bespreche. Er beantwortete diese Frage dahin:

Ich bin zu Ihnen gekommen, weil ich denke, von Berlin aus kann die Agitation unter den Landarbeitern unterstützt werden. Aus eigener Kraft können wir nichts machen. Darum ersuche ich Sie: Helfen Sie uns, die Landarbeiter aufzuklären und ihre Lage zu verbessern.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Es folgte eine rege

Diskussion.

Zunächst sprach Bruhns als Vertreter des Verbandes der Fabrik-, Hand- und Hilfsarbeiter. Er führte aus, daß ihm die Anregungen des Genossen Schmidt hinsichtlich der Unterführung durch die städtischen Arbeiter durchaus sympathisch seien, daß die Agitation für die Landarbeiter unterstützt und weiter für die Befestigung der veralteten Gesetze, welche die Landarbeiter rechtlos machen, gewirkt werden müsse. — In ähnlichem Sinne sprach Stadthagen. Von Berlin aus sei schon viel für die Landarbeiter-Agitation geschehen, und es werde in dieser Hinsicht noch mehr geschehen. Sollte die Regierung, wie es jetzt heißt, auf die Weiterberatung des Kontraktbruch-Gesetzes verzichten, so könne man das als einen Erfolg der sozialdemokratischen Agitation ansehen. Wir haben nicht nur, wenn derartige Gesetzentwürfe sich wiederholen sollten, gegen dieselben zu agitieren, sondern auch Sturm zu laufen gegen die Ausnahme Gesetze, welche für die Landarbeiter bestehen. — Wenn auch die Organisation der Landarbeiter in der nächsten Zeit noch nicht so stark werden würde wie die der industriellen Arbeiter, so würden wir doch durch planmäßige Agitation eine große Zahl der Landarbeiter organisieren können. Wir können den Anregungen des Referenten entsprechend die Landarbeiter über ihre schlechte Lage aufklären und so zur Besserung derselben beitragen. Darüber hinaus müsse aber auch den Landarbeitern nahe gemacht werden, daß alle Mißstände, unter denen sie leiden, nur beseitigt werden können durch die Umbildung des Privateigentums in Allgemeingut, wie es die Sozialdemokratie fordert. — Durch den folgenden Redner, Genossen Mühl, der seine Erkenntnisse als Bauernrecht schilderte, wurden die Ausführungen des Referenten noch in manchen Punkten ergänzt. — Dann sprachen noch Krendsee und Kiesel im Sinne der Vorredner, worauf der Vorsitzende Ernst die Versammlung schloß mit dem Wunsche, daß die Anregungen des Referenten auf fruchtbaren Boden fallen mögen. Es gelte, den Landarbeitern zu helfen.

Güsse haben sie nur durch die Sozialdemokratie zu erwarten!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wünschenswert ein Ruhetag für die Bäckerei-Arbeiter.

Diese gewiß berechtigten, für die Bäcker jedoch bisher unerfüllten Forderungen wurde in einer stark besuchten Versammlung propagiert, die der Verband der Bäcker am Dienstagmorgen in Kellers Saal berufen hatte. Einladungen zu der Versammlung waren ergangen an die Reichstags-Fraktion aller Parteien, an die Gewerbe-Inspektionen, die Vorstände der Bäcker-Zünfte, die Arbeitgeber in der Schlichtungskommission und die Preis-Vereinigung der Bäckermeister. Wie zu Beginn der Versammlung festgestellt wurde, war außer der Freien Vereinigung der Bäckermeister keine der genannten Korporationen vertreten. Ferner waren einige als Sozialpolitiker, Hygieniker und dergleichen bekannte Personen eingeladen, aber ebenfalls nicht erschienen. Die Zentrumsfraktion hatte eine schriftliche

Abgabe geschickt, mit der Begründung, daß die Fraktion durch die Arbeiten im Reichstage in Anspruch genommen sei.

Der Versammlung lag zur Beschlußfassung eine Petition an den Bundesrat vor. Dieselbe erjucht den Bundesrat um den Erlass einer Verordnung, durch welche

1. den Arbeitern, den gelernten wie den ungelernten, den Lehrlingen und Angehörigen in allen gewerblichen und fabrikmäßigen Bäckereibetrieben als Ersatz für die Sonntagsruhe jede Woche eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 36 Stunden gewährt wird und daß

2. in solchen Betrieben, in denen bereits die volle Sonntagsruhe eingeführt ist oder sonst als Ersatz hierfür mehr als oben gefordert, gewährt ist, den darin beschäftigten Arbeitern und Angehörigen diese, beziehungsweise der Ersatz dafür gesichert bleibt.

Schneider begründete die in der Petition aufgestellte Forderung in eingehender Weise. Aus den Statistiken von zehn Berliner Krankenhäusern hat der Referent festgestellt, daß nur zwei derselben, nämlich die Allgemeine Ortskrankenkasse und die Maschinenbauerkasse höhere Erkrankungsziffern aufweisen wie das Bäckergewerbe. Was die übrigen acht Klassen betrifft (es sind die der Tapezierer, Maurer, Buchdrucker, Schlosser, Musikinstrumentenarbeiter, Möbelpolierer und Zimmerer), so stehen die Bäcker hinsichtlich des Prozentjahres der Erkrankungen erheblich ungünstiger wie die genannten Berufe. 41 Proz. aller Bäckerei-Arbeiter seien krank, und am häufigsten herrschen Erkrankungen der Atmungsorgane vor. Eine Befreiung der ungewöhnlich ungünstigen Gesundheitsverhältnisse könne man sicher erwarten, wenn die Forderungen der Petition erfüllt und den Bäckerei-Arbeitern jede Woche ein Ruhetag gewährt werde, auf den sie einen wohlbegründeten Anspruch haben. Bleibe es bei den jetzigen Verhältnissen, dann würde der Gesundheitszustand der Bäckerei-Arbeiter gewiß noch schlechter werden. Sollte die Petition keine Beachtung finden und die Forderung der Bäckerei-Arbeiter nicht gewährt werden, dann würden diese sich den Ruhetag zu erkämpfen wissen, wie sie sich im vergangenen Jahre die Abschaffung des Kost- und Logiswesens erkämpft haben.

An der Diskussion beteiligten sich auch die Bäckermeister Peterson und Fischer von der Freien Vereinigung. Sie bekräftigten die Forderung des Ruhetages und wünschten, daß gleichzeitig auch die Abschaffung der Nachtarbeit gefordert werde. Seitens der Gesellen wurde jedoch darauf hingewiesen, daß es selbstverständlich auch ihr lebhaftester Wunsch sei, daß die Nachtarbeit abgeschafft werde. Würde man aber diese Forderung mit der des Ruhetages verbinden, dann könnte man noch sehr lange auf die Erfüllung warten. Zunächst gelte es, den Ruhetag zu bekommen, die Abschaffung der Nachtarbeit werde man als Ziel vor Augen behalten.

Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die Absendung der Petition.

Hierauf sprach Schneider über das Unerwünschte der Arbeitsvermittlung durch die Kommissionäre. Er stützte sich dabei auf das Material von Erhebungen, welches schon in der letzten Generalversammlung des Verbandes vorgetragen und damals von uns im wesentlichen veröffentlicht wurde.

Zur Lohnbewegung der Treppenaubarbeiter. Die Meister haben eine Kommission ernannt, die mit der Lohnkommission der Arbeiter über die aufgestellten Forderungen in Verhandlung getreten ist. Es scheint zu einer Verständigung zu kommen.

Achtung, Schuhmacher! Wegen Lohnunterschieden haben sämtliche Arbeiter der Betriebe von Hinge Nachfolger, Blumenstr. 65, Mai u. A. 58, Grüner Weg 118, und von Pinner Nachf., Dirschenstraße 41, die Arbeit eingestellt. Zugun ist f. u. gehalten.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Schuhmacher in Weichenfels sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In sämtlichen Fabriken wurde gekündigt. Der Fabrikantenverein hat seine Mitglieder bei einer Konventionalstrafe von 600 M. verpflichtet, den von den Arbeitern vorgelegten Tarif abzulehnen, dennoch haben acht bis zehn Fabrikanten denselben akzeptiert. Bei der Firma W. Seiler Söhne hat wegen Mahnung des Vertrauensmannes der Ausschuß schon begonnen. Auch für die Schuhmacher in Weichenfels handelt es sich viel weniger um weitgehende Forderungen der Arbeiterschaft in Bezug auf die Lohnhöhe, als um eine Regelung der völlig ungeordneten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter verlangen prinzipiell den Abschluß eines Tarifvertrages, während die Unternehmer sich dem widersetzen.

Die Maurer in Dresden haben mit den Unternehmern wie auch anderwärts einen Vertrag abgeschlossen, durch den die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt sind. Alle Firmen halten diesen Vertrag inne; nur die Wittengelschiffahrt vorm. Siemens, Glasfabrik in Döbtau und Döhlen, welche belästigend ständig im Konflikt mit ihrer Arbeiterschaft liegt, zahlt für die gefährliche Arbeit an den heißen Glasöfen ihren Maurern nicht mehr, sondern weniger als den Vertragslohn. Die Maurer haben deswegen dort die Arbeit niedergelegt.

Die Marmorarbeiter der Firmen Stein, Sönnert, Mehnert und Rohlfisch u. Clemens in Dresden sind ausgesperrt. — Zugun ist fernzuhalten.

Zur Bewegung der Lithographen und Stein drucker in Nürnberg ist zu melden, daß sich eine überfüllte Versammlung der Arbeiter einstimmig mit den aufgestellten Tarifforderungen einverstanden erklärte. Auch der anwesende Führer der Sonderbündler erklärte sein Einverständnis, nur die Forderung auf Festsetzung eines Minimallohnes lehnte er ab, wobei er aber zugleich erklärte, wenn diese Forderung durchgedrückt werde, so werde sich keine Organisation fügen. Die Forderungen werden sofort dem Verband der Stein druckerbesitzer, dem alle Unternehmer von Nürnberg, Gärth und Schwabach angehören, übermittelt mit dem Vermerke, daß binnen acht Tagen Antwort erbeten wird.

Ausland.

Die Wiener Tischler, welche anlässlich der Demonstration am vergangenen Freitag von der Polizei verhaftet wurden, sind bereits wieder aus der Haft entlassen. 18 von ihnen wurden schon am Sonnabend freigelassen. Zwei wollten der Staatsanwaltschaft nicht gern aus seiner Obhut geben; sie wurden erst am Montag durch Beschluß der Kammer auf freien Fuß gesetzt.

Kämpfe für das Koalitionsrecht in Schweden. Auch den schwedischen Arbeitern wird sehr häufig vom Unternehmertum das Recht, sich zu organisieren, streitig gemacht und schon mancher schwere und lange dauernde Kampf mußte deswegen geführt werden. Bei dem noch immer andauernden Ausstand der Sägewerk-Arbeiter von Sörvik handelt es sich jetzt ebenfalls wesentlich um das Koalitionsrecht. Die Vertreter der Ausführenden haben Ende voriger Woche den Betriebsleiter des Sägewerks gefragt, unter welchen Bedingungen seiner Meinung nach die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte. Er verlangte nach wie vor, daß die Arbeiter sich kontraktlich verpflichten sollten, nicht dem Sägewerksarbeiter-Verband anzugehören. An dieser Forderung der Unternehmer muß selbstverständlich jeder Einigungsversuch scheitern. Uebrigens haben dieser Lage auch eine Anzahl Holzfuhrleute, die für das Sörviker Sägewerk tätig sind, die Arbeit eingestellt, weil ihr Verdienst so zurückgegangen ist, daß sie nicht mehr damit auskommen können. — Ein anderer großer Kampf um das Koalitionsrecht wird in Kalmars von den Dampfmaschinen-Arbeitern geführt und ihnen mühten sich am Sonnabend die Arbeiter der Kalmars Dampfbäckerei anschließen, die man ebenfalls zum Austritt aus der Organisation zwingen will. Der Vertriebsmann des Bäckerei-Arbeiter-Verbandes, Sjöstedt aus Stockholm, war in Kalmars, um den Betriebsleiter der Bäckerei auf gültigem Wege zur Anerkennung des Koalitionsrechtes zu veranlassen, erreichte damit aber nichts. Die Arbeiterschaft von Kalmars hat am Sonntag eine große Demonstration für das Koalitionsrecht veranstaltet. An dem Umzuge mit Musik und Fahnen beteiligten sich ungefähr 1500 Personen; auf dem Sammelplatz, dem Großen Markt, aber stieg die Zahl der Demonstranten auf ungefähr 6000.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen hält am Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Weimanns Klubhaus, Hauptstraße 5/6, seine regelmäßige Versammlung ab. Vortrag: „Aus dem Leben eines preussischen Dorfschullehrers.“ Zahlreicher Besuch der Mitsieder erbeten. Frauen und Männer als Gäste willkommen. Einladungen zu dem am 18. Februar stattfindenden Maskenball sind in der Versammlung zu haben.

Soziales.

Haftpflicht der Stadtgemeinden bei Unfällen. In Solingen war der Kläger K. auf einem Fest, als Feueralarm ertönte. Aus Neugierde wollte er ebenfalls zum Brandplatz eilen, mußte aber zu diesem Zwecke eine abschüssige, nicht beleuchtete Straße passieren. Nachts gegen 11 1/2 Uhr kam Kläger durch die Straße und fiel über einen dort lagernden Sandhaufen, sich nicht unbedeutend verletzend. Die Straße sollte aufgeschottert werden, zu dieser Verschönerung war der Sand angefahren. Die Stadtgemeinde Solingen lehnte nun jeden Entschädigungsanspruch des Klägers ab. Sie wurde jedoch in zwei Instanzen verurteilt, den Kläger zu entschädigen. In den Urteilsgründen wurde ausgeführt, daß die Beklagte verpflichtet gewesen wäre, für diese Art von Straßenbauten generelle Vorschriften zu erlassen. Die Stadtgemeinde selbst sei Unternehmerin des Straßenbaues gewesen, sie wäre also verpflichtet gewesen, die Baustelle zu beleuchten und mit einer Warnungstafel zu versehen. Den Kläger treffe kein Verschulden. Vor dem Reichsgericht führte die Stadtgemeinde Solingen aus, daß unter allen Umständen ein Mitverschulden des Klägers vorliege, denn dieser habe ja gar keine Ursache gehabt, über den nicht beleuchteten Platz zu springen. — Die Revision wurde als unbegründet verworfen.

Ruhestörrende Holzpantoffeln. In Jena, der schönen Stadt, in der studentische Rowdies so häufig milde Richter finden, ist nach Mitteilungen Thüringer Parteiblätter folgende Strafverfügung ergangen:

Der Glasmacher W. R. zu Jena ist beschuldigt, dadurch ungebührlicher Weise ruhestörnden Lärm erzeugt zu haben, daß er am 20. d. M. 2 1/2 Uhr vormittags beim Begehen der Mittelstraße mit seinen Holzpantoffeln übermäßig laut klapperte.

Beweismittel: Schuhmann G. hier als Zeuge. Auf dem Grunde des § 260 Nr. 11 des Reichs-Strafgesetzbuches wird die durch vorbezichnete Uebertretung von dem Beschuldigten verurteilte Geldstrafe auf 2 M. hiermit festgesetzt.

Der Gemeindevorstand.
Oberbürgermeister Singer.

Der Glasmacher, der noch im Lehrverhältnis steht, hatte um diese Zeit einen geschäftlichen Weg zu befragen; er mußte die in der Mittelstraße wohnenden Glasarbeiter zum Antritt der Schicht wecken. Die Mittelstraße, ganz in der Nähe der Glashütte gelegen, ist wenig belebt. Was aber hier verboten und bestraft wird, ist in der Innensstadt mehr wie erlaubt. Hier wird von unseren Rufensöhnen nach Kräften für Spektakel gesorgt, ohne daß es Strafverfügungen regnet. So ziehen die Rufensöhne um Mitternacht auf den Marktplatz, hier wird dem „Hannfried“ ein viestimmiges „Prosit“ zugerufen, unter Gesang, mit dem Bierfidel den Takt dazu schlagend, geht zurück zum Vereinslokal, wo dann oft die ganze Nacht hindurch noch Höllenslärm verursacht wird. Wohl haben die Anwohner über dieses studentische Treiben schon lebhaftes Beschwerde tragen, aber — Studenten tragen eben keine Holzpantoffeln!

Eine Statistik über die Zeitungslektüre der Verbandsmitglieder hat die Leipziger Verwaltungsstelle des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1904 veröffentlicht. Sie hat ermittelt, ob und welche Zeitungen die Verbandsmitglieder lesen. Befragt wurden 1438 Verbandsmitglieder und zwar 1042 Verheiratete und 396 ledige. Von den Befragten waren Abonnenten der „Leipziger Volkszeitung“ 603 verheiratete und 145 ledige Mitglieder, Abonnenten der bürgerlichen Presse 340 verheiratete und 23 ledige Mitglieder, und überhaupt keine Zeitung hielten 99 Verheiratete und 229 ledige Mitglieder. Also 748 Mitglieder, das sind 52 Prozent der Befragten, waren Abonnenten der Arbeiterpresse, während die übrigen, demnach fast die Hälfte, entweder bürgerliche Zeitungen oder überhaupt keine Zeitung hielten.

Diese Zählung verdient eifrige Beachtung seitens anderer Verbände.

Ein Kongress von Müttern. Vom 10.—17. März findet in Washington der Jahreskongress der nationalen Vereinigung von Müttern in den Vereinigten Staaten statt. Präsident Roosevelt und einige Professoren haben einem Komitee der Vereinigung zugesagt, daß sie vor diesem Kongress erscheinen und Ansprachen halten werden. Der Name des Vereins sagt schon, welche Ziele er verfolgt. Er befaßt sich mit der Erziehung der Jugend, mit der Wiedererwerbung verlorener Söhne und Töchter. Einem ersten sozialen Problem gegenüber, wie der Kinderarbeit, hat der Verein natürlich keine Bedeutung erlangt. Nach dem letzten Zensus sind 2 Millionen Kinder unter 16 Jahren in den Vereinigten Staaten erwerbstätig, und dabei sind nicht eingeschlossen die Kinder, welche in der Haus- und Farmarbeit beschäftigt sind. Während der letzten 30 Jahre ist in jedem Jahre in dem einen oder anderen Staate der Union irgend ein Gesetz gegen die Kinderarbeit beschlossen worden, und dennoch hat die Kinderarbeit stetig zugenommen.

Die Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises beschloß der Gemeinderat in Arnstadt. Der Arbeitsnachweis soll nach dem Muster der Stadt Göttingen die Ortskrankenkasse angegliedert werden. Die Stadt leistet vorläufig einen jährlichen Zuschuß von 500 M.

Das Schlächtere-Unternehmen des Hrn. Konsumvereins in Basel weist eine dauernd steigende Rentabilität auf. Geschäftlich wurden im Betriebsjahre 1904: 1446 Stück Ochsen, 507 Stiere, 8 Kühe, 2783 Kälber, 6692 Schweine, sowie 292 Schafe. Total 11 057 Stück Vieh mit einem Fleischgewicht von 1 1/2 Millionen Kilogramm. Der Wurfverlauf belief sich auf 4 Millionen Stück, gegenüber 3 1/2 Millionen im Vorjahre. Die Gesamt-Einnahmen des Schlächtere-Geschäftes haben sich um 885 000 Frank erhöht und erreichten den Betrag von 3 030 000 Frank. Der Reingewinn des Jahres 1904 beträgt rund 145 000 Frank gegen 94 000 Frank im Vorjahre und 72 000 Frank im Jahre 1902.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

Nr. 122. 1 und 2. Wenn Sie bei der letzten Monatszahlung vollständig waren, so sind Sie auch vollständig zur Zahlung der Restsumme verpflichtet, weil in der Monatszahlung ein Anerkenntnis liegt. Waren Sie damals jünger, so ist zur Zahlung des wirtlichen Wertes zu raten, weil sonst vielleicht in Ihrem Verhalten der Tatbestand des Betruges gefunden werden könnte, es sei denn, Sie sind in der Lage, den Antrag zurückzugeben. Verjährung liegt nicht vor. Das Geschäft kann die ganze Restsumme verlangen. Wir raten zur Einigung auf Monatszahlungen zur Erhebung der Klage. 3. Das Eigentum Ihrer Frau hatten nicht für Ihre Schulden. — R. 13. Ist das Haus im laufenden Verleiste im Wege der Subhastation entstanden, so ist die Kündigung zu recht erfolgt. Ist das Haus bereits im vergangenen Verleistejahr entstanden, so hätte die Kündigung zum 1. April erfolgen müssen. — R. 2. Ein verheirateter Mann ist ebenso wie ein unverheirateter zur Zahlung von Alimenter für die Unterhalt der Ehe erzwungen. Er ist verpflichtet, es das Mädchen zu zahlen, daß er verheiratet ist, ist gleichgültig. Wegen der Alimenter ist der Lohn pfändbar; jedoch muß dem Manne das Erforderliche bleiben werden. Die Höhe dieses Betrages ist das Gericht fest. — G. 9. Ihre Nachbarn können geeignete Sicherheitsmaßnahmen verlangen, die zur Abwendung von Schäden erforderlich sind, die Sie ausrichten könnten. — Paradies. Erbt sich etwa aus den nicht mitgeteilten Statuten und der Folles etwas anderes, so haben Sie von der Versicherungsgesellschaft die volle Summe zu verlangen. — R. 86. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja.

Lokales.

Zwei „Wahlniederlagen“ des Berliner Freisinn.

Um zwei Stadtverordneten-Mandate dritter Abteilung wird seit nun fünf Vierteljahren von der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung mit Hartnäckigkeit gerungen, um die Mandate für den 2. und den 17. Bezirk. Beide Bezirke gehören zu denen, die im Herbst 1903 eine Neuwahl vorzunehmen hatten. Im 17. Bezirk siegte damals mit geringer Mehrheit der Kandidat der Sozialdemokratie Genosse Kerfin über den Freisinnigen Schem, der bisher den Bezirk vertreten hatte. Im 2. Bezirk wurde eine Stichwahl nötig, in der der Freisinnskandidat Leis dem Antisemiten Pregel das Mandat abnahm. Gegen beide Wahlen wurde Protest erhoben, für den 17. Bezirk von den Freisinnigen, für den 2. Bezirk von den Antisemiten.

Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung besetzte sich, den Protest gegen Kerfins Wahl als berechtigt anzuerkennen und diese Wahl für ungültig zu erklären. Genosse Kerfin war am 27. November gewählt worden. Schon am 29. Dezember wurde der Beschluß über den gegen seine Wahl erhobenen Protest von der Versammlung gefaßt, und zwar war zu diesem Zweck noch in der Beispruchswochen eine außerordentliche Sitzung anberaumt worden. Infolgedessen konnte es nach Neujahr gar nicht erst zur Einführung unseres Genossen Kerfin kommen. Dagegen war dem Freisinnigen Leis ein günstigeres Schicksal beschieden. Am 15. Dezember war im zweiten Bezirk die Stichwahl, für die die Sozialdemokratie Stimmhaltung beschlossen hatte. Die Freisinnigen hatten, wie man sich noch erinnern wird, zugunsten ihres Leis ein Schwindelflugblatt fabriziert, durch das sie die sozialdemokratischen Wähler einzufangen gedachten. Sie hatten es frech mit der Ueberschrift „An die Genossen“ geschmückt und darunter die Unterschrift von Leuten gesetzt, die das Flugblatt gar nicht zu sehen gekriegt hatten. Am 29. Dezember ging der Protest der Antisemiten gegen die Wahl des Herrn Leis im Rathause ein, aber die Stadtverordneten-Versammlung erhob nichts mehr davon. In der ersten Sitzung nach Neujahr wurde Herr Leis eingeführt. Ueber den Wahlprotest verhandelte die Versammlung erst am 25. Februar und ein zweites Mal am 7. April. In beiden Sitzungen wurde der Antrag der Sozialdemokraten, über die in dem Protest behaupteten Wahlbeeinflussungen Beweis zu erheben, von der freisinnigen Mehrheit abgelehnt, und die Wahl von Leis wurde schließlich für gültig erklärt.

Dann kamen die Klagen, die gegen die Beschlüsse der Versammlung beim Bezirks-Ausschuß anhängig gemacht wurden. Gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahl Kerfins wurde von sozialdemokratischer Seite geflagt, gegen die Gültigkeitserklärung der Wahl von Leis klagten die Antisemiten. In Sachen Kerfin hat der Bezirksauschuß, wie unsere Leser wissen, bereits vor Wochen den Beschluß der Versammlung aufgehoben und die Wahl für gültig erklärt. Nunmehr hat er auch in Sachen Leis entschieden und ist gleichfalls zu dem Ergebnis gekommen, daß der Beschluß der Versammlung zu Unrecht gefaßt sei. Within ist die Wahl des Herrn Leis als ungültig anzusehen. Das wäre also die zweite „Wahlniederlage“, die der Freisinn sich vor dem Bezirksauschuß geholt hat.

In Sachen Kerfin hat die freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit bereits beschlossen, noch an das Ober-Vermögensgericht zu gehen. Wahrscheinlich wird sie für ihren Leis dasselbe versuchen. Es ist dringend zu wünschen, daß in beiden Fällen das Ober-Verwaltungsgericht es bei den Urteilen des Bezirksauschusses beläßt. Dem Berliner Freisinn muß durch alle Instanzen bescheinigt werden, daß er zu Unrecht die gültige Wahl eines Sozialdemokraten für ungültig und die ungültige Wahl eines Freisinnigen für gültig erklärt hat.

Magistrat und städtische Arbeiter.

Der Ausschuß zur Abänderung des § 9 des Reglements betreffend Bewilligung von Aufgebot für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt Berlin dauernd beschäftigten Personen hielt am Dienstag seine erste Sitzung ab. Während bisher den Aufgebot-Empfängern Ruhegeld und Invaliden- oder Altersrente bis zur Höhe des 7/10-fachen Grundbetrages der Invalidenrente und im Falle eines höher erbienten Ruhegeldes die Differenz in Form eines besonderen Zuschusses gewährt wurde, soll für die Zukunft das volle Ruhegeld und die Hälfte der Invaliden- oder Altersrente gewährt werden. Das bedeutet für eine große Anzahl Ruhegeldempfänger eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes, wenngleich die Vertreter des Magistrats nachzuweisen versuchten, daß dies nicht der Fall sei. Von sozialdemokratischer Seite wurde an der Hand von Stenogrammen bei früher gepflogenen Verhandlungen festgestellt, daß sich der heute vom Magistrat eingenommene Standpunkt im schroffen Gegensatz zu den damaligen Anschauungen befindet. Man beschränkte sich seinerzeit darauf, das Invalidengeld bis zum 7/10-fachen Grundbetrag gemeinsam mit dem Ruhegeld in Anrechnung zu bringen, weil auf Grund des § 48 des Invaliden-Versicherungsgesetzes zu befürchten stand, daß die Landesversicherungs-Anstalt die Invalidenrente kürzen könnte. Es herrschte in den städtischen Kollegien volle Uebereinstimmung darüber, daß unter diesen Umständen es der Stadt nicht verübelt werden konnte, ihre freiwillig gewährten Leistungen so einzuschränken, daß den gesetzlichen Anforderungen genügt wurde. Nun ist durch eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes festgelegt worden, daß solche Bezüge von der Stadt nicht unter die Bestimmungen des § 48 fallen. Anstatt daß nun der Magistrat aus dem Fortfall dieser Hinderung die Konsequenzen zieht und sich für einen weiteren Ausbau der Fürsorge auspricht, geht er dazu über, diese Wohlthat einzuschränken, indem er fortan die Hälfte des Invalidengeldes in Abzug bringt. Eigentümlich muß es erscheinen, wenn der Magistratsvertreter erklärt, es sei der prinzipielle Standpunkt des Magistratskollegiums stets gewesen, die Invalidenrente in Abzug zu bringen, und man solle es als ein Ungenügen betrachten, wenn jetzt die Hälfte gewährt wird. Was die Behauptung betrifft, daß die neue Bestimmung eine Belastung von mehreren tausend Mark bedeute, so kann ein solches Rechenexempel nicht verlangen, da man bei dieser Aufstellung die Invalidenrente ganz außer acht gelassen hat. Da Ausklärung in mehreren Punkten notwendig erschien, vertagte sich der Ausschuß.

Berlin in den Vororten. Die Stadt Berlin hat außer dem großen Besitz von Kieffeldern von annähernd 60 000 Morgen noch wertvollen Grundbesitz in den Vororten, besonders in Dönhagen, Rummelsburg, Treptow, Reinickendorf, Charlottenburg, Hirtsdorf, Straus und Konow. Ferner ist die Stadt Berlin, leider nur zu einem Schestel, Mitigentümerin des Hübendorfer Kalksteinbruchs, um dessen Besitz der Magistrat länger als ein Jahrzehnt mit dem Fiskus und dem Magistrat von Hirtswalde gestritten hat. Die Einnahmen aus diesen wertvollen Grundstücken, die zum Teil

an Laubenkolonisten verpachtet sind, erreichen die Summe von 200 000 M., davon entfallen rund 38 000 M. auf den Kalksteinbruch in Hübendorf. Die Ausgaben an Steuern an die Vororte usw. belaufen sich mit den übrigen nicht bedeutenden Ausgaben auf rund 60 500 M., wozu noch etwa 7500 M. extraordinäre kommen, so daß eine Reineinnahme von rund 132 000 M. verbleibt, die in den neuen Etat für 1905/06 eingestellt worden ist. Die meisten Steuern muß Berlin mit 25 000 M. für seinen Grundbesitz an Rummelsburg bezahlen; Treptow erhält 19 000 M., Hirtsdorf 6500 M., Charlottenburg 6000 M.

Eine Stadtverordneten-Erwahl hat gestern in der zweiten Abteilung des 10. Wahlbezirks für den bisherigen verstorbenen Stadtverordneten Ranegold (lib.) stattgefunden. Als Kandidat der liberalen Partei war Herr Gustav Feuerstein aufgestellt worden. Er wurde mit 332 Stimmen gewählt. Für den Kandidaten der Bürgerpartei, Rechtsanwalt Ulrich, wurden 19 Stimmen abgegeben. Zerplittert war 1 Stimme.

Graf Pädler auf der Rednertribüne verhaftet.

Einen aufregenden Verlauf nahm die gestrige Pädler-Versammlung in Kellers Neuer Philharmonie in der Köpenickerstraße. Dem Leiter der Versammlung, Schriftsteller Plac-Charlottenburg, war schon vorher von dem überwachenden Polizeihauptmann eröffnet worden, daß Graf Pädler unter keinen Umständen reden dürfe. Trotzdem erteilte er gleich nach der Eröffnung dem Grafen das Wort, der nun dagegen protestierte, daß man ihm in der letzten Tonhallen-Versammlung das Reden verboten habe. Der überwachende Polizeihauptmann fiel dem Grafen ins Wort und verbot ihm das Sprechen; Pädler erklärte darauf erregt, weder der überwachende noch der Polizeipräsident habe das Recht, ihm das Reden zu verbieten; höchstens könne man die Versammlung auflösen. Als der Graf wieder mit seiner Rede begann, ließ ihn der Polizeihauptmann mit den Worten: „Führen Sie den Mann ab!“ von einem Schutzmännchen zum nächsten Polizeiwache in der Schmidstraße bringen. Noch im Abgehen protestierte Pädler gegen den „Verfassungsbruch“, unter dem er leiden müsse; die Versammlung brach in stürmische Kundgebungen für Pädler und gegen die Polizei aus. Nach Schluß der Versammlung, die dann einen ruhigen Verlauf nahm, marschierten die Pädlerfreunde in geschlossenem Zuge zur Polizeiwache nach der Schmidstraße, wo sie sich versammelten und die Herausgabe des Grafen verlangten; viele drangen auch auf den Hof der Wache. Die Polizei befolgte in diesem Fall eine andere Taktik, als sie Arbeitern gegenüber angewandt wird. Während diese, wenn sie z. B. ruhig ihrer schweren Pflicht als Streikposten genügen, ohne gesetzlichen Grund sistiert und obenrein noch mit ungeheurer Strafmantel bedacht werden, dachte den antisemitischen Demonstranten gegenüber kein Beamter an die Anwendung des Redenschen Schießes; vielmehr trat ein Säugmann hervor und teilte den Rärmern in aller Gemäßlichkeit mit, daß Graf Pädler wieder entlassen sei. In der Sache selbst war der Graf mit seinem Protest übrigens durchaus im Recht; die Polizei handelte dem Vereinsgesetz zuwider, als sie ihm das Reden verbot.

Recht unanständig ist die „Staats-Ztg.“ in dieser Angelegenheit, indem sie behauptet, daß die freisinnige und sozialdemokratische Presse dem Vorgehen des Polizeipräsidenten beifällig zustimme. Für den Fall, daß das Antisemitenblatt mit der sozialdemokratischen Presse u. s. w. meinen sollte, teilt es vielleicht mit, wo wir dem Vorgehen des Polizeipräsidenten beifällig geizt haben. Wir haben oft genug gesagt, daß Graf Pädler geistig nicht normal sein könne, aber es ist uns nie eingefallen, das Vorgehen der Berliner Polizei irgendwie zu beschönigen.

Die neue Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung, gültig für die Eisenbahnen Deutschlands vom 1. Mai d. J. ab, ist im Druck erschienen. Einschneidende Änderungen von hervorragender Wichtigkeit bringt sie nicht. Neu ist aber, daß in dieser neuen Ordnung auf die Ausschaltung von Fremdwörtern ein großer Wert gelegt wird. So gibt es keine „Stationen“ mehr, sondern „Halteplätze“ und „Bahnhöfe“, dem entsprechend mußte auch der „Stationsvorsteher“ fallen und sich mit dem unglücklichen Titel „Fahrdienstleiter“ begnügen. Das „rollende Material“ wird kurzweg „Fahrzeug“ genannt. Auch in der Fahrgeheimindigkeit der einzelnen Zugarten wurden Änderungen getroffen. So dürfen vom 1. Mai ab Personenzüge mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometer in der Stunde (bisher 80 Kilometer) fahren. Für Schnellzüge ist die zulässige Geschwindigkeitsgrenze, bisher 100 Kilometer, unter gewissen Bedingungen überhaupt fallen gelassen worden.

Die Vermehrung der Selbstmorde in Berlin, die sich in den letzten Jahren bemerkbar gemacht hatte und ganz auffallend stark gewesen war, ist im Jahre 1904 endlich zum Stillstand gekommen. Aus den Jahren 1900, 1901, 1902, 1903 waren für Berlin 434, 525, 564, 590 Selbstmorde gemeldet worden. Hiernach übertraf die Zahl der Selbstmordmeldungen aus dem Jahre 1903 die aus 1900 um 38 Proz., während gleichzeitig die durchschnittliche Bevölkerungszahl der Stadt nur um 3 1/2 Proz. höher als vor drei Jahren war. Auf je 100 000 der durchschnittlichen Bevölkerungszahl entfielen im Jahre 1900 erst 23 Selbstmorde, dagegen in 1903 bereits 31 Selbstmorde. Für das Jahr 1904 sind nun 609 Selbstmorde gemeldet worden. Das sind zwar an sich noch einige mehr als für 1903, aber im Vergleich zur Bevölkerungszahl ist keine Zunahme der Selbstmorde mehr eingetreten. In 1904 kamen auf je 100 000 der durchschnittlichen Bevölkerungszahl dieses Jahres nicht ganz 31 Selbstmordfälle.

Die Firma Kfingler hat unter den Mitgliedern der Vereinigung Berliner Architekten einen architektonischen Wettbewerb ausgeschrieben. Es handelt sich um die Bebauung des großen Gebäudekomplexes gegenüber dem Potsdamer Bahnhof auf den Grundstücken Königgräberstr. 124/129 und Leipziger Platz 2, 4, 5. An dieser Stelle, wo das großstädtische Leben Berlins vielleicht am stärksten pulsiert, will die Firma beabsichtigt ein großes Hotel erbauen, dem ein feines Restaurant, ein Café, eine sogenannte Bierquelle und eine Reihe von Säubern angegliedert sind. Die Gewinnung der Pläne für dieses gewaltige Gebäude bildet den Gegenstand des Wettbewerbes. Es sind 24 000 M. als Preise ausgesetzt.

Die Liste 8208 für die Bergarbeiter, auf welcher 1 M. 10 Pf. gesammelt sind, ist verloren gegangen. Man wolle sie im Bureau der Fabrikarbeiter, Linienstr. 216, abliefern. Ebenfalls ist die Charlottenburger Liste 15048, auf welcher 2 M. 95 Pf. gezeichnet waren, verloren gegangen. Man wolle sie bei Gabriel, Charlottenburg, Krummeierstr. 44, abgeben.

In Wenzels Befinden will die Besserung, die wir gestern feststellen konnten, leider keine rechten Fortschritte machen. Der Husten hat sich noch nicht gehoben und gibt bei dem hohen Alter des Patienten zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß.

Ein notleidender Schlächtermeister. Unter Hinterlassung einer bedeutenden Schuldenlast ist der Fuhrherr und frühere Schlächtermeister Lindemann, Alte Schönhauserstraße 29, aus Berlin verschwunden. Er hatte hinterlassen zwei Fleischereibetriebe, ein Fuhrgeschäft, eine Wild- und Geflügelhandlung und zuletzt wiederum ein Fuhrgeschäft besessen; sämtliche Unternehmen brachten ihm einen reichlichen Gewinn. Bei der Lebensweise, die L. führte, genügte diese Einnahme jedoch nicht und wiederholtlich waren seine Verwandten genötigt, ihm Unterstützung zu geben. Vor 2 Jahren erbt L. etwa 200 000 M., die er jedoch ebenfalls bis auf den letzten Pfennig durchbrachte. Er fand sich in ständiger Geldverlegenheit, sodas der Zusammenbruch seines Geschäfts bald zu erwarten war. Vor seiner Flucht veräußerte sich L. Geldmittel in einer Weise, die ihn mit dem Strafgesetze in Konflikt brachte. Er verkaufte einige Wagen mehrere Male und ließ

sich bei verschiedenen Bekannten und Geschäftsleuten zum Teil recht erhebliche Beträge. So soll L. etwa 20 000 M. zusammengebracht haben, mit denen er die Flucht antrat. In der Gesellschaft des Fuhrherrn befindet sich vermutlich ein junges Mädchen, mit dem er schon seit längerer Zeit in Verkehr gestanden haben soll. Die Frau und zwei minorene Töchter sind in Notlage in Berlin zurückgeblieben.

Ein graufiges Drama spielte sich gestern mittag gegen 12 Uhr im Bureau des Justizrats Löwenfeld, Rathenowerstraße 78, ab. In einem Zimmer der Wohnung erschof der Kaufmann Aker seinen kleinen Sohn und jagte sich dann selbst eine Kugel durch die Schläfe. Ueber den tragischen Vorfall wird gemeldet: Justizrat Löwenfeld hatte um die genannte Stunde einen Sühnetermin in einem Ehecheidungsprozeß anberaumt, und die Parteien waren auch erschienen. Es handelte sich um einen Herrn Aker, der aus Wiesbaden hergekommen war, und dessen in Berlin wohnende Frau. Gleichfalls zur Stelle waren die beiden Kinder des Ehepaares, ein vierjähriger Knabe und ein sechsjähriges Mädchen. Justizrat Löwenfeld wollte den letzten Versuch machen, um eine Scheidung zu vermeiden; im Falle der Scheidung wäre der Knabe der Ehefrau zugesprochen worden. Dieser Umstand muß den Mann derart in Erregung gebracht haben, daß er die unselbige Tat beging. Während einer kurzen Pause in den Verhandlungen betrat Aker einen Nebenraum, in dem sich der Knabe aufhielt, und schoß eine Kugel auf das Kind ab. Der Knabe brach sofort zusammen. Aker ging hierauf in das Zimmer des Justizrats zurück und erschof sich selbst, ohne daß die Anwesenden ihn daran hindern konnten. Der Knabe wurde sofort nach dem Moabiter Krankenhaus transportiert, starb aber auf dem Wege dorthin.

Einen Selbstmordversuch aus gekränktem Ehrgefühl machte in der gestrigen Nacht das 22jährige Dienstmädchen Anna Moske, das seit dem 1. Oktober v. J. bei dem Kaufmann J. Freund in der Lindenstr. 48 bedienstet ist. Bei dieser Familie kam in der Sonntagsnacht ein Einbruchsdiebstahl vor, bei dem Geld und Wertsachen erbeutet wurden. Das Dienstmädchen behauptete nun, auch ihr sei eine größere ersparte Summe entwendet. Diese Angabe schien jedoch sowohl der Herrschaft wie auch der Kriminalpolizei wenig glaubhaft, weshalb das Mädchen auch wiederholt ins Verhör genommen wurde. Als nun Dienstagabend die Herrschaft ausgegangen war, schrieb die M. mehrere Briefe und beförderte sie selbst noch nach dem Briefkasten. Bis gegen Mitternacht wurde in ihrer Kammer Licht bemerkt. Als um 3 Uhr früh die Familie Freund nach Hause kam, drehte sie den Saugthahn der Gasleitung zu. Früh gegen 6 Uhr wurde nun lautes Stöhnen im Badezimmer hörbar. Der Portier des Hauses öffnete die verriegelte Tür gewaltsam und fand nun das Dienstmädchen bewußlos am Fußboden liegend vor. Es hatte einen Gummischlauch im Munde, den es vom Kochherd losgelöst und mit dem Gasrohr in der Badstube verbunden hatte. Wahrscheinlich ist nun die eingetretene Gasmenge nicht hinreichend gewesen, um den Tod herbeizuführen. Dieser Fall wäre jedoch sicher eingetreten, wenn nicht zufällig, wie angedeutet, der Hauptgasahahn zugebrocht worden wäre. Ein herbeigerufener Arzt brachte die M. wieder zur Besinnung und ließ sie dann nach einem Krankenhaus schaffen. Ob die Gasvergiftung ohne nachteilige Folgen bleiben wird, ist noch nicht festgestellt.

Rassenboten.

Der Rassenbote Otto Schumt von der Berliner Viehkommissions- und Wechselbank hat 28 700 Mark unterschlagen und ist jetzt flüchtig. Der Mann ist 28 Jahre alt und verheiratet; er war in der Bank seit vier Jahren beschäftigt. Eine Tat, wie die von Schumt verübte wollen wir keineswegs entschuldigen, wohl aber verdient die Frage, wie Kassierer derartiger Banken zum Verbrechen verleitet werden, eine Untersuchung. Wenn wir nicht irren, bezog Schumt ein Gehalt von 110 M.; um diesen Betrag herum schwankt wenigstens das Einkommen der meisten bei Banken angestellten Rassenboten. Nun mag gesagt werden, daß viele Leute weniger haben als 3,60 M. täglich; aber immerhin verdienen die Umstände solcher Brotverderber Verächtlichkeit. Den Rassenboten laufen täglich Hunderttausende durch die Hände; wenn irgend eine Stellung, so ist die übrige auf Vertrauen gegründet. Nun wird nicht allein diesen Leuten ein an sich schon niedriges Gehalt gezahlt; sie müssen sich auch ihr Brot unter einer Ausnutzung verdienen, wie sie wohl in keinem anderen Beruf heutigen Tages mehr üblich ist. Vor uns liegt der Arbeitsplan einer Konkurrenzbank der hier erwähnten; danach beträgt die tägliche Arbeitszeit der Boten Montags 14 Stunden, Dienstags 12 Stunden, Mittwochs 13 Stunden, Donnerstags 14 Stunden, Freitags 16 Stunden, Sonnabends 14 Stunden und Sonntags 7 Stunden. Zwar gehen von diesen 90 Stunden der Woche 12 Stunden für einen freien Tag ab, doch wird diese Freizeit kompensiert durch die Nacharbeit, die von den fünf in der Bank angestellten Boten allwöchentlich zwei zu verrichten haben. Die Nacharbeit währt Montags von 9 bis 1 Uhr, Dienstags von 8 bis 9 Uhr, Donnerstags von 8 bis 9 Uhr und Sonnabends von 9 bis 12 Uhr. Die Arbeit während dieser späten Abendstunden besteht im Eintrollen von Geld und ähnlichen Verrichtungen. Im ganzen kommen durchweg 89 Arbeitsstunden in der Woche auf jeden Boten, das macht mithin bei dem erwähnten Gehalt etwa 30 Pf. für jede Stunde. Ist es bei einer derartigen Ausnutzung der Arbeitskraft nicht begreiflich, wenn das Gewissen allmählich ab stumpft und der Ausgebeutete auf den Gedanken kommt, das Elend seines Elendens in wüsten Rausch zu vergessen, namentlich wenn die Versuchung zu jeder Stunde an ihn mit verführerischer Gewalt herantritt?

Selbstmord eines Sergeanten. Im Garnisonlazarett in Tempelhof erhängte sich gestern nachmittag der Sergeant Orbel vom Sanitätskorps. Der Unteroffizier, der bereits im 10. Jahre diente, neigte zu homosexuellen Auswüchsen und wurde beschuldigt, sich mehrfach gegen ihm unterstellte Mannschaften vergangen zu haben. Die Verhörungen des Unteroffiziers waren seinen Vorgesetzten gestern bekannt geworden und die sofortige Untersuchung wurde gegen ihn angeordnet. Er entzog sich der ihm drohenden Verhaftung durch Selbstmord, indem er sich in seiner Stube an der Lärklinte erhängte. Er wurde gestern nachmittag um 3 Uhr als Leiche aufgefunden.

Wegen gewerbdmäßiger widerrechtlicher Unzucht ist ein 28 Jahre alter Willi Fuchs, der in der Cabmerstr. 11 ein möbliertes Zimmer bewohnte und als Kassier gemeldet war, verhaftet worden. Fuchs erhielt am Dienstagnachmittag den Besuch eines hiesigen 60 Jahre alten Kaufmanns, der verheiratet und Familienvater war. Dieser starb plötzlich in seiner Stube während des verbotenen Verkehrs am Herzschlag. Durch diesen Zufall kam die Polizei dahinter, was es mit dem „Kassier“ auf sich hatte, und nahm Fuchs fest. Die Kriminalpolizei brachte ihn gestern nach dem Ergebnis des Verhörs und der Ermittlungen nach Moabit.

Feuerbericht. Mittwoch mittag wurde die Wehr nach dem physiologischen Institut der königlichen Universität in der Dorottheenstr. 35, Ecke der Neuen Wilhelmstraße, gerufen, weil dort in einem Saal des ersten Stocks beim Experimentieren mit physikalischen Stoffen eine kleine Explosion entstanden war. Der verursachte Schaden ist nicht erheblich, auch brauchte die Feuerweh nicht weiter in Tätigkeit zu treten. — Kurz vorher kam in der Friedr. 284 im zweiten Stock des linken Seitensüßels in einer Wohnung Feuer

aus, das Cardinen, Möbel, Kleidungsstücke etc. ergriff. Der 19. Böschung konnte die Flammen erlösen. Drei Kinder, die hier in Erstickungsgefahr schwebten, waren bereits vor Anbruch der Wehr von Hausbesitzern gerettet worden. — In der Nacht zum Mittwoch hatte die zweite Kompanie der Wehr längere Zeit in der Langestr. 91 zu tun. Hier brannte es gegen Mitternacht in einer sogenannten Leinwand. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch aus der Kremmenerstr. 15, Friedr. Str. 56, Mödernerstr. 72 und noch aus einigen anderen Orten Alarmierungen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um ganz unbedeutende Anlässe.

Hugo Wolf-Mörke-Abend. Einem Dichter und einem Tonbildner, welche zusammen eine künstlerische Einheit bilden, gilt der nächste Hugo Wolf-Mörke-Abend der Stadt Schöneberg am 12. Februar. Wie der erstere den Dichter gewissermaßen zum zweitenmal der Mittelwelt lebendig gemacht hat, so dankt wir Mörke, daß er Hugo Wolf zu jenen Kompositionen, welche Weltruf erlangten, angeregt hat. Karten a 0,30 M. auf allen Plätzen sind in allen Schöneberger Buchhandlungen und Zigarrengeschäften, in der „Vorwärts“-Expedition, Martin Lutherstraße, sowie im Verein g. B. d. A., Albrechtstr. 11, Dürerhaus, Kronenstr. 18, usw. zu haben.

Im Berliner Zoologischen Garten befindet sich gegenwärtig eine männliche Sichelente im vollen Prachtgefieder, ein Vogel, der nur äußerst selten lebend aus seiner Heimat, dem östlichen Sibirien und Japan, zu uns gelangt. Dieser prächtige Schwimmbogel hat etwa die Größe und Körperfülle des Spieß-Gräpels, aber einen prächtig bronzegrünen Kopf und langbemähten Hals, einen weißen Stirnflügel und sichelartig verlängerte Ellenbogenfedern, die zu beiden Seiten des kurzen Schwanzes herabhängen. Das eigenartige Tier tummelt sich auf dem oberen Waldschänkeleichen, zwischen der großen und wertvollen Kollektion fremdländischer Enten- und Gänsearten, welche dort vereinigt ist.

Im Berliner Aquarium sind bei den letzten Erwerbungen auch die an der Spitze des Tierreichs stehenden Klassen der Warmblüter beachtet worden. Die Behälter der Affenhäuser, deren wertvollster Inhaber der „geimpfte“ Orang-Utan ist, erhielten neuen Zuwachs um acht Exemplare aus der Gattung, die man im Tierhandel und auch in der Wissenschaft als Makaken bezeichnet, und zwar sind sie halblangschwänziger Art, im bengalischen Indien zu Hause und dort verehrt. Dem größten Flugflügel des Aquarium, der mit dem umfangreichsten, von der prächtigen Kegelrobbe besetzten Wasserbecken ausgestatteten „Geologischen Grotte“, wurde eine Gesellschaft echter Wintergäse überwiesen, nämlich acht Stück der im Norden der alten Welt heimatisierten und von dort im Winter unsere Küstengebiete besuchenden Sturmmöve, deren hellblaugraue Flügeldecken und weißgestrichelte schwarze Schwinge hübsch von dem übrigen weißen Gefieder sich abheben; Raum zum Austummeln in Luft und Wasser gewährt ihnen ihre Behausung vollaus. In den großen unteren Schwimmbecken sind die durch biegsame geschnitzte Ankerhaken der muskulösen, beim langsamen Schwimmen wie Flügel abwechselnd entfalteten und zusammengelegten Brustflößen und durch lebhaft rote und blaue Farbtöne ausgezeichneten Knurrhähne oder See-Seechwalben die interessantesten Gesellen aus dem Kreise der Fische.

Im Orsaale der Ausstellung für Arbeiterwohl, Fraunhoferstraße 11/12, Charlottenburg, in der Nähe der Hochbahnstation „Anie“, finden am 9., 10. und 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Vorträge des Gewerbe-Inspektors Dr. Rasch statt über den gesundheitlichen Schutz der Arbeiter bei der Herstellung und Verwendung von Leucht-, Heiz- und Kraftgas. Maschinen und Heizer sowie sonstige Interessenten werden auf diesen Vortrag aufmerksam gemacht.

Hygienische Vortragskurse. Heute Donnerstag sprechen über das Thema: „Die geschlechtliche Ansteckung und ihre Folgen“ in den Sälen der städtischen Gemeindefschulen: Wangegr. 128 Herr Dr. J. Friedberg; Memelerstr. 24/25 Herr Dr. Leopold Eilenthal; Quignonstr. 115: Herr Dr. J. Cohn und in der Schönhauser Allee 168a: Herr Dr. Max Joseph. Freitag sprechen über das Thema: „Kochkunst und Verdauung“: Weisenaustr. 7: Herr Dr. Leopold Radlowski; Kilitzerstr. 4/5: Herr Dr. Singer; Pankestr. 8: Herr Privatdozent Dr. Brandenburg und Reibstr. 31/32: Herr Dr. Freudenthal. — Der Eintritt ist frei.

Der Verein der freigewählten Kassenärzte veranstaltet fortan Sonntags nachmittags 4 1/2 Uhr im Langenbecksaal, Ziegelstr. 10/11, hygienische Vortragskurse, zu denen der Zutritt jedermann freisteht.

Robl-Kend im Apollo-Theater. Da das Rekordfahren über 10 Kilometer am Dienstagabend mit einem toten Rennen zwischen Robl und Kend endete, ist der Entscheidungslauf über diesen 10 Kilometer-Rekord auf Freitag angesetzt; er wird an diesem Abend um 10 1/2 Uhr zum Austrag gebracht. Am Sonntag, den 12. Februar, geht nachmittags 3 Uhr zu bedeutend ermäßigten Preisen „Venus auf Erden“ in Szene. In dieser Nachmittagsvorstellung findet ebenfalls ein Radrennen auf der Wähne statt.

Aus den Nachbarorten.

Kowawes. Mit der Revolution in Rußland beschäftigt sich heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr eine Volksversammlung im Volksgarten, Priesterstr. 31. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Adlershof.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung hauptsächlich mit dem Kanalisationsprojekt; es wurde der Anschluß der Selchow-, Feldherrn- und Hoffmannstraße an das Kanalisationsnetz der zweiten Pauperperiode beschlossen, während die Genossenschafts- und Helbigstraße der dritten Pauperperiode überwiesen wurden. Der Antrag des Gemeindevorstandes dieserer auf Stellungnahme zu den Angriffen des Fabrikbesizers Luyze gegen die Kanalisationskommission fand seine Erledigung durch Uebertragung zur Tagesordnung. Von allen Seiten wurde ausgesprochen, daß auch eine gerichtliche Feststellung die immer wieder auftauchenden Gerüchte über Unzulänglichkeiten beim Kanalisationsbau nicht beseitigen würde, daß andererseits die Gemeindevertretung an der Verstrafung des Luyze wegen Verleumdung der Kommission kein Interesse habe. Einstimmig wurde ein Ortsstatut angenommen, nach welchem die von der Gemeinde beschäftigten Arbeiter bei der hiesigen Orts-Krankenkasse versichert werden. Weiter wurde das Gehalt eines neuen Bureaubeamten bewilligt, wodurch die Ausnutzung jugendlicher Personen, welche meistens ohne Entschädigung oder gegen eine monatliche Entschädigung von 10 M. „ausgebildet“ wurden, in Fortfall kommen soll. Bei der Neuwahl der Mitglieder der Gemeinde-Schuldeputation wurde auch der Genosse Kretschmar mit 6 gegen 5 Stimmen in diese Deputation gewählt. Bei der für unsere Agitation so wertvollen Stellung der Regierung gegen Wahlen von Sozialdemokraten in Schuldeputationen ist wohl mit Sicherheit vorauszusetzen, daß auch hier die Vertiefung versagt werden wird. Dann teilte der Gemeindevorstand noch mit, daß im preussischen Staatshaushalts-Etat 50 000 M. für Anlegung einer Schwelentränkungsstelle an der Oberspree gefordert sind; sie soll trotz Einspruchs der Gemeinde zwischen Reptunshain und Spindlersfeld erbaut werden, wenn auch die Gemeinde dieses Terrain für eigene Zwecke beansprucht.

In Spandau erscheint unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein kleiner Schleifstein konservativer Parteirichtung, der sich „Spandauer Tageblatt“ nennt. Diesem bedeutungslosen Blättchen werden ohne ersichtlichen Nutzen etwa 3000 M. jährlich durch amtliche Anzeigen zugeführt. Jetzt soll der Magistrat auf Antrag des Staatsanwaltes in Spandau ersucht werden, Schritte zu unternehmen, damit der Charakter eines „amtlichen Publikationsorgans“ einem anderen, besser verbreiteten Lokalblatt übertragen werde.

In Bankow veranstaltet der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Dienstag, den 14. Februar, bei Roschke, Bankow, Kreuzstraße 3—4, einen Unterhaltungsabend zum Besten der Bergarbeiter unter Mitwirkung der „Theater-Gesellschaft Strzelowicz“ und des Gesangsvereins „Flora“. Anfang 8 1/2 Uhr. Billetts zu 25 Pf. sind

bei Frau Hoffmann, Drehmeister 5, III, Frau Kieble, Kaiser Friedrichstr. 70, III, und Frau Strzelowicz, Florastr. 51, I zu haben.

Wenn der Bauer zahlen soll. Das Defizit der Brandenburgischen Städtebahn macht jetzt den Ortshäuptern, welche bis zu 5 Kilometer von der Strecke entfernt liegen, recht schwere Sorgen, da sie verpflichtet sind, den Fehlbetrag anteilig zu decken. Bei den in Frage kommenden Städten geht die Bewilligung der nicht unbedeutenden Summen einigermassen leicht von statten, denn die Stadtväter wissen, daß ihnen nichts weiter übrig bleibt, als in den sauren Apfel zu beißen. Anders ist es bei den ländlichen Gemeinden, da sich bekanntlich der märkische Bauer nicht gern von dem Gelde trennt. Allerlei Ausflüchte werden in den Gemeindevertretungen gemacht und die Ortsvorsteher müssen oft alle Veredamkeit aufwenden, um ihre Paradien dazu zu bestimmen, für die Städtebahn das Defizit mit zu decken zu helfen. Dies ist namentlich in den Orten, die nicht direkt an der Bahn liegen, der Fall.

Bergmannstod. Einen gräßlichen Tod fand in den Mädersdorfer Kallbergen der Bergarbeiter Gustav Schulz, welcher in Vertretung eines Kameraden beim Sprengen des Gesteins beschäftigt war. Als eine Patrone versagte, wollte er eine neue einsetzen, doch ging in diesem Augenblick die alte los. Das herabstürzende Gestein zerstückelte Schulz dadurch den Kopf, so daß er alsbald verschied. Er hinterläßt eine Frau und vier kleine Kinder.

Berliner Einbrecher geben seit einiger Zeit in Tempelhof Gasrollen. In den letzten 14 Tagen sind in dem genannten Vorort nicht weniger als fünf Einbruchdiebstähle verübt worden. Die Diebe gehen mit ungewöhnlicher Dreistigkeit vor und mehrere der Einbrüche sind am hellen Tage begangen. Ein sechster Einbruch wurde gestern nachmittags, vermutlich in der Zeit von 2—3 Uhr, in dem Gerthshaus in der Reinhardt-Strasse verübt. Die Diebe stahlen zwei Taschenuhren, Silberlöffel und bares Geld im Gesamtwerte von etwa 500 M. Die Polizeibehörde nimmt an, daß eine Berliner Diebesgesellschaft mit „Jugendgenossen“ in Tempelhof Wohnung genommen und mit diesen gemeinsam die Raubzüge unternimmt.

Gerichts-Zeitung.

Fälschlich wegen Streifvergehens denunziert

war die Arbeiterin Johanna Wannasch, gegen die am 8. Februar vor dem Schöffengericht I verhandelt wurde. Während des Buchhändlerstreiks bei der Firma Schwertfeger wurde am 12. Oktober 1904 die Arbeiterin Marie Turowski auf dem Rückwege von der Fabrik von unbekanntem Personen tödlich angegriffen. Nach einigen Tagen ermittelte die Leitung der Polizei die Anzeige, daß sich Fräulein Wannasch dabei beteiligt hätte. Der Staatsanwalt erhob Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und beantragte im Termin am 18. Januar gegen das bisher gänzlich unbescholtene junge Mädchen zwei Monate Gefängnis. Es gelang der Angeklagten damals, eine Vertagung herbeizuführen, um ihre Entlastungsgewinne zu laden. In der erneuten Verhandlung am 8. Februar ergab sich, auf wie schwachen Füßen Verurteilungen stehen können, die mit der größten Bestimmtheit vorgetragen werden. Frau Turowski selbst konnte nicht sagen, wer sie geschlagen hätte, hatte auch Fräulein Wannasch nicht bemerkt. Ihre beiden Schwägerinnen, aber bekundeten, die eine von ihnen eidlisch, mit voller Bestimmtheit, daß sie Fräulein Wannasch, die sie einige Male vorher gesehen hatten, unter den Verfolgern deutlich erkannt hätten, und schiederten, wie diese sogar die Frau Turowski mit Füßen getreten hätte. Dagegen bekundeten die Zeuginnen Dobs und Pohl, daß die Angeklagte an dem fraglichen Nachmittag, und gerade zu der Stunde, wo die Schlägerei vorgefallen war, sich in ihrer Wohnung krank im Bette befunden hatte. Ueber die Identität des Tages konnte kein Zweifel obwalten, weil Frau Dobs, die von der Angeklagten Wannasch zum Streikbureau geschickt worden war, und um sie dort zu ersuchen, mit diesem Gange zugleich einen Weg auf den Kirchhof verbunden hatte, wo sie an einem ihr wichtigen Erinnerungstage einen Kranz niederlegte. Auch Herr Lippold vom Buchhändlerverband bestätigte diese Angabe. Der Alibibeweis für Fräulein Wannasch war nicht zu widerlegen. Trotzdem blieben die Belastungsgewinne bei ihren Aussagen, obgleich der Verteidiger, Rechtsanwältin Wollf, sie erlosch, dann ernst auf die Gefahren aufmerksam machte, die dies für sie hätte. Der Verteidiger betonte noch, daß sehr viele Verurteilungen, auf die hin angeklagt würde, nicht zuverläßiger wären, und daß nur selten ein Alibibeweis zu gelingen könnte, wie im vorliegenden Falle, wo der Angeklagten eine Reihe glücklicher Zufälle zu Hilfe gekommen wären, um ihr diesen Beweis zu sichern. Der Staatsanwalt beantragte schließlich selbst die Freisprechung, die dann auch erfolgte.

Zur Warnung der Ärzte

Kann ein Straffall dienen, der gestern einen hiesigen praktischen Arzt Dr. L. wegen unbefugter Offenbarung von Privatgeheimnissen und Verleumdung vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I führte. Dr. L. war Hausarzt in einer Familie J. Als Frau J. am 24. September v. J. zu ihm kam, um ihre Kinder impfen zu lassen, teilte er ihr mit, daß er von ihrer Schwägerin, der Arbeiterin Verta J., wegen eines Unterleibsleidens konsultiert worden sei und bei ihr eine hässliche, ansteckende Krankheit festgestellt habe. Da er wusste, daß unter den in demselben Hause wohnenden Familien ein reger Verkehr stattfand, eine Badewanne gemeinschaftlich benutzt wurde und die Kinder manchmal im Bett der Tante lagen, so hielt der Arzt es für seine Pflicht, die Mutter der Kinder vor der drohenden Ansteckungsgefahr zu warnen. Nach seiner Behauptung will er überhaupt nur von einer ansteckenden Krankheit gesprochen haben, während Frau J. sofort Verscheid gewußt und den Namen der Krankheit genannt habe. Verta J. kam nun bald im ganzen Hause ins Gerede, was ihr begreiflicherweise außerordentlich unangenehm war, zumal sie behauptete, daß sie unmöglich an einer solchen Krankheit gelitten haben könne, da jede Vorbedingung dazu bei ihr gänzlich fehle. Sie sei in wenigen Tagen völlig gesund gewesen und es liege in jener Mitteilung daher eine böswillige Verleumdung. Als sich auf das Gerede im Hause hin die Mutter des Fr. J. zum Dr. L. begab und Auskunft über den Zustand ihrer Tochter verlangte, erklärte der Arzt auch ihr, daß er bei der Untersuchung Merkmale der ansteckenden Krankheit festgestellt habe. Nunmehr stellte Fr. J. den Strafantrag und brieflich auf den Kassenarzt Dr. Rad, der sie untersucht und keine Feststellungen habe treffen können, die die einzige Zeit vorher stattgehabte Diagnose des Angeklagten unterstühten. Der Angeklagte verteidigte im getriebenen Termin die Richtigkeit seiner Diagnose, mit der die spätere Untersuchung gar nicht im Widerspruch zu stehen brauche, und so wohl vom Dr. Rad wie vom Sachverständigen Prof. Dr. Casper wurde gestern die Möglichkeit zugegeben, daß die vom Angeklagten vorgefundenen ärztlichen Erscheinungen ihn zu seiner Diagnose berechtigt haben können. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Verleumdung fallen, hielt den Angeklagten aber des Vergehens gegen § 300 des Strafgesetzbuches für schuldig und beantragte gegen ihn 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis. — Rechtsanwältin Dr. Heinemann beantragte dagegen die Freisprechung. Was die Verleumdung betrifft, die in der Mitteilung an die Mutter J. erblickt worden, so steht dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite, ganz abgesehen davon, daß die Mutter den Angeklagten geradezu gestellt habe und das Gerücht schon im Hause der J. verbreitet worden war. Bei dem § 300 des Strafgesetzbuches, der einen Arzt, der ein ihm kraft seines Amtes anvertrautes Privatgeheimnis offenbart, bestraft, mußte der Nachdruck auf das Wort u n b e f u n g t gelegt werden. In diesem Falle sei der Angeklagte, als Hausarzt in der Familie, sicher befugt gewesen, die Mutter, deren Kinder er eben impfen hätte, vor der diesen drohenden Ansteckungsgefahr zu warnen, ja, er würde sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht haben, wenn er diese Warnung unterlassen hätte. — Der Gerichtshof nahm an, daß sich der Angeklagte in einem Irrtum über strafrechtliche Dinge befunden habe, als er sich, wie menschlich erklärlich

ist, aus Vorsicht moralisch für verpflichtet hielt, der Schwägerin die Mitteilung zu machen, die für die Arbeiterin J. um so fränkender war, als es noch sehr fraglich ist, ob überhaupt die von dem Angeklagten diagnostizierte Krankheit vorlag. Der Angeklagte habe den § 300 des Strafgesetzbuches verletzt; bei der eigenartigen Sachlage erschien jedoch dem Gerichtshof die größte Milde am Platze und es ist demgemäß nur auf 20 M. Geldstrafe erkannt worden.

Aus Industrie und Handel.

Die neuen Handelsverträge und der Verein deutscher Werkzeugmaschinen-Fabrikanten. Daß die deutsche Großindustrie beabsichtigt, sich für den Exportausfall, der ihr durch die erhöhten Industriesteuern der mit Rußland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz abgeschlossenen neuen Handelsverträge droht, durch Preiserhöhungen auf dem deutschen Inlandsmarkt schadlos zu halten, geht deutlich aus den Verhandlungen der Ausschüsse hervor, die vorgezogen der Verein in Hannover abgehalten hat. Nach Mitteilungen der „Rhein.-Westf. Ztg.“ wurde dort über die geschäftliche Lage des Werkzeugmaschinenzweiges berichtet, daß die Beschäftigung allgemein eine gute und am Umfang gegen die letzten Jahre erheblich höhere ist, wenngleich die große Leistungsfähigkeit des deutschen Werkzeugmaschinenbaues noch nicht im vollen Maße in Anspruch genommen sei. Auch hätten sich die Preise in Jahresfrist gehoben, und es herrsche allgemein das Bestreben vor, der besseren Beschäftigung und dem hohen Stand der Rohstoffe entsprechende Verkaufspreise durchzusetzen. Man hielt es daher einmütig für angebracht, auf den berechtigten Preisforderungen zu beharren und sich nicht durch Unterbietungen zum Aufgeben dieses Standpunktes bewegen zu lassen.

„Einen Schatten“, heißt es dann weiter im Bericht, „auf das im ganzen freundlichere Bild des Geschäftsganges wirft die sozialpolitische Lage, die durch die an den Ausstand der westfälischen Bergarbeiter sich knüpfenden Schritte der Gesetzgeber gekennzeichnet wird, da man von diesen auch in den Kreisen der Werkzeugmaschinenfabrikanten nachteilige Wirkungen auf die Arbeiterfrage überhaupt befürchtet. Zu lebhaften Bedenken geben auch die neuen Handelsverträge Anlaß, die für Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn und Rußland namentlich verhängnisvoll zu werden drohen durch die bis zu 100 Proz. betragende Zollhöherung nach diesen Ländern, besonders nach Rußland. Angesichts des infolge dessen zu befürchtenden Verlustes eines großen Teiles des bisherigen Absatzgebietes in Europa wurde um so nachdrücklicher das Verlangen geäußert nach angemessenen Zollsätzen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Einfuhr nach Deutschland in höchst befürchteter Weise wächst und für 1904 bereits das Dreifache dessen beträgt, was 1902 eingeführt wurde, nämlich 20 787 Doppelzentner gegen 6984 Doppelzentner.“

Mit anderen Worten, die Zollschranken gegen die fremde Konkurrenz, namentlich gegen die amerikanische Maschinenindustrie, sollen noch mehr erhöht werden, damit auf dem Inlandsmarkt die Preise, die ohnehin „seit Jahresfrist gehoben haben“, noch weiter hinaufgesetzt werden können. Was infolge der neuen Handelsverträge beim Export verloren geht, das soll aus dem Inlandsmarkt herausgeholt werden.

Der Einfluß des Bergarbeiterstreiks auf das Wirtschaftsleben Westdeutschlands macht sich im steigenden Maße geltend. Wie aus Erfurt gemeldet wird, ist infolge des Kohlenmangels auf den meisten Thüringischen Eisenbahnlinien der Güterverkehr beträchtlich eingeschränkt worden. Auf einzelnen Linien fällt fast die Hälfte der Güterzüge aus. Ferner teilte, wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ meldet, das Kohlsyndikat in Vochum seinen Abnehmern mit, daß infolge des Bergarbeiterausstandes die frische Kohlsproduktion auf ein geringes Maß zurückgegangen sei. Der Verband hätte bis jetzt nur durch Zuhilfenahme der Lagerbestände einigermaßen aufrecht erhalten werden können; die Bestände gingen aber bald auf die Reize, so daß im Laufe dieser Woche mit einer Abnahme der Verlandmengen gerechnet werden müsse.

Die Kohlenverschiffungen der englischen Hafenplätze nach Deutschland nehmen ihren Fortgang. Im abgelaufenen Januar kamen in Hamburger Hafen 128 Kohlenschiffe gegen 98, 98, 94 und 90 in den gleichen Monaten der fünf vorhergehenden Jahre an. Und seit Beginn des Februar ist die Zufuhr noch stärker geworden.

Die Preussische Boden-Kredit-Aktiengesellschaft, wie in der gestrigen Aufsichtsratsitzung beschlossen wurde, wieder 7 Proz. Dividende: ein Prozentfah, der seit 15 Jahren festgehalten worden ist. Der Reingewinn, der für 1903 nur 2 581 700 M. betrug, stellt sich für das letzte Jahr um rund 270 000 M. höher. Er beträgt exklusive des Gewinnvortrags aus 1903 von 408 580 M., 2 850 921 M. Hier- von wird zunächst gemäß § 26 des Hypothekendarlehensgesetzes der bei Begebung von 4 Proz. Pfandbriefen über 101 Proz. erzielte Mehrerlös mit 338 412 M. entnommen und dem Agiolotio zugewandt, welches sich alsdann auf 418 332 M. stellen wird. Der nach Kürzung der Dividende und Lantienmen verbleibende Restgewinn von 113 070 Mark soll dem Gewinnvortrag zugeführt werden. Es stellen sich dann der Gewinnvortrag pro 1903 auf 521 651 M., der ordentliche Reservefonds auf 6 000 500 M., der Extrarreservefonds auf 800 000 M., die Disagio- und Zinsreserve auf 891 702 M., der Amortisationszulagsfonds I auf 450 000 M., der Amortisationszulagsfonds II auf 60 000 M. und der Pensions- und Sparfonds auf 998 848 M.

Vor der Feststellung des Gewinns sind, wie die Verwaltung mitteilt, der durch Rücklauf von 3 1/2 Proz. Pfandbriefen erzielte Disagio-Gewinn von 145 738 M., dem Disagio- und Zinsreserve-Konto zugewandt, dagegen die bei der Begebung der 3 1/2 und 4 Proz. Pfandbriefe entstandenen Anfertigungs- und Betriebskosten im Betrage von 192 081 M. demselben Konto belastet worden.

Hamburg—Amerika-Linie. An der Hamburger und Berliner Börse kursierte heute das Gerücht, die Verwaltung dieser Linie plane eine Kapitalerhöhung und hätte mehrere Schiffe an eine fremde Macht — Rußland — verkauft. Von der Direktion wird dieses Gerücht, wie telegraphisch aus Hamburg gemeldet wird, mit Entschiedenheit dementiert.

Antwerpen Schiffsfahrts-Wettbewerb mit Hamburg. Die Hoffnung Antwerpens, in Zukunft den Hafen von Hamburg zu überflügeln und damit der belebtesten Hafen des europäischen Kontinents zu werden — man zählte 1903 einkommend in Hamburg 9,156 Mill., in Antwerpen 9,077 Registertons netto — hat sich im Jahre 1904 nicht nur nicht erfüllt, sondern ist mehr denn je in die Ferne gerückt. Absolut und relativ war die Zunahme des Hamburger Schiffsverkehrs größer als die des Antwerpener Hafens: sie betrug 457 000 Registertons oder 6 Proz. bei Hamburg, 275 300 Registertons oder 3 Proz. bei Antwerpen. Das Uebergewicht Hamburgs würde noch deutlicher hervortreten, wenn den Anstreicherungen in beiden Häfen dasselbe Vermessungssystem zugrunde läge; wenn also in Bezug auf die obigen Ziffern das für ihre exakte Vergleichbarkeit nötige Erfordernis der gleichen Voraussetzungen gegeben wäre. Da jedoch Antwerpen noch immer nach dem früheren deutschen Vermessungssystem, Hamburg indessen seit 1895 nach dem Moorsonschen System registriert, daß zur Feststellung des Netto-Rauminhaltendes größere Abzüge vom Brutto-Raumgehalt vorschreibt, so läßt sich eine richtige Vergleichsbasis nur durch eine entsprechende Reduzierung der Antwerpener Ziffern gewinnen. Die Antwerpener Ziffern bedürfen eine Verminderung um 15 Proz., um einen Vergleich zu ermöglichen. Zieht man diese 15 Proz. von der Antwerpener Ziffer ab, so reduzieren sich die 9 352 276 Registertons des letztjährigen Antwerpener Schiffsverkehrs auf 7 949 435 Registertons, d. h. auf einen wesentlich geringeren Umfang, als die belgische Statistik nachweist. Natürlich fällt dann auch noch für die belebtesten polen Bedeutung und Bewertung beider Häfen ins Gewicht, daß Antwerpen für einen sehr bedeutenden Teil seines Schiffsverkehrs nur einer von vielen Anlaufplätzen, namentlich auch deutscher Schiffe, ist, während Hamburg überwiegen den Charakter eines Ausgangs- und Endhafens großer überseeischer Routen hat.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 9. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Manon.
Neues Königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Die Brüder von Sanft Bernhardt.
Berliner. Papstentwurf. Die Befreiung.
Westen. Die neugierigen Frauen.
Zentral. Die Jungfrau.
National. Melandro Stradella.
Neues. Der Graf von Charolais.
Thalia. Der Kilometerstreifer.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.) Fuhrmann Henschel.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Wallensteins Tod.
Kleines. Die Neuwermählten. Aufschiedssouper.
Reibenz. Hotel Pompadour.
Lustspielhaus. Der Familienstag.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heureuse).
Deutsch-Amerikanisches. Revue Port. Puffen. Hamlet.
Kasino. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Velle-Milance. Lumpenpompadour.
Carl Weiß. Geld und Name.
Spolka. Berliner Luft. Radrennen. Hof-Arend. Spezialitäten.
Passage-Theater. Lucia Krall. Anf. 8 Uhr.
Sternwarte-Theater. Prinz Leby in Ahlbeck.
Palast. Wie man Weiber fesselt. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Im Dampfkessel der Jungfrau.
Anfang abends 8 Uhr: Prof. Dr. Müller: Unsere Ernährung.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Die Neuwermählten
Hierauf: Abschiedssouper.
Freitag: Nachtschl.
Sonntag und Sonntag: Angelo. Abschied vom Regiment.
Montag: Die Neuwermählten. Abschiedssouper.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Graf von Charolais.
Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.
Montag: Der Graf von Charolais.

National-Theater
Weinbergsweg 19.
Donnerstag, den 9. Februar 1905:
Alessandro Stradella.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Fiddio.
Sonnabend: Der Freischütz.
Sonntag, nachm.: Figaros Hochzeit. Abends: Fiddio.

Zentral-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Franz Lehar.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend 4 Uhr: Dämmerlinchen.
Sonntag 3 Uhr: Der Bettelstudent.

Luisen-Theater.
Hamlet.
Freitag: Dorf und Stadt.
Sonnabend: Gastspiel des Theaters des Westens: Don Juan.
Sonntag, nachmittags: Hamlet. — Abends: Dorf und Stadt.
Montag: Hoptenraths Erben.

Apollo-Theater.
Täglich:
Berliner Luft von Paul Lineke und das erstklassige Februar-Spezialitäten-Programm mit dem Radrennen auf der Bühne
Robl-Arend.
Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr (ermäßigte Preise): **Reis auf Erden** und Radrennen Robl-Arend.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Das erste Gebot**
Sansouci.
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abend.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Vorstellung 5, Sonntag 3 Uhr.
Kurzes Gastspiel der berühmten Gesangskünstlerin
Lucia Krall.
Ferner die arolat. Tänzerrinnen **Smeralda und Senitza,** überreichen alles, was bisher gesehen wurde.
Jacques Bronn, Humorist, **Bernard** prolongiert.
14 neue glänzende Nummern.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen Hören Staunen
und weiter empfehlen.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Sonnabend, den 11. Februar 1905:
Maskenball
des **Rauchklubs „Borussia“.**

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: **Kindervorstellung. Hänsel und Gretel.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr (Parkett 60 Pf.) & legendar: **Senta Wolfsburg.**

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
Montag u. Freitag:
Nordd. Sänger.

Skala-Theater.
Eintrachtstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze,
oder: **Berschlagen.**
Poffe mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf
sowie 30 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

WINTERGARTEN.
Anfang 8 Uhr.

SAHARET
und die ausgezeichneten Kräfte d. neuen Februar-Programms.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
Montag u. Freitag:
Nordd. Sänger.

Reichshallen.
Täglich:
Steffiner Sänger
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Otto Fritzkows Abnormitäten-Ausstellung
Münsterstraße 16.
Täglich Vorstellung
Die **Riesin Hona,** 485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Nag u. der fluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Keller: **Tanz.**

Maxim Gorki,
der Dichter des „Nachtschl.“, wurde während der letzten Unruhen in Petersburg verhaftet. Das Schicksal des Dichters erregt das lebhafteste Interesse aller Kreise der Bevölkerung. Wir bringen daher in unsern Lesern die Werke Gorkis in Erinnerung und empfehlen dieselben einer freundlichen Beachtung.

Maxim Gorki:
Rain und Artem . . . 60 Pf.
Im Hof für Obdachlose . . . 60
Warenka Olesowa . . . brosch. 1 Mk.
(Ein wildes Mädchen) geb. 2
Das Opfer der Gangeisse . . . 1
Ein Individuum . . . 1
Ein sonderbarer Befehl . . . 1
Tschokasch Bolewy (Wied vom Jalen) . . . 1
Geintene Leute . . . brosch. 1
geb. 2
Der Jagabund . . . brosch. 1
geb. 2
Das Ehepaar Orlov . . . brosch. 1
geb. 2
Der rote Wadka . . . brosch. 1
geb. 2
Vlaue Funken . . . brosch. 1
geb. 2
Die Geschichte eines Bäckergesellen . . . brosch. 1
geb. 2
Dedgl . . . geb. 2
Das Nachtschl. . . brosch. 2
geb. 3
Wir machen unsere Leser noch darauf aufmerksam, daß jede in der neuen Katalog unserer Buchhandlung erschienen und gratis zu haben ist.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Inventur-Ausnahmepreise!
Reichgesteckte Portièren
1892L*
Die ganze Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)
in Plüsch . . . 8⁸⁵ (Wert 16,00)
in Filztuch . . . 4⁸⁵ (Wert 7,50)
in schwerer Wollserge 5²⁵ (Wert 9,00)
in Viktoriatuch . . . 8²⁵ (Wert 13,50)
in hell seidennart. Empire 10²⁵ (Wert 15,00)

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärt. per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Müller: Unsere Ernährung.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu! Rosa Wedstedt, das finn-ländische
Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 20 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Kasino-Theater
Lohreingergasse 37 (Kofenthaletor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konzert.

Heirat auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: **In Verteeung.**

Metropol-Theater
Zum 98. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schults.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid. Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballott.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Zum Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**
80. New-York
Male:
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwan in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Kautof. Deutsch v. M. Schönau.
Sonntag, 12. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Der selige Toupinel.**

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Der bisher unübertroffene hochstufte **Herrnfeld-Schlager** mit seinen stürmisch bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan in 3 Akten mit den Kutenen in den Hauptrollen.
Magus Prinz Leby:
Donat Herrnfeld.
Prohibal, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Biletvorverk. 11—2 Uhr.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Vorstellung 5, Sonntag 3 Uhr.
Kurzes Gastspiel der berühmten Gesangskünstlerin
Lucia Krall.
Ferner die arolat. Tänzerrinnen **Smeralda und Senitza,** überreichen alles, was bisher gesehen wurde.
Jacques Bronn, Humorist, **Bernard** prolongiert.
14 neue glänzende Nummern.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen Hören Staunen
und weiter empfehlen.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Sonnabend, den 11. Februar 1905:
Maskenball
des **Rauchklubs „Borussia“.**

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: **Kindervorstellung. Hänsel und Gretel.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr (Parkett 60 Pf.) & legendar: **Senta Wolfsburg.**

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
Montag u. Freitag:
Nordd. Sänger.

Reichshallen.
Täglich:
Steffiner Sänger
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Otto Fritzkows Abnormitäten-Ausstellung
Münsterstraße 16.
Täglich Vorstellung
Die **Riesin Hona,** 485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Nag u. der fluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Keller: **Tanz.**

Maxim Gorki,
der Dichter des „Nachtschl.“, wurde während der letzten Unruhen in Petersburg verhaftet. Das Schicksal des Dichters erregt das lebhafteste Interesse aller Kreise der Bevölkerung. Wir bringen daher in unsern Lesern die Werke Gorkis in Erinnerung und empfehlen dieselben einer freundlichen Beachtung.

Maxim Gorki:
Rain und Artem . . . 60 Pf.
Im Hof für Obdachlose . . . 60
Warenka Olesowa . . . brosch. 1 Mk.
(Ein wildes Mädchen) geb. 2
Das Opfer der Gangeisse . . . 1
Ein Individuum . . . 1
Ein sonderbarer Befehl . . . 1
Tschokasch Bolewy (Wied vom Jalen) . . . 1
Geintene Leute . . . brosch. 1
geb. 2
Der Jagabund . . . brosch. 1
geb. 2
Das Ehepaar Orlov . . . brosch. 1
geb. 2
Der rote Wadka . . . brosch. 1
geb. 2
Vlaue Funken . . . brosch. 1
geb. 2
Die Geschichte eines Bäckergesellen . . . brosch. 1
geb. 2
Dedgl . . . geb. 2
Das Nachtschl. . . brosch. 2
geb. 3
Wir machen unsere Leser noch darauf aufmerksam, daß jede in der neuen Katalog unserer Buchhandlung erschienen und gratis zu haben ist.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Inventur-Ausnahmepreise!
Reichgesteckte Portièren
1892L*
Die ganze Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)
in Plüsch . . . 8⁸⁵ (Wert 16,00)
in Filztuch . . . 4⁸⁵ (Wert 7,50)
in schwerer Wollserge 5²⁵ (Wert 9,00)
in Viktoriatuch . . . 8²⁵ (Wert 13,50)
in hell seidennart. Empire 10²⁵ (Wert 15,00)

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärt. per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Fuhrmann Henschel.**
Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Grossstadtluft.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Im Hafen.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Wallensteins Tod.**
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Freitag, abends 8 Uhr: **Fuhrmann Henschel.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Haubenlerche.**

Freie Volksbühne
Sonntag, den 12. Februar 1905, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. **Berliner Theater.**
5. Abteilung: **7. Abteilung:**
Madame Bonivard, Die Räuber.
Montag, den 27. Februar, im Rathaus-Saal.
V. Kunstabend
Maxim Gorki.
IX. Beethoven-Sinfonie
(350 Sänger, 60 Musiker und Solisten)
am 18. März im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain. Festmarken a 80 Pf. bis zum 10. März in allen Zahlstellen; Gastkarten a 1 M. vom 10. März ab in beschränkter Anzahl.
Am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Kleinen Theater zu Ehren des eingekerkerten Dichters Maxim Gorki Extravorstellung: **Nachtschl.**
228/6 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Zirkus Busch.
Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz.
Internationales
M. 7500.— Geldpreise in bar!
Ehrenprofessur: Herr Professor Reinhold Vegas.
Amabile de la Calmette (Frankreich) gegen Zoli Suliman (Türkei)
Josef Vandemertel (Holland) „ Josef Smeital (Böhmen)
Charles Bernards (Schweiz) „ Wenzel Koubla (Mähr.)
Gustav Malskies (Dänemark) „ Hans Lang (Bayern)
(Beginn der Kämpfe gegen 8 1/2 Uhr.)
Außerdem mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungs-Feier
Katharina II.
Herr Ernst Schumann mit seiner Springlachs-Schule. Große Kanallerie-Canalbrille, geritten auf 16 Schulpferden. Die beiden Phänomene **Sisters Amalia-Leonora** u. die vorzüglichsten Programm-Nummern.
Voranzeige:
Am Donnerstag, den 23. Februar 1905, findet eine Gala-Feier-Vorstellung statt, deren Gesamt-Ertrag dem Zentral-Komitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostafrika zugewandt wird.
Billetts sind schon jetzt an der Kasse (sowie im Invaliden-Denkmal und bei H. Berthelm) zu haben. — Preise der Plätze: Logenplatz 20.—, Parkett 10.—, Balkon 8.—, I. Platz 5.—, II. Platz 2.—. Alle Ermäßigungen sind aufgehoben.

Neue Welt. Arnold Scholz.
108—114.
Heute sowie täglich: 1903*
Großes bayrisches Bockbierfest
nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen.
Georg Ehrngruber, Festwirt.
D'Oberlandler (30 Mann in Nationalkostüm).
Nürnberger Bratwurst-Glück'le
30 bayrische Mad'In.
Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 4 „ | Entree: Sonntags 50 „

Neue Welt. 20302
Freitag, den 10. Februar 1905:
Kongreß der Dickleibigen.
I. Preis: 75 M. II. Preis: 50 M. III. Preis: 25 M.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Großes Urbock-Jubelfest.**
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
Heute sowie jeden Donnerstag:
Grosse Soiree
von **Horsts Norddeutschen Sängern.**
Avis! Sonntag den 19. März ist der Saal für grössere Vereine noch frei. 2048L

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Sonnabend, den 11. Februar 1905:
Maskenball
des **Rauchklubs „Borussia“.**

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: **Kindervorstellung. Hänsel und Gretel.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr (Parkett 60 Pf.) & legendar: **Senta Wolfsburg.**

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
Montag u. Freitag:
Nordd. Sänger.

Reichshallen.
Täglich:
Steffiner Sänger
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Otto Fritzkows Abnormitäten-Ausstellung
Münsterstraße 16.
Täglich Vorstellung
Die **Riesin Hona,** 485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Nag u. der fluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Keller: **Tanz.**

Maxim Gorki,
der Dichter des „Nachtschl.“, wurde während der letzten Unruhen in Petersburg verhaftet. Das Schicksal des Dichters erregt das lebhafteste Interesse aller Kreise der Bevölkerung. Wir bringen daher in unsern Lesern die Werke Gorkis in Erinnerung und empfehlen dieselben einer freundlichen Beachtung.

Maxim Gorki:
Rain und Artem . . . 60 Pf.
Im Hof für Obdachlose . . . 60
Warenka Olesowa . . . brosch. 1 Mk.
(Ein wildes Mädchen) geb. 2
Das Opfer der Gangeisse . . . 1
Ein Individuum . . . 1
Ein sonderbarer Befehl . . . 1
Tschokasch Bolewy (Wied vom Jalen) . . . 1
Geintene Leute . . . brosch. 1
geb. 2
Der Jagabund . . . brosch. 1
geb. 2
Das Ehepaar Orlov . . . brosch. 1
geb. 2
Der rote Wadka . . . brosch. 1
geb. 2
Vlaue Funken . . . brosch. 1
geb. 2
Die Geschichte eines Bäckergesellen . . . brosch. 1
geb. 2
Dedgl . . . geb. 2
Das Nachtschl. . . brosch. 2
geb. 3
Wir machen unsere Leser noch darauf aufmerksam, daß jede in der neuen Katalog unserer Buchhandlung erschienen und gratis zu haben ist.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Inventur-Ausnahmepreise!
Reichgesteckte Portièren
1892L*
Die ganze Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)
in Plüsch . . . 8⁸⁵ (Wert 16,00)
in Filztuch . . . 4⁸⁵ (Wert 7,50)
in schwerer Wollserge 5²⁵ (Wert 9,00)
in Viktoriatuch . . . 8²⁵ (Wert 13,50)
in hell seidennart. Empire 10²⁵ (Wert 15,00)

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärt. per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

Donnerstag, 9. Februar, abends 8 Uhr,

finden in Berlin und den Vororten

21 Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

- I. Kreis:** Franke's Festhale, Sebastianstraße 38/39.
- II. Kreis:** Haffjäger-Palast, Hafensheide 52/53.
- III. Kreis:** Märkischer Hof, Admiralsstr. 18c.
- IV. Kreis (Ost):** Elyrium, Landsberger Allee 40. Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.
- IV. Kreis (Süd-Ost):** Urania, Brangelfstr. 10/11.
- V. Kreis:** Lipps (Brauerei Friedrichshain), Am Friedrichshain Nr. 22/29.
- VI. Kreis:** Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9. Weimanns Volksgarten, Badstraße 56. Eisfeller, Chausseestr. 88. Peters Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
- Boxhagen-Rummelsburg:** Weigels Salon, Türschmidt-, Ecke Goethestraße.
- Lichtenberg:** Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 86.
- Pankow:** Gesellschaftshaus Nozicki, Kreuzstr. 3/4.
- Weißensee:** Vereinshaus, Charlottenburgerstraße 150.
- Reinickendorf-Ost:** Risch (Seepark), Marktstr. 1/2.
- Rixdorf:** Viktoria-Säle, Hermannstr. 49. Thiels Festhale, Bergstraße 152.
- Schöneberg:** Obsts Festhale, Meiningerstraße 8.
- Nowawes:** Godglück, Priesterstr. 8.
- Tempelhof:** Tivoli, Berlinerstr. 50.

Tages-Ordnung:

Die Revolution in Rußland.

Referenten: Genossen **Albrecht, Bebel, Dietz, R. Fischer, Goldstein, Grenz, Heine, Ad. Hoffmann, Kaliski, Ledebour, Liebknecht, Lipinski, Molkenbuhr, Schöpflin, Singer, Stadthagen, Stolle, Ströbel, Wurm, Zetkin, Zubeil.**

Da diese Versammlungen als Protest der Berliner Arbeiterschaft gegen die Greuel des Faschismus und als Sympathie-Erklärung für die russischen Freiheitskämpfer gelten sollen, erwarten wir, daß Mann für Mann erscheint.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute

Berlins und der Umgegend.

Achtung! Moabit. Achtung! Hausarztkasse „Volkswohl“
Moabit-Charlottenburg.

Morgen Freitag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, S. Peters, Wickestr. 24 und Emdener-Str. 34/35. 19955

Volksversammlung für Männer u. Frauen

Thema: Bietet die physikalisch diätet. Holzmethode (Naturholzmethode) in ihren Anwendungsformen für den Arbeiter Vorteil und ist dieselbe vom Arbeiter durchführbar? Referent: Dr. med. Ernst Burchard. Freie Diskussion! Es gilt für die Arbeiterklasse in dieser Versammlung zu erscheinen, um Klarheit auf diesem Gebiete zu schaffen. Der Vorstand. R. H.: Otto Hagen, 1. Borf., Woltoderstr. 21.

Achtung! Brauerei-Handwerker. Achtung! Zentr.-Verband d. Dachdecker

Sonntag, den 12. Februar 1905, nachmittags 3 Uhr:

Gr. öffentliche Versammlung
der in Brauereien beschäftigten Handwerker, Maschinisten und Heizer

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal 8). Tages-Ordnung:
1. Die Regeln wie unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Brauereien?
2. Wahl einer Kommission.
3. Beschließendes.
Kollegen: Es liegt in Eurem eigenen Interesse, für den Besuch dieser Versammlung recht rege zu agitieren und alle, Mann für Mann dort zu erscheinen, Lehrer darf fehlen. 41/3 Der Einberufer.

Dr. Simmel, Str. 41, Haut- und Nervenleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei, E. G. m. b. H.
Reinickendorf Ost, Wilke-Strasse 62,

empfehlen ihr **garantiert reines Roggenbrot!**
Durch vollständige Neu-Einrichtung unseres Betriebes entspricht derselbe allen Anforderungen der Hygiene und können wir deshalb unsere Bäckerei als die sauberste Berlins bezeichnen. In nächster Zeit gestalten wir gern jedermann die Beschäftigung unserer Räume. Wir bitten genau auf unsere Schürmarte zu achten, mit welcher jedes Brot versehen ist. In allen Geschäften, welche unser Brot verkaufen, hängen unsere Plakate aus, auf welchen ebenfalls die Schürmarte ist.
Der Vorstand.

Reklam. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil besorgt: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 12. Februar 1905, abends 6 Uhr:

Versammlung mit Frauen

in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Wermuth** über: „Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts“.
Nach dem Vortrage: **Gemütliches Beisammensein.**
Eintritt frei. Garderobe 20 Pfennig.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
240/6 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 12. Februar, nachm. 5 Uhr, im „Tempelhofer Tivoli“, Tempelhof, Berlinerstr. 50:

Vortrag des Gen. Krille über: „Heinrich Heine und seine Zeit“.
Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein u. Tanz.**
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf. 4/9

Kleber!

Heute vormittag 10 Uhr, bei Wendt, Genthstr. 20:

Versammlung der Streikenden.

177/7 Die Verbandsleitung.

Baugenossenschaft „Freie Scholle“ zu Berlin.

E. G. m. b. H.

Hierdurch laden wir unsere Genossen zu der am
Sonntag, den 25. Februar d. J., abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8
stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung

ergebnis ein. Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats. 2. Geschäftsbericht des Kassierers und Vorlegung der Bilanz. 3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats und Genehmigung der Bilanz. 4. Beschlüßfassung über die Gewinnermittlung. 5. Festsetzung der Höhe von Spar-einlagen und Vorschlag. 6. Wahl des Vorstandes. 7. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat. 8. Statutenänderung: §§ 2, 11, 21, 22, 23, 28. 9. Erledigung eingelaufener Anträge.
Anträge, welche eine Beschlüßfassung erfordern, müssen spätestens am 15. Februar er. bei uns eingereicht sein.
Die Bilanz ist in der Geschäftsstelle Chausseestr. 7, I in der Zeit von 5-6 Uhr nachmittags, freitags von 5-9 Uhr, einzusehen.
Berlin, den 1. Februar 1905.

Baugenossenschaft „Freie Scholle“ zu Berlin.

E. G. m. b. H. 105/10

Franz Lange. **Karl Quader.**
Die Rückzahlung des Guthabens an die per 31. Dezember 1904 ausgegebenen Genossen findet am Dienstag, den 28. Februar er., in der Geschäftsstelle abends 6-8 Uhr gegen Rückgabe des Darlehensbuchs statt.

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.

Sonnabend, 18. Februar 1905:

Masken-Ball

in den Gesandträumen d. Volkshilflichen Etablissements, Badstr. 16.

Aufang 8 1/2 Uhr. Gabe?

Um 12 Uhr: **Demaskierung.** Nachdem: **Grosse Kaffeepause.**
Eintrittskarten a 50 Pf. sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: H. Gierke, Waldenstraße 49, part.; C. Rahn, Ostendstraße 31, II; Pöster, Siedlitzerstr. 56, I. Uerg. II.; Jahn, Ullmannstr. 10, I. Stf. II.; Schiller, Brandenburgerstr. 56, part.; Schanz, Kolonnenstr. 3/4, Hof III.; Rabe, Gubenerstr. 53; Seidel, Dersingerstr. 20; Götting, Rüdersdorferstr. 12, II.; außerdem bei den Mitgliedern Hrn. Sandelow, Langestr. 13, I. Restaurant „Brunzel“, Wilmersdorferstr. 61, Stf. III.; Schacht, Prenzlauer Allee 209a, Wäldergasse. 1997b

Deutsche Spirituosen-Ausstellung

BERLIN 1905

vom 1. Februar bis 28. Februar 1905

geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

in Berlin, Palast-Theater Burgstrasse 22.

Eingang Wolfgangstrasse. Eintrittspreis 50 Pf.

Bekanntmachung

der Orts-Krankenkasse für den

Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.

Die von der Generalversammlung vom 14. November 1904 beschlossene erste Abänderung zum Statut:

„In § 1 des Statuts wird das Wort

„Patentanwälte“

gestrichen“ 1989b

hat durch Beschluß vom 17. Januar d. J. die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses erhalten.

Der Vorstand.

R. Nürnberg, H. Philippson, Vorsitzender, Schriftführer.

Andreasgarten.

Andreasstr. 26. Andreasstr. 26.

Allen Freunden und Bekannten empfehle meine Räumlichkeiten zu

Versammlungen und Festlichkeiten. Anerkannt gute Speisen u. Getränke. Regelmäßige Remdenlogis. Mittags-lich von 60 Pf. an mit Bier. 20462*

Fr. Merkowski.

Heute abend: Frische Blut- u. Leberwurst.

Masken - Garderobe

von 18712*

Carl Ernst,

Rönnigerstr. 136, 1 Tr.

Größte Auswahl!

Billigste Preise!

Vorzugweise dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Rheumatismus

Gicht, Gliederreizen, Nerven-schmerzen, Hüftweh etc.

verschwinden nach kurzer Zeit durch

äußerlichen Gebrauch von

„Electricum“ (Knetmasse)

(Baldwons). Einfaches und un-schädliches Naturprodukt von

starker und durchgreifender, so-fort schmerzstillender Wirkung.

Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit. 17862*

Fl. Mk. 1.- u. 2.-, franko 2.50.

BERLIN 42, Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß der Kollege, der Tischler

Johannes Röder

am Sonntag, den 4. Februar,

plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 9. Februar, nach-

mittags 3 Uhr, von der Leichen-

halle des Rüdlichen Krankenhauses

am Friedrichshain aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

19/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß

unser Mitglied, der Dreher

Otto Hanel

am 5. d. Mtz. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 9. Februar, nach-

mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-

halle des neuen St. Pauli-Kirch-

hofes in Plothensee aus statt.

111/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß unser Kollege, der Tischler

Paul Schöllisch

am 23. Januar verstorben ist und

am 27. Januar zur letzten Ruhe

gebettet wurde.

Ehre seinem Andenken!

79/6 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise der Teil-

nahme bei der Beerdigung unserer

lieben Schwieger

Franziska Rasenack

lagen wir allen Freunden und Be-

kannten, insbesondere dem Selig-

verehrten Edd-Dr II unseren herz-

lichsten Dank. 20452

Geschwister Rasenack.

Dankfagung.

Für die rege Beteiligung und die

zahlreichen Kranzspenden bei der

Beerdigung meines lieben Mannes,

unseres guten Vaters, des Ruhers

Heinrich Hütcher

lagen wir hiermit allen Freunden und

Bekanntem, insbesondere dem Selig-

verehrten der Ruhe, dem Verband der

Rauer, Sektion der Ruhe, sowie

dem Sozialdemokratischen Wahlverein

für Beizehen und unangenehm un-

terzlichen Dank. 19885

Witwe Hütcher nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die Beteiligung bei der Beer-

digung meines lieben Mannes **Franz**

Kunze sage ich allen Verwandten,

Freunden und Bekannten meinen

herzlichsten Dank. 20442

Die trauernden Hinterbliebenen

Antonie Kunze nebst Familie.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher

Teilnahme und Kranzspenden bei der

Beerdigung meiner lieben Frau

Anna Jendrzynski

sage ich allen Verwandten, Freunden

u. Bekannten meinen herzlichsten Dank.

20472 Der trauernde Gatte

Franz Jendrzynski.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher

Teilnahme und Kranzspenden bei der

Beerdigung meiner lieben Frau

Anna Jendrzynski

sage ich allen Verwandten, Freunden

u. Bekannten meinen herzlichsten Dank.

20472 Der trauernde Gatte

Franz Jendrzynski.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher

Teilnahme und Kranzspenden bei der

Beerdigung meiner lieben Frau

Anna Jendrzynski

sage ich allen Verwandten, Freunden

u. Bekannten meinen herzlichsten Dank.

20472 Der trauernde Gatte

Franz Jendrzynski.

Wald- und Landparzellen

am Porzellanbahnhof, herrlich gelegen, umgeben See, verkauft gegen geringe Kauf- u. Abzahlung **Aug. Pucherl,** Tabakerei bei Posten. 19222

Für die streifenden Vergleute des Ruhrreviers

gingen weiter bei dem Unterzeichneten ein:
Hamburg, in der Expedition des „Hamburger Echo“ eingegangen, 5. Rate 4000, ...

Berlin, Bahlfahrer: 3. Kreis 500. (darunter Listen: 3017, Firma Deimlich 8,45; 3032, ...)

Berlin, Diserte: Buchdruckerei Horn u. Koch 3,50. ...

Charlottenburg, Dr. S. 10. ...
ausführlich einem 10. ...

Summa 21 218,95 R. ...

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen folgende Beiträge ein:

D. S., 4. Rate 1000. ...
aus dem Reichsverband der „Zeit am Montag“, 1. Rate 454,50. ...

Moabit 4,75. ...
Liste 1210 b. ...

Summa 472,30. ...

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15, vorm. 9-1 und nachm. 4-8 Uhr.

Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an K. Köstgen, Engel-Ufer 15, zu richten.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berichtigung.
An Nr. 32 des „Vorwärts“ ...

Berliner Naturheilverein II. Freitag abend 8 1/2 Uhr im Garten- ...

Vermischtes.

Ueber den Brand des herzoglichen Schlosses in Altenburg ...

Weiters aus der Wahlbewegung im Hofer Kreise. ...

In Rangoon ist die Peste ausgebrochen; es werden viele Todesfälle gemeldet.

Marktpreise von Berlin am 7. Februar. ...

Wasserstand am 7. Februar. ...

Witterungsübersicht vom 8. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Rows include Stolteberg, Hamburg, Berlin, Frankfurt, Rüsselsheim, Wiesbaden.

Wetterprognose für Donnerstag, den 9. Februar 1905. ...

2. Ziehung 2. Klasse 212. Reg. Preuss. Lotterie.

Stellung vom 8. Februar 1908, nachmittags.
Aus der Gewinnsliste über 96 St. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oberes Gewinns.) Nachdruck verboten.

441 789 860 114040 154 [400] 327 452 778 115003
58 63 124 68 222 920 [300] 82 116052 415 593 718
100 117222 27 91 303 518 697 854 90 118300 153
418 90 560 623 82 812 34 119032 369 415 816
120364 645 02 902 121045 193 386 890 971 06
122155 244 430 590 713 123093 91 161 218 47 88
309 508 637 740 823 124069 438 526 610 22 798 804
125003 451 655 757 89 906 126284 447 534 630 735
823 127028 147 309 412 675 90 714 803 97 128235
894 073 129102 3 341 683
130180 353 427 595 616 752 131148 203 753 91
132330 92 436 539 90 880 133088 252 450 557 653
716 80 922 68 80 134254 340 82 452 59 67 514 693
65 135029 146 244 381 476 700 98 992 90 136011
610 853 918 137039 85 159 235 84 155 924 138292
97 376 499 542 698 996 139133 [300] 432 630 835 41
140269 89 308 634 790 850 99 141010 56 81
151 307 [300] 406 530 52 613 885 949 61 142007 139
296 382 608 96 92 143097 828 144078 639 855
931 145124 530 880 146594 147089 296 484 538
758 60 856 933 148186 546 870 983 149014 413
[300] 874 [300] 973.
150380 589 748 851 902 151010 156 340 458 77
[300] 675 730 880 152064 80 81 317 97 421 73 811
912 153225 42 306 733 154012 116 410 537 40
52 97 638 [200] 770 155057 78 103 261 474 87 503
748 75 156483 [200] 977 157196 346 633 200
746 826 60 [300] 158549 679 95 159088 134 306
50 689 724.
160390 77 400 87 686 800 980 161092 36 62
77 160 390 690 714 162122 514 35 163177 424
620 [500] 702 83 164242 308 89 486 546 688 815
165161 261 514 166072 131 79 212 80 345 81 90 430
546 71 645 788 889 167156 402 78 553 971 168265
415 647 835 44 72 169076 436 [300] 41 612 809 20
170321 88 438 603 707 832 171201 81 [200]
514 643 172019 147 [200] 87 90 404 500 677 173089
349 301 36 621 794 [200] 812 174037 318 778 820
[300] 21 46 56 175099 351 465 922 176534 54
705 48 806 909 92 177283 376 601 817 967 178121
32 39 208 77 367 422 27 57 [200] 91 922 179018 413
[400] 638.
180084 212 45 58 343 227 41 71 181732 36 003
182347 581 652 554 183306 445 754 67 70 909 19
184025 56 351 576 185400 30 539 61 760 970 72
186011 72 88 187001 434 72 563 713 21 31 67 187037
177 328 627 900 987 188292 497 834 904 [300] 189111
60 209 421 95 654 801.
190217 443 828 191173 90 206 19 333 192026
188 256 422 43 501 654 193234 85 396 673 724
194008 179 451 584 675 195092 305 440 [200] 562
605 72 196116 82 555 66 652 866 80 930 197226
796 88 922 198067 [200] 290 65 486 723 60 878 932
52 199070 189 319 99 736.
200180 82 246 53 62 85 504 715 858 85 951
201139 40 99 321 43 550 84 581 202117 298 360
494 598 878 203261 355 97 438 666 204011 223
80 83 311 70 534 711 22 187 941 53 205073 167 228
95 304 883 206245 93 350 791 907 207018 412 68
686 208108 280 374 808 88 943 209041 75 152
458 75 501 39 58 50 809.
210152 76 314 74 482 750 90 812 968 74 211000
280 [400] 309 480 642 58 943 60 212015 [200] 41
103 229 58 73 385 499 687 213143 [10000] 663
906 93 214071 289 318 473 547 609 701 843 81
215062 277 310 12 548 [300] 85 618 25 832 216014
39 221 43 67 482 513 698 791 980 217001 149 54
210 376 85 98 561 651 855 218225 43 71 962 [300]
89 832 62 76 780 [200] 97 945 219035 360 407 827
220080 221025 83 222 [500] 63 96 306 [200]
405 8 54 519 87 628 75 901 76 222007 255 58 529
90 621 223043 62 [300] 157 350 691 707 861 940.
Im Gewinnlosi verbleiben: 1 Gewinnlosi 100000 Stk., 1 zu
300 Stk., 2 zu 3000 Stk., 3 zu 1000 Stk., 5 zu 500 Stk., 12 zu
400 Stk., 30 zu 300 Stk.

2. Ziehung 2. Klasse 212. Reg. Preuss. Lotterie.

Stellung vom 8. Februar 1908, nachmittags.
Aus der Gewinnsliste über 96 St. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oberes Gewinns.) Nachdruck verboten.

110076 163 84 [400] 471 [400] 588 719 25 37 67
883 949 71 111054 105 [300] 249 [300] 77 491 629 77
876 978 112075 280 487 811 57 70 98 112317 235
380 514 [200] 88 708 947 114062 91 222 32 478 572
745 69 999 115069 164 [200] 351 70 563 781 854
116170 248 416 58 502 748 871 117337 850 [200]
118889 978 119385 93 95 871 842
120307 9 70 480 644 827 121342 444 51 893
991 122043 468 582 539 51 703 36 946 123127 36
62 298 427 500 [200] 927 [200] 124305 42 49 750
839 41 76 125053 280 859 812 77 126084 616
127270 439 906 128486 865 129051 64 180 83 830
80 620.
130128 38 284 791 861 131040 107 487 529
14001 645 707 900 132045 398 459 690 929 99 133263
482 134158 276 421 532 87 706 135045 [200] 585
752 805 136040 280 470 758 [300] 901 137283 92
373 605 [300] 39 93 138125 93 [200] 365 844 713
931 61 98 139067 446 55 94 742 858 [200] 930.
140090 313 554 703 91 976 141036 105 569 819
946 142173 214 21 370 83 321 44 66 840 912 143006
9 157 225 [200] 643 [200] 742 807 948 144064 203 48
313 43 83 94 411 24 828 [200] 145194 576 818 20
[200] 991 146730 84 989 147090 211 688 [200] 701
927 148200 62 311 [300] 61 459 517 47 55 671 841
[200] 85 149001 54 128 91 294 459 611 24 [300] 704
41 964.
150043 108 34 [200] 233 367 511 877 726 98 892
932 151049 [200] 542 85 780 152074 415 67 81 761
802 153081 241 80 92 944 92 991 154278 585 [200]
155004 [200] 67 133 228 310 807 156131 331 528 38
157078 228 67 455 614 50 69 801 979 158110 96
263 612 75 786 90 [300] 95 159018 134 385 477 [1000]
650 71 875 92 937.
160208 511 59 684 1100 000 [781 832 161056
128 30 [200] 61 244 373 97 510 611 892 162339 653
781 163219 205 627 66 164025 261 94 654 165027
121 284 684 166101 [400] 14 335 839 702 167254
68 310 406 35 61 73 88 813 35 43 168094 138 436 576
840 818 75 169128 [300] 237 313 770 843.
170391 533 55 777 831 954 171036 425 582
729 803 967 172084 [200] 247 419 507 [200] 727
896 173043 156 241 65 390 450 553 927 174417 31
569 175084 128 560 362 421 515 17 615 92 [200] 873
95 176382 177086 154 463 53 97 881 178333
278 358 93 443 62 622 751 85 179192 605 561 634 879
180007 [200] 385 577 682 837 859 88 181027 459
615 79 182085 397 336 412 801 [800] 960 183067
198 230 324 95 465 [300] 519 [300] 47 338 836 97 850 84
184282 408 800 21 940 185021 185 [200] 470 93 694
761 968 186311 [200] 187162 340 418 564 833 44
71 188393 66 680 904 189464 82 571 631 778 80
900 66.
190133 474 525 629 88 721 31 [300] 40 93 810
900 191053 141 263 335 479 585 815 192275 489
543 97 877 702 16 29 193233 [200] 312 474 541 81
90 [200] 665 710 57 817 36[200] 40 57 947 194128
203 364 401 930 65 195008 316 42 774 817 196008
85 289 390 400 596 641 790 197269 740 198129
88 80 306 89 640 734 863 35 981 199227 56 [500] 428
749 66.
200024 172 330 434 46 531 603 722 201447 688
710 95 818 202055 90 231 62 83 482 77 93 767
203120 44 58 420 567 945 204481 638 641 68 710
844 205034 296 300 71 513 29 40 205549 [200]
829 [200] 207084 376 402 5 513 61 [200] 638 806
924 208125 40 208 518 37 636 710 827 [200] 91 209167
320 42 55 83 80 835 750.
210107 89 455 578 701 82 870 94 211022 101
403 [300] 44 609 707 819 212178 333 [200] 593
[300] 95 900 94 213189 451 909 214189 88 889
408 875 89 215180 322 554 904 927 59 216220 60
306 [500] 26 [200] 66 483 [200] 507 63 [200] 714 90
67 924 64 80 217020 214 510 034 [200] 721 218008
334 845 219171 427 37 718.
220371 498 824 221032 335 81 594 771 968
222071 100 554 223462 548 94 605 758 91 800 89
97 686.
Die Ziehung der 3. Klasse der 212. Königlich Preuss.
lichen Klassenlotterie findet statt am 7. und 8. März 1908.

Gesellschaftshaus Ostend.
Inh.: Paul Litka.
Festspiel. Amt VII, 1075.
Den verehrten Gesellschaften und Vereinen empfehle meinen Saal mit
Bühne auch Sonntags zur Abhaltung von Festlichkeiten.
Ergebenst Paul Litka.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuzeit. Katalog
in Umschl. viel. Kertze u. Prot. gratis u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin N., Friedrichstr. 131a.
E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82. *

Mein Restaurant,
Saalgeschäft mit Garten,
einziges Partelokal der Stadt, will
ich verkaufen. Anzahlung nicht unter
6000 Mark. Adresse:
Ad. Schröder, Neu-Nippin,
30075 Gesellschaftshaus.

Wohlfahrts-Lose a 3.30 Mark empfiehlt
!! Geld- J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51. !!

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Totalverkauf verfallener Pfand-
stücke. Spotbilliger freihändiger Räu-
mungsverkauf verschiedener Verkaufs-
gegenstände. Interessenten! Niemand ver-
säume, diese vorteilhafte Gelegenheit
nicht zu lassen: Betten, Bettmöbel,
Bettstühle, Aussteuerwägen, Gardi-
nen, Stores, Vorhänge, Teppich-
decken, Tischdecken, Schafdecken,
Teppiche, Regulatoren, Freischwinger,
Damenstühle, Damenmähren, Damen-
seifen, Herrenseifen, Einlegungs-
gegenstände, Schmuckstücke, allerlei
Garderoben. Zentral-Handelshaus,
Weidenweg neuzechn. 744*
Rahmschneideapp. Wiener-
straße 6, Adlerstraße 113 liefert sofort
füßliche Systeme ohne Anzahlung,
Bohle 1.00 Mark. Rührfähige Gar-
antie, gebrauchte Maschinen spott-
billig. 3003b
Werkzeugverkauf. Prachtexemplare
spottbillig. Schönhauser Allee 72b
norm III links. 8117b
Wäsche. Fries-Feinermantel 2,15,
Bett 4,00. Inventur - Extrapreis.
Teppichhaus Ledere, Dramenstraße 158.
Inventur - Räumungspreise nur
kurze Zeit. Extralosse gratis und
franco. Teppichhaus Emil Ledere,
Dramenstraße 158. 2868*
Gardinen. Stores, Tischdecken,
Inventurpreise. Reste enorm billig.
Gardinen - Verkaufshaus Krausen-
straße 36, Dönhofsplatz. 17805*
Teppiche! (fehlend!) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Drämn, Gassecher
Markt 4, Bahnhofs Böse. 14212*
Möbelfabrik! Liefert geschmack-
volle Wohnungs- und Geschäftsaus-
stattungen sowie einzelne Möbel.
Große Auswahl. Kein Laden, nur
Keller und Hinterzimmer. Teilszahl-
ung. Gernsdorf, Tischlermeister, Dresdener-
straße 124. 2848*
Kinderwagen. Kinderbetten,
Sportwagen, gebrauchte, zurückge-
legte, spottbillig. Schneider, Kur-
fürstenstraße 172. 18136b
Rahmschneideapp. aller Systeme, ohne
Anzahlung, Bohle 1.00. Franfurter
Allee 10 am Ringbahnhof, Alt-Bor-
hagen 4. Ede Neue Bahnhofsstraße. *

Sofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstraße 35b. 3018*
Teppiche mischfarbenschleierfabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 737*
Reichenbergerstraße 183 große
Auswahl Nähmaschinen sämtlicher
Systeme ohne Anzahlung. Gebrauchte
preiswert. 1948b*
Nähmaschinen ohne Anzahlung,
verkauft noch bis 10.00, nur Teil-
zahlung Nähmaschine kauft oder nach-
weilt Bohle 1.00. Alle Systeme. Bitte
Vorkasse. Dorothea, Jörnvorstraße 50.
Nähmaschinen ohne Anzahlung,
10.00 Vergütung. Vorkasse. Drei-
holz, Adlerstraße 10. 746*
1000 neue Nähmaschinen gebe ab
Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiff, hochartig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre reelle Garantie.
Bellmann, Solnowstraße 26, nahe
der Landbergerstraße. Alte Nähma-
chine nehm in Zahlung. 2248*
Strickmaschinen, auch Teilzah-
lungen, Brederer, Engel-Ufer 90. *
Gasthofverkauf! Zweifelhafte
Kocher! 3.00, Dreifelhafte Kocher! Gas-
bräuder! 6.00, Gasbräuder! Gas-
bräuderapparat! spottbillig! Soblaner,
Ballnertheaterstraße 82. 2768*
Wasserschiff. Bildhauer, für
Plastiken, Bruststücke, Schmuckstücke,
Gesichtsabnahme, bessere Gesichts-
farbe, überaus billig. 14 Falden
3 Mark, 1/2 Lonne 3.50 gefärbt.
Nicht Faldenzahl, Qualität ent-
scheidend. Vorkasselerie Klingler,
Bernauerstraße 119. 3028*
Kohlengeschäft billig veräußert,
Weidenburgerstraße 67. 1966b*
Vandierhader! Neue Landhaus-
kolonie, 2 1/2, Neuen vom Zentrum
Berlin, genehmigter Bebauungsplan,
Quadratmeter fünfzig Wenige, ver-
kauft Schulz, Rixdorf, Zenostraße 2/13.
Reberbetten, Stand 20 Mark,
5 Zimmer Möbel Kaufgebehalter billig
Dresdenerstraße 38, vom II links. *
Möbelverkauf in meiner Röhrl-
fabrik Wallstraße 50/51, nahe Spittel-
markt. Anfolge des großen Umzugs
befinden sich am Lager viele zurück-
gelegte und vertrieben gewordene Möbel,
die nie neu sind, Kleiderbügel,
Bettlatten 27.00, Aussichtstisch 16, Tisch-
deckel mit Federmatratze und
Schiffen 36, Tischschloß 50, Paneel-
schloß 20, Baldachin 20, Ruhe-
bett 25, ganze Einrichtungen billig.
Transport frei. 797*

Ringschiffen, Bobbin, Schnell-
mäher, ohne Anzahlung, Bohle 1.00,
gebrauchte 12.00. Polierte gemäß.
Ringschiffen 60/91. Große Fran-
furterstraße 43, Brenzlauerstraße 69/90.
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 737*
Hochbornsche Herrenhosen aus
feinsten Rohstoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Einden 21. Keine Röhrl. 2438*
Zeitniederlegender Gelegen-
heitskauf! Raumangels elegantes
Tischenset 42.00, Polsterstühle 3.00,
Salongarnitur 75.00, großer Tru-
meau 33.00, Salonstisch 13.00, Küchenmöbel
spottbillig, echt komplette Kuchel-
schänke 40.00, fünf tolle nagele-
ne Kuchelstücken 34.00, verschiedene
jedem Preise. Verteilerstraße 14,
Restaurant. 1906b
Verien, hebehn. Michel, Dres-
denerstraße 38. 1998b
Landparzellen (Baustellen) Bahn-
hofstraße Grünau! Hochgelegene
Wielen und Wald. Billigste Preise!
Große Zukunft! Näheres bei
Richardstr. 18. 18925b
Zeitungsgeschäft verkauft Löhner-
straße 40. 743
Grüntram und Kohlegeschäft,
gut, billig zu verkaufen. Rixdorf,
Löhnerstraße 41. 2002b*
Zylinderbureau, mahagoni, 45.00,
Barberstühle, dunkel, 30.00, beim
Berliner Adlerstraße 35. 2001b
Teppdecken, Ausverkauf wegen
Umzug. Rixdorf, Weinstraße 20. 1997*
Reppincher verkauft billig bei
Richardstr. 18. 1993b
Wäschefabrik, nagelneu, billig, ver-
käuflich. Drummstraße 190, Hof-
Keller. 1996b
Schlafsaal 20.00, Bettstelle,
Matratze 15.00, Badladerstraße 23,
Lohndorfer. 75/10
Restaurations, voller Schanz,
Preis 1350 Mark. Rixdorf,
Stralauerstraße 43. 743
Gutgehendes Wägeschloß ist
preiswert zu verkaufen. Rixdorf,
Kreuzstraße 16. 7128
Destillation, Restaurations mit
elektrischer Piano, Küche und Stube
anliegend, im 8. Jahr in einer
Hand, Rixdorf, Preis 3000, ist
wegen anderem Unternehmen zu ver-
kaufen. Engel, Markstraße 42. 749
Piano, gebrauchtes, verkauft
billig Schirn, Kaufmannstraße 51. 714*

Stoppdecken billig! Jedrit Große
Franfurterstraße 9, parterre. 737*
Gutgehendes Geschäft wegen
anderer Unternehmungen preiswert
zu verkaufen. Offerten unter K. 7
an die Expedition des "Vorwärts".
Rahmschneideapp. ohne Anzahlung,
Bohle 1.00, Ringschiffen, Bobbin,
Adlerstraße 10. Schnellste Liefe-
rung! Anglaube, Drummstraße 90,
Polster. 7105*
Käpenid. Die Felleidigung, die
ich gegen Herrn Wilhelm Schöndt
ausgesprochen habe, nehme ich hiermit
zurück. Wädelm Böden. 1977b*
Zerographische, Buchführung,
Schriftmaschine, Sprachen, Salomon,
Karlstraße 26. 2138*
Patentanwalt Dammann, Kranen-
straße 57, Rixdorfplatz. Rat in Patent-
sachen. 1670b*
Ihren repariert Wilhelm Rixdorf,
Rixdorfstraße 20. 7138*
Aufpolierung! Sofa 5.00, Matratze
4.00, auch aufrum Daise. Bachmann,
Blumenstraße 35b. 2028*
Vegeta und alle andren Bäcker
kaut, befehlt Antiquariat, Rix-
dorfstraße 56 I. Amt I 8831.
Marina, alte Goldschmied, Rixdorf,
Silber, Gebisse, alte Uhren,
Blattgold, Redgold, Staubgold,
Stamolschleife kaut Goldschmied
Rixdorf, Rixdorfstraße 4, Fernsprecher
Amt IV, 6958. 7417*
Vereinszimmer 25, 40, Saal
150 Personen, Piano, zwei Regel-
bahnen, vergibt Ledewig, Alle Rixdorf-
straße 83. 2478*
350 Mark Darlehen gegen gute
Sicherheit mündlich Vereinsgenosse,
(todesfallwahr vorübergehend in
Verlegenheit), angemessene Zinsen.
Sofort wöchentliche Rückzahlung von
acht Mark. Polsterlager "Um-
gehend". Postamt 61. 1994b
Wäsche wird sauber gemacht, im
Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche
0.10, Abholung Sonnabends. Emil
Kraus, Käpenid, Wägeschloß-
straße 40. 1973b
Rehne das Wort Rehper gegen
Gastwirt Friedrich Schmidt und Frau
zurück. Bendrich. 75/5
Parteiengasse möchte Wägeschloß-
Arbeit praktisch erlernen. Offerten
Z. 75, Postamt 87. 784

Waurern, Zimmerern erteilt
Zeichenunterricht vormittags, abends.
Ebdow, Rixdorfstraße 7. 75/9
Kaufe Kanarienvögelchen (Preis-
angebote). Bierlant, Rastanienallee 23.
Wasser - Anlage verkauft Frau
Schwarz, Rixdorf-Ufer 61, 2. Luer-
gebäude 2 Treppen. 774
Wandliche, Rixdorfstraße 63,
täglich 8-8, Sonntags bis 2. 3018*
Wohnungen.
Zehrerstraße 19 vermietet
Stube, Küche, 18.00. 1660b*
Müllerstraße 129, Stube, Küche,
zwei Stuben, Küche billig zu ver-
mieten. 1947b*
Wohnungen nahe Bahnhof Her-
mannstraße, Ede Rixdorfstraße, 3, 2
und 1 Stube mit vielen Neben-
sachen sowie Wädeln mit Wohnung, zu
jedem Geschäfte passen, sofort preis-
wert. Näheres Rixdorf, Rixdorf-
straße 4 I. 1966b*
Schlafstellen.
Teilnehmer zur möblierten
Schlafstelle sucht Jacoben, Rixdorf-
straße 26.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Gndrich, Humorist, Rixdorfstraße 1a.
Stellenangebote.
Barockvergoldet, Farbigenmacher
sucht die Goldschmiedfabrik Parham
in Rixdorf. 1938b*
Vauungen verlangt Franzke,
Ebdowstraße 71. 2004b
Zücker. Ein praktischer Meister
oder Zücker, mit allen Arbeiten auf
der Handwerkslehre gründlich ver-
traut, findet sofort oder später
dauernde Stellung bei hohem Lohn
in einem ersten Berliner Hause.
Wohnungen unter J. 7, Expedition
dieses Blattes.
Einfachmaschine für Stilmöbel,
hierauf geübte Kraft findet sofort oder
später dauernde Stellung in einem
ersten Berliner Hause. Wohnungen
unter J. 7, Expedition dieses Blattes.
Aufwartefrau sofort gesucht.
Küche, Neue Rixdorfstraße 19, vom
I Treppen. 2000b

Gärtnereien, Räumungsmäherin
aus Stadlerhagen, 12 Mark feind,
Hofmanns, dauernd. Stadlerhagen,
Fehrländerstraße 19. 2005b
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Rahmenmacher!
Die Firma Gest u. Co., Kurfürsten-
straße 146, ist für Rahmenmacher,
Zücker, Polierer, Glaser, Bergolder
und Buchbinder wegen Differenzen
geperrt.
77/14 Die Cröberverwaltung.
Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter,
Tischler u. Polierer!
In der Wädelnfabrik von Rösener
befinden sich die Kollegen noch im
Streik. Der Betrieb ist für sämtliche
Arbeiter geperrt.
Die Zehrerkommission.
Stockarbeiter!
Die Arbeiter der Firma Julius
und Hermann Gembicki,
Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102,
befinden sich im Streik. 1876*
Zuzug ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.
Achtung, Röhler!
Wegen Differenzen ist die Firma
J. Beerbaum, Rixdorf, ge-
perrt. u. zwar folgende Bann-
Gärtnerei, 27/23, Markgraf-
damm 13, Rixdorf, Weichstr. 21.
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Die Tarif-Überwachungskommission
des Vereins d. Röhler Berlins u. Um-
gebung. Die Sperrung bleibt so lange in
Kraft, bis sie ausdrücklich als
aufgehoben bekannt gegeben
wird. 2867*